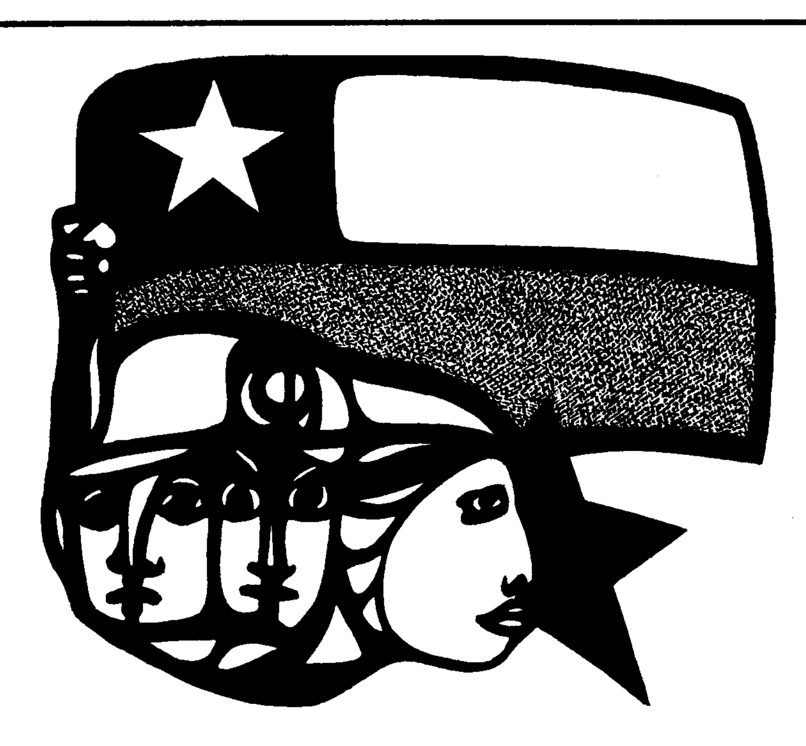
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



WIDERSTAND IN CHILE

Interview mit Fabrikkommission

Solidaritätsaufruf der Gewerkschaft

Wirtschaftspolitik

Solidaritätsarbeit

Nr. 48
September 75

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT:

MENSCHENRECHTE AUSSER KRAFT
AUFRUF ZUR NAMIBIA-WOCHE

Für die Zeit vom 24. – 31. Oktober rufen die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (AEJ) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zu einer „Namibia-Woche" auf, in der die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte in Namibia aufmerksam gemacht werden soll. Gleichzeitig fordern die Gruppen die Bundesregierung auf

- das Deutsche Konsulat in Windhoek zu schließen,
- das Kulturabkommen mit Südafrika (das Namibia mit einschließt) zu kündigen,
- die SWAPO als legitime Sprecherin des Namibianischen Volkes anzuerkennen und
- ein humanitäres Projekt der SWAPO zu unterstützen.

Die beiden letzten Forderungen werden auch an die evangelische und die katholische Kirche gerichtet.

Als Hilfen zur Durchführung von Aktionen wurden (wie bei dem Angola-Sonntag 1973) umfangreiche *Materialien* erstellt. Die Intention dieser Materialien ist u.a. zweierlei deutlich zu machen: einmal die geschichtliche Kontinuität, die sich von Beginn der Kolonialisierung bis zum heutigen Rassismus in der Politik Südafrikas durchhält, zum anderen, wie fraglos selbstverständlich Theologie und Christentum als ideologische Legitimation eingesetzt wurden und werden. Dabei wollen die Materialien nicht nur informieren, sondern gleichzeitig Möglichkeiten zum Handeln aufzeigen.

Im einzelnen sind erhältlich: Basisinformationsheft (1,80 DM), Studienheft (4,– DM), Sammlung von Dokumenten (1,80 DM), eine Dia-Serie (36 Farbdias, 40,– DM), Namibia-Zeitung (25 St., 2,50 DM), Fotoausstellung (20 Bilder, 10,– DM), Poster-Serie (11,– DM) und Werbeplakate.

Bezugsquelle: Ökumenische Projektgruppe „Namibia-Woche"
4236 Hamminkeln 2, Postfach 44

Die Akademie Klausenhof führt in Zusammenhang mit dieser Aktion drei einführende Informationsseminare für Aktionsgruppen durch:

„Namibia – Menschenrechte außer Kraft"
26. 9. – 28. 9.1975
3.10. – 5.10.1975
17.10. – 19.10.1975

Zur Vertiefung dieser Seminare sind drei Studientagungen zur „Namibia-Woche" angekündigt:

31.10. – 2.11.1975
Katholisches Missionsverständnis im Wandel

12.12. – 14.12.1975
Kirche im rassistischen Staat –
Probleme der katholischen Kirche in Namibia

19.12. – 21.12.1975
„Schwarze Theologie" –
eine Herausforderung an das europäische Christentum

Nähere Informationen: Akademie Klausenhof
4236 Hamminkeln 2, Postfach 44,
Telefon 02852 – 2083

wawi

Neuerscheinung

iz3w Freiburg (Hrsg.)
ABHÄNGIGKEIT DER DRITTEN WELT
Eine Einführung in die Problematik
Auslandsinvestitionen - Handelsbeziehungen - Rohstoffe - Entwicklungshilfe
48 Seiten (DIN A 4). Für DM 2,- + DM 0,50 Versandkosten (in Briefmarken) zu beziehen beim iz3w, D 7800 Freiburg i. Br., Postfach 5328. Größere Mengen und Auslandsbestellungen gegen Rechnung.

Französische Sortiments- und Versandbuchhandlung
LIBRAIRIE FRANÇAISE
8 München 40, Schellingstraße 3,
Telefon 2 80 90 78

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 74 00 3.
Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, G. Erhard, J. Geue, F. Hemmerich, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.
Satz: Composer-satz-Service, 5205 St. Augustin
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstraße 9a

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement bei 10 Nummern (in 8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 25,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Guppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,–).
Sfr 28,– bzw. 20,–; öS. 180,– bzw. 135,–
Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 2,20 / Sfr. 2,50 / öS 16,–.

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

Nachrichten und Kurzberichte

Schwierigkeiten mit der "Chronik"

In der Redaktion der „blätter" hat sich Unzufriedenheit über das, was wir zunächst „Chronik der armen Welt", später „Chronik der abhängigen Welt" nannten und neuerdings „Nachrichten und Kurzberichte" nennen, breit gemacht. Als problematisch wird empfunden, daß diese Nachrichten-Spalte in den „blättern" seit Anfang 1974 ununterbrochen expandierte und sich mittlerweile auf einen Umfang von zumeist über 20 Seiten einzupendeln droht und uns damit zwingt, falls wir keine Abstriche machen wollen von dem Umfang der übrigen Berichterstattung der „blätter", die Gesamtseitenzahl der einzelnen Hefte der „blätter" bei jetzt über 50 (Einzelheft) bzw. 60 Seiten (Doppelheft) zu belassen. Das jedoch ist für uns auf die Dauer finanziell nicht durchzuhalten, es sei denn wir entscheiden uns zu einer drastischen Erhöhung des Verkaufspreises der „blätter". Mit der Expansion der Berichterstattung im Rahmen der „Chronik" (oder jetzt „Nachrichten und Kurzberichte") ist noch ein weiteres gravierendes Problem aufgetaucht: Die „Chronik" überfordert die personelle Kraft der Redaktion. Sechs Personen sind regelmäßig damit beschäftigt, etliche Tages- und Wochenzeitungen zu beobachten und relevante Meldungen der Redaktion zugänglich zu machen. Weitere sechs bis acht Personen, die zumeist „Neulinge" in diesem „Gewerbe" sind, haben die Aufgabe, diese zahlreichen Presse-Meldungen (den „Chronisten" liegen in ereignisreichen Monaten insgesamt fünfhundert und mehr solcher Meldungen vor) in eine übersichtliche Anzahl von Nachrichten und Kurzberichten zu verarbeiten. Zwei bis drei weiteren Personen obliegt dann schließlich noch die u.U. mühsame Aufgabe, die von den „Chronisten" vorgesehenen Chronik-Beiträge zu redigieren. All das ist langfristig von einer Redaktion, die ausschließlich mit neben-beruflich tätigen Personen arbeitet nicht zu leisten, es sei denn wir vernachlässigen wiederum die übrigen Arbeitsbereiche der „blätter".

Wie ist hier nun Abhilfe zu schaffen? Wie die nachfolgenden Beiträge in der Spalte „Nachrichten und Kurzberichte" zeigen, hat die Redaktion auf diese Frage noch keine eindeutige Antwort gefunden. Unter dem zusätzlichen Druck der Sommerpause, in der die Redaktion quasi nur mit halber Besetzung arbeiten mußte, haben wir zunächst einmal beschlossen, in der vorliegenden Nummer bestimmte Chronik-Bereiche (Asien und Arabische Länder/Vorderasien) gänzlich unbearbeitet zu lassen; in anderen Bereichen sind einzelne, obwohl wichtige Länder vernachlässigt worden (Mozambique, Angola usw.). Zugleich haben partiell, das ist im Bereich Südliches Afrika ein Experiment fortgesetzt, die Vielzahl *an Einzelmeldungen über eine* Vielzahl *an verschiedenen Ländern durch wenige Kurzberichte über eine ausgewählte kleine Zahl von Ländern zu ersetzen. Das würde beispielsweise für den Bereich Südliches Afrika bedeuten, daß wir nicht in jeder Nummer gleichzeitig über Angola, Mozambique, Zimbabwe, Südafrika und Namibia, sondern alternativ über nur zwei oder drei der genannten Länder berichten – und hier wiederum nicht über alles, was in irgend einer Weise „berichtenswert" oder „interessant" ist, sondern nur über ausgewählte Themen, die nach Möglichkeit allerdings etwas besser vertieft werden sollen, als das bislang in der Chronik üblich war und in dieser Nummer beispielsweise noch im Bereich Tropisches Afrika und Lateinamerika praktiziert wird. Ob diese neu eingeschlagene Linie weiter verfolgt werden soll, ist in der Redaktion allerdings noch nicht ausdiskutiert. Wir wollen zunächst abwarten, ob die genannte Verfahrensweise tatsächlich auch auf eine Entlastung der Redaktion hinausläuft und ob sie geeignet ist, den Umfang der „Chronik" auf ein finanzierbares Maß zu reduzieren.*

red.

Südliches Afrika

SÜDAFRIKA

Ausländischer Investitions-Boom in Südafrika
25.6.75 („Blick d. d. Wirtsch.")

Während in den kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas die „unternehmerische Investitionstätigkeit" einen „besorgniserregenden" Tiefstand erreicht hat, verzeichnet Südafrika neue Rekorde im Zustrom ausländischen Kapitals. Johannesburger Bankkreise erwarten für das laufende Jahr einen Zufluß an Kapital aus Westeuropa, Nordamerika und Japan in einer Rekordhöhe von umgerechnet 3,5 Mrd. DM. Der Nettokapital-Zufluß für 1974 lag bei umgerechnet 2,6 Mrd. DM. In dem Zeitraum zwischen 1965 und 1974 belief sich die Zufuhr an ausländischem Kapital auf insgesamt 12,4 Mrd. DM.

Eine Übersicht der bis zum Jahre 1972 in der RSA getätigten ausländischen Investitionen, die bis zu dem Zeitpunkt die Summe von insgesamt ca. 27 Mrd. DM erreicht hatten, zeigt, daß der überwiegende Teil des nach Südafrika fließenden Kapitals nach wie vor aus dem Sterling-Block (55,8 %), und hier insbesondere aus Groß-Britannien (keine Zahlenangabe), kommt. Das kontinentale Westeuropa, und hier insbesondere die BRD und Frankreich, folgt mit 24,5 % an zweiter Stelle („Anti-Apartheid News", Juni 75). Bis Ende 1973 belief sich der Anteil der ausländischen Investitionen aus der BRD auf 8,5 % (umgerechnet mehr als 5 Mrd. DM). 1969 waren es „erst" rd. 3 Mrd. DM. (vgl. nebenstehenden Kasten). Die BRD ist mittlerweile auch zum größten Handelspartner der RSA aufgestiegen (vgl. „Nachr.

u. Kurzber." der „blätter", Heft 45).

Als Belege für den weiterhin guten „Geschäftssinn", den das westdeutsche Kapital in Südafrika entwickelt hat, liegen aus den vergangenen Monaten u.a. folgende Meldungen vor:

- die L. & C. Steinmüller Ltd, Braamfontein (RSA), eine 100% Tochter der Steinmüller-Gruppe, Gummersbach, erhält den Zuschlag für die Montage und Lieferung von 3 kohlenstaubgefeuerten Dampferzeuger-Anlagen (je 600 MV). Auftragswert ca. 350 Mill. DM. Der größte Teil der Fertigung erfolgt in dem Steinmüller eigenen Werk Chamdor, Krugersdorp, in Südafrika selbst („Handelsblatt" vom 2o.5.);
- für die Einrichtung der jetzt offiziell in Betrieb genommenen ersten südafrikanischen Fernseh-Sendestation („in Farbe") hatte AEG-Telefunken mit seinem „Pal-System" den Zuschlag erhalten. Zugleich stammt die Ausrüstung der Kameraleute und der Studios „größtenteils" aus der BRD („Spiegel" vom 2.6.75);
- deutsche Firmen, so die FR vom 10.8., lieferten den „größten Teil" der elektronischen Ausrüstung für den zur Zeit im Ausbau befindlichen Kriegsflotten-Stützpunkt Simonstown. Ob es sich hierbei unmittelbar um die Ausrüstung des in der direkten Nachbarschaft von Simonstown bei Silvermine eingerichteten Frühwarnsystem „Ad vokaat" (siehe Meldungen zu Südafrika weiter unten) handelt, geht aus den vorliegenden Pressemeldungen nicht eindeutig hiervor. Nach Angaben des brit. „Guardian" vom 19.6. ist das genannte Frühwarnsystem von britischen, holländischen und dänischen elektronisch ausgerüstet worden.
- eine Reihe westdeutscher Banken – unter ihnen auch die sozusagen „SPD-eigene" Hessische Landesbank und die Zentralbank der Genossenschaften, an der die SPD und der DGB wesentliche Anteile halten – gehören zu einem internationalen Banken-Konsortium, das der RSA-Regierung einen 70 Millionen-Kredit zum Ausbau des südafrikanischen Eisenbahnnetzes und des Hafens Richards Bai.
  Der Ausbau von Richards Bai erwies sich u.a. auch deshalb als notwendig, weil ein wesentlicher Teil des bisher über mozambiquanische Häfen abgewickelten rhodesischen Warenverkehrs neuerdings über die ohnehin schon seit längerer Zeit stark überlasteten südafrikanischen Häfen am Indischen Ozean läuft und im Falle einer Schließung der Grenzen Mozambiques gegenüber Rhodesien vollständig über diese Häfen abgewickelt werden muß („Handelsblatt" vom 10.7./ KVZ vom 24.7.75; vgl. dazu auch den Rhodesien-Artikel in den „blättern", Heft 46/47, S. 36 f.).

Zum Engagement westdeutschen Kapitals in Südafrika vgl. auch Kurzbericht zum Thema „BRD-Regierung dementiert..."; oder die Meldung zum „Saldanha-Sishen-Stahl projekt" in der Chronik der „blätter", Heft 43/44, S. 15.

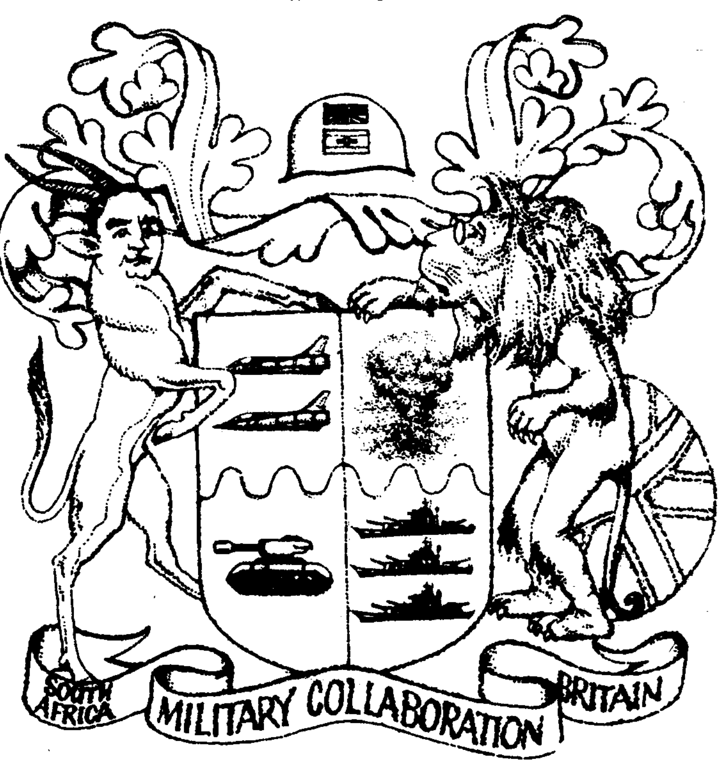
siba

Südafrika arbeitet mit Nato-Kode
19.7.75 (brit. „Guardian")

Ein Sprecher des Nato-Hauptquartiers in Brüssel hat eine Meldung des Anti-Apartheid-Movement in London bestätigt, wonach Südafrika in dem neu errichteten Frühwarnsystem „Adwokaat" in Silvermine (bei Simonstown) mit dem zur Zeit gültigen Nato-Kode Nr. 18 arbeitet. Südafrika soll, so die Anti-Apartheid-Movement, über die Firma AEG-Telefunken mit dem Kode-System vertraut gemacht worden sein – dies offenbar aber im Auftrag des Nato-Hauptquartiers. Das Frühwarnsystem in Silvermine dient der Überwachung des Luft- und Schiffsverkehrs bis weit in den südlichen Atlantik und dem Indischen Ozean („Finacial Times" vom 11.6.)

Die anhaltende Kooperation der Nato mit Südafrika (vgl. dazu in den „blättern", Heft 38 Artikel zum Thema „Militärpakt mit Südafrika ...", S. 40 ff.) war im Mai dieses Jahres auf der Nato-Konferenz in Brüssel auf heftige Kritik seitens der holländischen Regierung gestoßen. Der holländische Verteidigungsminister drohte mit dem Austritt seines Landes aus der Nato, falls die Nato ihre Zusammenarbeit mit Südafrika fortsetzen sollte. Kritik an der Haltung der Nato zu Südafrika wurde auch aus den Nato-Mitgliedsländern Norwegen und Dänemark laut („Star Weekly" vom 24.5.).

Offenbar in Anbetracht der Tatsache, daß Südafrika begonnen hat, in die Rolle eines voll-wertigen Nato-Partners hineinzuwachsen, ist Groß-Britannien mit Südafrika übereingekommen, das seit 1955 existierende Flottenabkommen von Simonstown, das die Kriegsflotten beider Länder im Rhythmus von 2 Jahren zu gemeinsamen Flottenübungen verpflichtet und England ein Nutzungsrecht über den Kriegshafen Simonstown sichert, in gegenseitiger Übereinstimmung für beendet erklärt. Wie von englischer Seite verlautet, werden englische Kriegsschiffe von Simonstown und seinen Reparatur-Einrichtungen auch weiterhin auf „kommerzieller Basis" Gebrauch machen können. Über das Simonstown-Abkommen war es innerhalb der Labour Party im letzten Jahr zu einer „heftigen" Kontroverse gekommen (Daily Telegraph vom 17.6. / NZZ vom 18. 6.75).



Frankreichs Waffen-Embargo schmerzt Südafrika nicht
Mitte August (g.m.)

Schon einmal, vor dreizehn Jahren, hatte ein französischer Premier, damals Georges Pompidou, ein typisch französisches Waffen-„Embargo" ausgesprochen; Pompidou hatte unterschieden zwischen Waffen, die für die „Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Bekämpfung von Guerilleros benutzt werden können" – und die Frankreich nicht zu liefern bereit sei – und schweren Waffen, „die das Land zur Verteidigung gegen äußere Feinde" – und die Frankreich zu liefern bereit sei.

Jetzt hat Pompidous Nachfolger, Präsident Giscar d'Estaing anläßlich seiner vierten

Afrika-Reise, die ihn dieses Mal in den früheren belgischen Kongo, das seit zehn Jahren vom Generalpräsidenten Mobutu regierte Zaire, publikumswirksam verkündet, daß sein Land ein „Waffen-Embargo" gegen Südafrika verhängen werde. Nur wenige Jahre nach Pompidous Erklärung wurde Frankreich zum wichtigsten Waffenlieferanten des südafrikanischen Rassenstaates, nachdem die damalige Labour-Regierung in London tatsächlich ein Embargo verhängt und der lukrativen Verträge mit Pretoria verlustig gegangen war. Und auch das jetzt verkündete „Embargo" ist alles andere als ein eindeutiger Waffenlieferungs-Stopp und ist deshalb bei den Schwarzafrikanern bereits auf heftige Kritik gestoßen.

Die politisch unabhängigen Staaten Afrikas, und hier vor allem die ehemaligen englischen Kolonien, die nicht wie die francophonen Staaten an den Rockzipfeln der Pariser Regierung hängen, meinen nicht nur, daß die französische Geste zu spät kommt. Sie können auch darauf verweisen, daß vom jetzt verkündeten Embargo zum Beispiel Ausrüstungen für die südafrikanische Marine grundsätzlich ausgenommen sind. (Schiffe aber lassen sich auch zur Beschießung aufständischer schwarzer Stadtteile in Südafrika verwenden. Und sollten unabhängige schwarzafrikanische Staaten bei einer in Zukunft möglichen großen Konfrontation zwischen Weiß und Schwarz auf dem Seewege der schwarzen Mehrheit zu Hilfe kommen, würden die von Frankreich gelieferten Schiffe natürlich auch zum Einsatz kommen.)

Was schließlich das Embargo über Land- und Luftwaffen angeht, so schmerzt es Südafrika heute kaum noch: einerseits wird Frankreich die bereits abgeschlossenen Verträge, so etwa über 40 Mirage-Bomber, noch abwickeln; zum anderen haben beide Seiten in den vergangenen dreizehn Jahren dafür Sorge getragen, daß nicht nur die betreffenden Waffen-Systeme selbst, sondern auch die dazu gehörenden „brevets", will heißen Patente und Fertigungsunterlagen an Südafrika geliefert wurden. Das industriell hoch entwickelte weiße Südafrika ist also ähnlich wie seinerzeit Israel, als de Gaulle das Embargo verhängte, in der Lage, die meisten militärischen „Güter" wie Panhard-Mannschaftswagen und leichte Kampf-Panzer sowie Hubschrauber selbst herzustellen. An der Entwicklung der Boden-Luft-Rakete „Crotale", die in Südafrika „Cactus" heißt, beteiligte sich Südafrika sogar mit der Hälfte der Kosten. Die Fertigung und Weiterentwicklung von Düsenflugzeugen und Panzerwagen bereitet Südafrika heute keine Schwierigkeiten mehr; und dies umso weniger, da der Staat der Rassentrennung per Gesetz seit einigen Jahren auch seine technologische und militärische Kooperation mit Israel mächtig ausgebaut hat. Erst kürzlich weilte der frühere israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan wieder in Südafrika.

Auf dem Umweg über die sich schnell entwickelnde Kooperation mit Persien partizipiert Südafrika ferner an der modernsten amerikanischen und westdeutschen Waffen-Technologie...
Die südafrikanischen Strategen sind also über das jetzt verhängte Embargo nicht sonderlich besorgt. Dies umso weniger, da sie ja sogenannte „zivile" Güter, wie modernste Elektronik für das Frühwarn-System „Advokaat" direkt aus der Bundesrepublik, inklusive der NATO-Kodifizierung für Teile, beziehen können.

Und selbst der Abschluß des Kontraktes über die Lieferung von vier Flugzeugen des Typs Airbus im Werte von mehreren hundert Millionen Dollar nur wenige Tage vor Giscards Afrika-Reise stimmt die südafrikanischen Militärs hoffnungsvoll, denn die europäischen Großraumflugzeuge lassen sich durch Umrüstung leicht zu Tankflugzeugen für die MIRAGE-Bomber umwandeln. Daß sie weiter geliefert werden, dafür wird schließlich auch der Aufsichtsratsvorsitzende des Airbus-Unternehmens, der westdeutsche Politiker Franz-Josef Strauß sorgen. Kein Anlaß zur Unruhe also in Südafrika, wie Strauß seinen weißen südafrikanischen Gesprächspartnern dieser Tage bei seinem vierten Besuch im Staat der Rassentrennung versichert haben wird Er traf sowohl mit dem Präsidenten als auch dem Premier zusammen, obwohl nur auf Privat-Reise. Und sein getreuer journalistischer Fackelträger, der Südafrika-Korrespondent der „WELT", Hans Germani, wird schon für die nötige positive Stimmungsmache in dieser Sache sorgen.

G. Meuer

BRD-Regierung dementiert Pläne über Zusammenarbeit mit der RSA in der Uranproduktion

9.9.75 (FR)

Die „Frankfurter Rundschau" will aus „Regierungskreisen in Bonn" erfahren haben, daß die Bundesregierung nicht die Absicht habe, mit Südafrika in eine „praktische Zusammenarbeit" zur Anreicherung von Uran einzutreten. Die Bundesregierung denke „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" auch nicht daran, Uran aus Südafrika zu beziehen.

Wie wiederholt berichtet (vgl. Chronik der „blätter", Heft 41/42 u. „Nachr. u. Kurzber." in Heft 45) ist von der mehrheitlich vom Bund kontrollierten „Steinkohlen-Elektrizitäts AG in Essen (STEAG) in Zusammenarbeit mit der Uranium Enrichment Corporation of south Africa" (UCOR) eine, wie es hieß, „Studie zur Wirtschaftlichkeit" des Baus einer Uran-Anreicherungs-Anlage in Pelindaba in der Nähe von Pretoria durchgeführt worden, die im Mai dieses Jahres mit einem, wie von der STEAG erklärt wurde, „positiven Ergebnis" abgeschlossen werden konnte. Von der STEAG wurde in diesem Zusammenhang zugleich mitgeteilt, daß das Unternehmen bemüht sei, eine Beteiligung an der Nutzung der geplanten Urananreicherungs-Anlage zu erwerben („Handelsblatt" vom 15.5.75).

Den vorliegenden Meldungen nach soll die Anreicherungs-Anlage in Pelindaba mit einer jährlichen Anreicherungskapazität von 5 000 t Trennarbeit konzipiert sein und mit einem Kostenaufwand von 3,5 Mrd. DM gebaut werden. Die Aufnahme der Produktion ist für spätestens 1984 ins Auge gefaßt (NZZ vom 24.4.75). Das in Pelindaba zu verarbeitende Uran soll zu einem wesentlichen Teil aus der Rössing-Mine in Namibia (vgl. Namibia-Artikel in diesem Heft) bezogen werden.
Zur Kapazitäts-Auslegung der Pelindaba-Anreicherungs-Anlage vermerkt „Blick d. d. Wirtsch." (6.7.74): „Die südafrikanische Wirtschaft wäre damit in Zukunft auf dem Gebiet der Energieversorgung durch angereichertes Uran völlig autark. Außerdem könnten die Exporterlöse aus dieser Produktion das auslaufende südafrikanische Goldzeitalter ersetzen. Vorsichtige Schätzungen sprechen von jährlichen Deviseneinnahmen in Höhe von über 500 Mill. DM bereits in der Anfangsphase dieses Projektes". An dem Bezug angereicherten Urans aus der Produktion der Pelindaba-Anlage schien bislang jedenfalls auch die Bundesregierung interessiert zu sein: „In der Beteiligung an einem solchen Projekt", so eine Pressemitteilung des halbstaatlichen STEAG-Konzerns, „sieht die STEAG einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Uranversorgung der BRD."

Eine enge Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika in Verbindung mit dem Pelindaba-Projekt scheint es aber nicht nur in der Frage der „Wirß tschaftlichkeit", sondern auch in der Erschließung der Uranlager, aus denen Pelindaba mit Roh-Uran versorgt werden soll und in der Entwicklung eines neuen, ökonomischeren Anreicherungs-Verfahrens, das in Pelindaba zur Anwendung kommen soll: So beteiligte sich die deutsche Urangesellschaft in Frankfurt mit Mitteln in Höhe von mehr als 7 Mill. DM an der Prospektierung der Uranlager bei Swakopmund in Namibia (Rössing-Mine; geplanter Hauptlieferant für Pelindaba; siehe oben), und zugleich lieferte das zu 90 % in Bundesbesitz befindliche Kernforschungszentrum in Karlsruhe („Gesellschaft für Kernforschung") südafrikanischen Forschern Einblick in Forschungsergebnisse, auf die das jetzt von südafrikanischer Seite der Öffentlichkeit vorgestellte und für Pelindaba ins Auge gefaßte Anreicherungs-Verfahren („Ionenaustausch"-Verfahren) fußen soll (so jedenfalls die dazu vorliegenden Meldungen der bürgerlichen Presse; es kann nicht als ausgeschlossen gel-

len, daß es zwischen Südafrika und dem Kernforschungszentrum in der Entwicklung des Ionenaustauschverfahrens möglicherweise eine sehr viel breitere Zusammenarbeit gegeben hat; vgl. „Nachr. u. Kurzber." in Heft 45).

In diesen Zusammenhang ist weiter darauf hinzuweisen, daß sich derzeitig die Westdeutsche Kraftwerksunion (KUW), die sich zu diesem Zweck mit dem südafrikanischen Unternehmen Murray & Roberts zu einem Konsortium („Nuclear Power Consortium of South Africa") zusammengeschlossen hat, um einen Auftrag zum Bau eines nördlich von Kapstadt an der Atlantikküste geplanten Kernkraftwerkes mit einer Energieleistung von 2 000 Mega-Watt bemüht. Das Auftragsvolumen ist mit 2 Mrd. DM veranschlagt. Die Entscheidung über die Vergabe des Auftrags, um den sich noch ein französisches und ein schweizerisch-südafrikanisches Firmenkonsortium bewirbt, soll Anfang nächsten Jahres fallen („Blick d. d. Wirtsch." vom 12.6.75).

Die enge Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika auf dem Gebiet der Kernenergie verdient zusätzlich insofern besondere Beachtung, als die BRD, und hier in unmittelbarer Weise die Bundesregierung, mit dieser Zusammenarbeit womöglich einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, Südafrika zur Atommacht aufzurüsten. Von südafrikanischer Seite ist bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß das dortige Regime einem solchen Gedanken „spielt" (vgl. Chronik der „blätter" Heft 43/44). Die Anreicherungsanlage in Pelindaba mit ihrer Mammut-Kapazität wird dazu die notwendigen Mengen an angereichertem Spaltmaterial liefern können. Das bei Kapstadt geplante Kernkraftwerk verarbeitet das Material weiter zu dem „begehrten" Plutonium 239. Das sog. Atomgeheimnis, das Rezept nach dem dann die Atombombe selbst zu „basteln" ist, ist mittlerweile offenbar, wie der Fall Indien und demnächst wohl auch der Fall Israel beweist, k in wirkliches Geheimnis mehr.

Zum vorliegenden Thema vergl. im Genaueren die sehr profunde Untersuchung von A. Günther, „Die deutsche STEAG und die südafrikanische Uranproduktion" in: „Dritte Welt Materialien", 3/1974, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler, Hannover, Archivstr. 3.

siba

Erfolge in Vorsters „Detente"-Politik

10.9.75 (SZ)

Der Informationsminister der Elfenbeinküste, Fologo, hält sich zu einer zehntägigen Staatsbesuch in der RSA auf. Damit ist erstmals ein Kabinetts-Mitglied eines westafrikanischen Landes einer offiziellen Einladung des Vorster-Regimes nach Südafrika gefolgt. Es wird von Beobachtern für möglich gehalten, daß Fologo einen Besuch des Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouet-Boignys, vorbereiten soll. Dem Besuch Fologo soll in naher Zukunft eine Reise des Präsidenten der zentralafrikanischen Republik, Jean Bedel Bokassa, nach Südafrika folgen. Die zentralafrikanische Republik ist von der südafrikanischen Regierung kürzlich erst als Empfänger umfangreicher „Entwicklungshilfe"-Gelder ausersehen worden (vergl. „Nachr. u. Kurzber." in Heft 45).

Wie bereits im Mai bekannt geworden ist, soll sich der Präsident von Liberia, Tolbert, gegenüber Vorster bei dessen geheimen Besuch in Liberia im Februar dieses Jahres bereiterklärt haben, für Vorster ein Gipfeltreffen mit den Präsidenten Kenyatta (Kenia), Mobutu (Zaire) und General Gowon zu arrangieren. Diese von der engl. Zeitung „Times" überzeugend dokumentierte Meldung (vom 20.5.) ist mittlerweile allerdings von der liberianischen Regierung offiziell dementiert worden („Times" vom 22.5.75).



Als einen Teilerfolg für seine „detente"- oder „Dialog-Politik" kann Vorster auch den Ausgang der OAU-Jahreskonferen von Anfang August in Kampala verbuchen. Entgegen anders lautenden Ankündigungen einer Reihe von Staaten, bestätigte die Konferenz den im April auf der Sondersitzung der OAU in Kampala eingeschlagenen „gemäßigten" Kurs gegenüber Südafrika – einen Kurs, der, wenn auch in eingeschränktem Maße, politische Kontakte mit Südafrika befürwortet (vgl. „Nachr. u. Kurzber.", in Heft 45).
Kommentar eines Delegierten nach Abschluß der OAU-Konferenz in Kampala: „Vorster kann für ein weiteres Jahr ruhig schlafen" („Fin. Times" vom 5.8.75).

Tatkräftige Unterstützung für seine „mutige Entspannungspolitik" ist Vorster vom Chef des in Südafrika registrierten Konzern-Giganten Anglo American Corporation of South Africa, H.F. Oppenheimer, zugesagt worden.

Auf einer Aktionärsversammlung des Konzerns begründet Oppenheimer seine Haltung zur „Dialog-Politik" Vorsters u.a. wörtlich mit den „unbegrenzten ökonomischen Vorteilen", die ein Erfolg dieser Politik für die südafrikanische Wirtschaft mit sich bringen würde (Fin.Times vom 15.5.75).

Zur südafrikanischen „Detente"- oder „Dialog"-Politik vgl. die Chronik in den „blättern" Heft 41/42 und 43/44 sowie Rhodesien-Artikel in Heft 45, S. 35 f.

F. J. Strauss eröffnet Reisewelle deutscher Politiker nach Südafrika

21.7.75 (issa-Pressemeldung)
Der CSU Vorsitzende Franz-Josef Strauss eröffnet in diesem Jahr eine Reisewelle größeren Ausmaßes von deutschen Politikern nach Südafrika. Der CSU-Politiker, der in den letzten Jahren alle zwei Jahre zu politischen Gesprächen und zum Urlaub nach Südafrika reiste, hat sich dieses Jahr im August drei Wochen Zeit genommen; er wird u.a. mit Premierminister Vorster und Verteidigungsminister Botha zusammentreffen.
Aufgrund wachsenden Handels- und Investitionsvolumens der Bundesrepublik in Südafrika – die BRD ist 1974 zum wichtigsten Handelspartner Südafrikas und zum zweitwichtigsten Investor nach Großbritannien und noch vor den USA geworden – interessieren sich aber noch weitere BRD-Politiker für einen Aufenthalt in der Republik Südafrika. CDU-Ministerpräsident Filbinger aus Baden-Württemberg hat für Anfang September Reisepläne, die ihn ans Kap führen. Danach folgen hohe und höchste Wirtschaftskreise: Bertold Beitz will im Oktober für drei Wochen in Südafrika wirtschaftspolitische Gespräche führen; und Anfang November will eine Top-Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Pläne über eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika erörtern: Dem Vernehmen nach geht es dabei um ein Kernkraftwerk, das Südafrika bei der Bewältigung seiner Energieprobleme helfen soll. Das Kraftwerk, gespeist mit dem im Land reichlich vorhandenen und mit Hilfe deutscher Technologie angereicherten Uran, soll eine Kohleverflüssigungsanlage betreiben, damit Südafrika im Zweifelsfalle von Ölimporten unabhängig werden kann.

Als Krönung der Besuchsserie ist ein offizieller Besuch von Bundeswirtschaftsminister Friederichs für November oder Januar vorgesehen: die südafrikanische Regierung rechnet fest mit seinem Besuch, obwohl man im Wirtschaftsministerium noch „überlegt".
Mit den engeren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika hatte bereits das letzte halbe Jahr einen Höhepunkt von gegenseitigen Reisen führender Politiker zu verzeichnen.
FDP-Wirtschaftsexperte Lambsdorff hielt sich im Februar 1975 in Südafrika auf; Wirtschaftssekretär Rohwedder eröffnete im April 1975 den deutschen Pavillon auf der größten südafrikanischen Messe, der Rand Easter Show; Landwirtschaftssekretär Logemann weilte im vergan-

genen November in Südafrika; der SPD-MdB Haase (Fürth) erörterte in Südafrika Fragen seines Interessenbereiches Tourismus; CDU-Ministerpräsident Röder von der Saar informierte sich bei seinen politischen Freunden in Südafrika und wußte Löbliches über die Rassengesellschaft am Kap zu berichte; und als erster SPD-Ministerpräsident leitete Hans Koschnick (Bremen) eine Delegation des Bremer Senats und einschlägiger Wirtschaftskreise, die sich in Südafrika über die Containerisierung der südafrikanischen Häfen und die damit für Bremen verbundenen Aspekte unterhielt.
Aus Südafrika war Bergbauminister Koornhof, zugleich zuständig für Einwanderung, bei der Eröffnung der Hannover-Messe zugegen. Und der heutige RSA-Staatspräsident Diederichs, dem man enge freundschaftliche Bande zu seinem Ex-Kollegen Alex Möller nachsagt, weilte in der BRD, als er noch als Finanzminister amtierte.
Die politische Begründung für eine derartig auffallende Reisewelle deutscher Politiker in den Apartheid-Staat Südafrika formulierte auf einem wissenschaftlichen Kolloquium über den Konflikt im Südlichen Afrika in München im Juni dieses Jahres Ministerialdirektor Dr. Lothar Lahn von der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes: „Um unsere Auffassungen bei der Südafrikanischen Regierung von den Lösungsmöglichkeiten der bestehenden Konfliktsituation zur Geltung zu bringen, um mit ihr überhaupt in einen Dialog über Lösungsmöglichkeiten einzutreten, um ihr unsere vermeintlich bessere Einsicht in die wirkliche Situation mit Erfolg vor Augen zu stellen, um auch zu erreichen, daß eines Tages eine Teilhabe des schwarzen und des gemischten Bevölkerungsteils an der Staatsgewalt erzielt wird, bedarf es meines Erachtens nicht nur normaler, sondern es bedarf guter, ja ich möchte meinen, freundschaftlicher Beziehungen. Nur so erhält man sich Einfluß. Ein politischer Freund vermag im allgemeinen mehr als ein politischer Gegner. Nicht Abbruch oder Einfrieren der Beziehungen, sondern Ausbau. Nicht Sanktionen, Drohungen, Abgrenzung, sondern Ratschläge, Hilfe, Kooperation und engere Kontakte."

NAMIBIA

(siehe im vorliegenden Heft den Artikel zu Namibia :„Vorsters Schwindel mit der neuen Verfassung").

Buthelizi wirbt um westdeutsches Kapital

Stammeshäuptling Gatsha Buthelezi, von der Vorster-Regierung zum Oberhäuptling („chief minister") des Bantustans Kwazulu gekürt und in gewissen kirchlichen Kreisen in der BRD gern als progressive Kraft und mutiger Vorkämpfer der unterdrückten schwarzen Mehrheit in Südafrika gelobt, preist (im Verein mit drei weiteren Bantustan-Chefs) im westdeutschen „Handelsblatt" in mehrfach erschienenen **ganz-seitigen Anzeigen** die schwarzen „homelands" in Südafrika als ideales Operationsfeld für westdeutsches Kapital an. Wörtlich heißt es in den Anzeigen einleitend:

„ Einige ausländische Investoren in Afrika mußten die Erfahrung machen, daß ihr Kapital nationalisiert und die Rückführung ihrer Gewinne blockiert wurde. Wir (die Bantustan-Häuptlinge) versichern Ihnen, daß dies nicht geschehen wird, wenn Sie in den Schwarzen Staaten („homelands") in Südafrika investieren."

Zu den Investitionsbedingungen, die das westdeutsche Kapital in den schwarzen „Heimatländern" in Südafrika erwarten, führt Buthelezi (bezogen auf Kwazulu) dann im Genaueren aus:

„Unterliegen Sie keinem Irrtum, wir sind nicht die einzigen Leute, denen Sie durch Errichtung einer Fabrik in unserem Land helfen.
In erster Linie helfen Sie sich selbst, u. z. indem jegliche Kosten, um Ihre Fabrikanlagen und Ihr Personal von einem der Hauptindustrie-Zentren Südafrika's in die Schwarzen Staaten zu transferieren, durch einen Bargeldzuschuß gedeckt werden.
Es erwarten Sie freies Land und Gebäude für Ihre Industrie (welche Sie für nur 4 % des Wertes mieten können).
Es erwarten Sie Steuervergünstigungen, nicht nur für Ihre Zweitniederlassung in KwaZulu, sondern auch für Ihre Muttergesellschaft anderswo in Südafrika.
Zusätzlich offerieren wir außerdem jedem Unternehmen, welches sich mit uns vor dem 30. Juni in Verbindung setzt, einen 25%igen Steuerbonus zu den bereits erwähnten steuerlichen Vergünstigungen.
Weiterhin bieten wir ein zinsgünstiges Darlehen bis zu 45 % des Betrages, welchen Sie für Auslagen und als Anfangskapital benötigen.
Ihrem Weißen Personal bieten wir Darlehen, die 2 1/2 % niedriger liegen als die übliche Rate der Bausparkassen.
Weiterhin einen 30%igen Rabatt an Eisenbahnfrachtraten.
Und das Erlangen von Arbeitskräften ohne Schwierigkeiten.
Nachdem Sie festgestellt haben, wie vorteilhaft sich diese Vergünstigungen für Sie auswirken, werden wir Sie darauf ansprechen, auch uns zu helfen."

entnommen aus: „Handelsblatt" vom 21.5.75.

Was alles obszön ist

Auch Hans Habe sieht schwarz, wenn er in der Springer-Zeitung „Welt am Sonntag" an den Schwarzen Erdteil denkt:

Mit einer Heuchelei ohnegleichen haben die Industrie- und Kulturstaaten jedem Negerstamm, der sich gerade vom Kannibalismus zur „Unabhängigkeit" entwickelte, die Gleichberechtigung eingeräumt — daß diese obszönen Staatsgebilde am Ende die Oberhand in den UN gewinnen würden, war ein mathematisches Exempel für Volksschüler.

AUFRUF

UNTERSTÜTZT DEN BEFREIUNGS-KAMPF IN ZIMBABWE !

Zur Organisierung ihrer Arbeit im Lande,zur Versorgung der Bevölkerung in den kontrollierten Gebieten, zur Sicherung des Lebensunterhalts der Familien der Verhafteten und zur weiteren Verstärkung ihrer Politisierungsarbeit in Zimbabwe ist die ZANU angewiesen auf unsere Unterstützung.
Der Befreiungskampf bedeutet nicht nur militärischen Kampf gegen die Gewalt der Unterdrücker, sondern verlangt den Aufbau sozialer und politischer Strukturen, die erst die Grundlage für die Selbständigkeit der Völker im Kampf für ihre Befreiung und zum Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschaft sein können.

Die Redaktion der ‚blätter des iz3w' fordert deswegen alle auf, die die Ziele des Befreiungskampfes des Volks in Zimbabwe unterstützen, einen Beitrag zu leisten durch die finanzielle Unterstützung der Arbeit der ZANU in den genannten Bereichen.

Zur Unterstützung der Arbeit der Befreiungsbewegungen haben wir das „Sonderkonto ‚TECHNISCHE HILFE FÜR DIE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN" eingerichtet. Mit den hier eingehenden Mitteln wird jeweils für begrenzte Zeit die Arbeit einer Befreiungsbewegung unterstützt; die Projekte werden jeweils in den ‚blättern des iz3w' bekannt gemacht.

Ab sofort werden wir die eingehenden Spenden für die materielle Unterstützung der Arbeit der ZANU in den genannten Bereichen verwenden.

Einzahlungen erbitten wir auf das Konto:

Postscheckkonto Aktion Dritte Welt, Freiburg, Sonderkonto „Technische Hilfe" 11 500 - 754, Postscheckamt Karlsruhe.

ZIMBABWE (Rhodesien):

DIE ZEICHEN STEHEN AUF STURM

Eine ausführliche Darstellung der Hintergründe der aktuellen Entwicklung findet sich in Heft 46/47 der blätter des iz3w, S. 23 ff., und in den Chroniken der vorangegangenen Hefte.

Verfassungskonferenz gescheitert

Die Verfassungsgespräche zwischen Vertretern des weissen Minderheitsregimes in Rhodesien und den Befreiungsbewegungen sind am 25.8. ergebnislos abgebrochen worden.
Sie waren zustandegekommen, nachdem die Außenministerkonferenz der OAU in Dar es Salaam und der OAU-Gipfel in Kampala die Doppelstrategie zur Erreichung der Unabhängigkeitsregierung in Zimbabwe bestätigt und deren Unterstützung bekräftigt hatte: Verhandlungen mit den Rassisten über den Übergang zu einer afrikanischen Mehrheitsregierung und gleichzeitige Vorbereitungen für die Intensivierung des bewaffneten Kampfes (issa 6/75).
Die von den Präsidenten Kaunda (Sambia) und Vorster (Südafrika) arrangierten Gespräche fanden auf einer Eisenbahnbrücke über dem Sambesi, genau auf der Höhe der rhodesisch-sambischen Grenze statt.
Den Standpunkt des ANC-Gesamtverbandes – des Zusammenschlusses der 4 Befreiungsorganisationen in Zimbabwe – hatte zuvor Bischof Muzorewa in aller Deutlichkeit bekräftigt:
Über die Forderung nach vollständiger Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit wird nicht verhandelt – nur über das Wie, also die Form des Übergangs zur Mehrheitsregierung, die in längstens einem Jahr erfolgen muß (FR 25.8.75 u.a.).
Woran sind diese Gespräche gescheitert?
Schon unmittelbar vor dem Beginn der Verhandlungen hatte Rhodesiens Premier Smith erneut bekräftigt, er wolle die Macht niemals an „irgendeine schwarze Mehrheitsregierung" abgeben. Stattdessen denkt er an eine „*verantwortungsvolle* Regierung, mit der Möglichkeit der Teilnahme aller *verantwortlichen* Rhodesier". (FR 25.8.75, Hervorhebung G.S.).
Was mit „verantwortlichen Rhodesiern" gemeint ist, zeigte sich daran, daß Smith auf Ausschußgesprächen im Innern Rhodesiens bestand – und gleichzeitig die Haftbefehle für die Vertreter der ZANU, u.a. ihres Präsidenten Sithole, und der FROLIZI aufrecht erhalten werden sollten: Smith lehnte die Zusicherung freien Geleits für die Verhandlungsdelegation kategorisch ab (NZZ 30.4.75; FR 27.8.75).
So wollte Smith von vornherein die Gespräche zu Fall bringen oder aber zumindest erzwingen, daß die Verhandlungen von Seiten des ANC unter Ausschluß der mit Haftbefehlen bedrohten Vertreter der konsequenten Linie des Beharrens auf der Forderung nach einer afrikanischen Mehrheitsregierung geführt werden. Die rhodesische Taktik sollte also – bei gleichzeitiger Verstärkung der militärischen Angriffe auf die Befreiungsbewegungen – Verzögerung und Spaltung auf Seiten der Afrikaner erreichen.
Daraufhin wurde – auf Initiative von ZANU und FROLIZI – in Lusaka (Sambia) der „Befreiungsrat von Zimbabwe" als Organ des ANC im Ausland mit Vertretern der im ANC zusammengeschlossenen Bewegungen eingerichtet (NZZ 5.9.75).
Über Radio Lusaka rief N. Sithole zu einer Intensivierung des bewaffneten Kampfes auf (FR 4.9.75).

Klärung der Fronten im ANC

Ohne Zweifel stellten die Verfassungsgespräche die Einheit der Befreiungsbewegungen vor eine harte Bewährungsprobe. Während die ANC-Delegation bei den Verhandlungen an der im Lusakaabkommen vereinbarten Linie festhielt, auf der Forderung nach der Mehrheitsregierung zu beharren und die Intensivierung des bewaffneten Kampfes für den Fall des Scheiterns vorzubereiten (s. dazu blätter des iz3w, Heft 46/47, S. 40 ff.), ließ Smith keinen Zweifel über seine „Pläne für einen verstärkten Guerilla-Abwehrkampf im Nordosten des Landes (dort operiert die ZANU, G.S.) bei gleichzeitigen Verhandlungen mit nicht im ANC vertretenen Afrikanern (FR 25.8.75). In einer Erklärung erteilten die schwarzen Mitglieder des rhodesischen Parlaments, an deren Adresse diese Andeutung gemünzt war (von den 66 Abgeordneten stellt die afrikanische Mehrheit 16), diesen Plänen allerdings umgehend eine öffentliche Absage.
Während Muzorewa als Exponent des alten ANC – eigentlich einer offiziell bislang auf die Gewaltlosigkeit verpflichteten Organisation, die mehrfach den Versuch von Kompromissen und Geheimverhandlungen mit dem weißen Regime unternommen hatte – sich deutlich der von der ZANU vertretenen Linie des konsequenten Befreiungskampfes annäherte, treten von neuem Kräfte hervor, die sich hinter dem Rücken des ANC-Gesamtverbandes als mögliche ‚Partner' für das Smith-Regime anbieten wollen.



Smith: *Wo bleiben sie denn?*

So war ein geheimes Protokoll von Gesprächen zwischen dem ZAPU-Führer J. Nkomo mit Smith bekannt geworden, die dieser hinter dem Rücken des ANC geführt hatte; er war ferner für die Beteiligung Großbritanniens an allen Verhandlungen eingetreten und hatte Bereitschaft zur Akzeptierung von ‚Übergangslösungen' gezeigt (issa 6/75, Daily Telegraph 23.6.75).
Nachdem schon ein früherer Versuch der Nkomo-Fraktion gescheitert war, ihre Linie im ANC durchzusetzen (s. blät-

ter des iz3w Nr. 46/47, S. 41), ging Nkomo nunmehr so weit, für den 27. und 28.9. einen ANC-Kongreß in Rhodesien selbst einberufen zu wollen, an dem wegen der oben genannten Haftbefehle gegen die Exponenten von ZANU und FROLIZI (und inzwischen möglicherweise auch gegen Muzorewa vom alten ANC) diese auf keinen Fall teilnehmen könnten; Nkomo, der die Bildung des ANC-Auslandsorgans in Sambia ablehnt, warf Muzorewa gar vor, nach Sambia ‚geflüchtet' zu sein (SZ 9.9.75, FR 13.9.75). Muzorewa kündigte daraufhin den Ausschluß Nkomos und eines weiteren ANC-Mitglieds an (FR 13.9.75).

Die Zeichen stehen auf Sturm

Nach Beratungen außerhalb Rhodesiens hatte das Führungsgremium der im ANC zusammengeschlossenen Bewegungen bereits im April die Ausbildungslager in Tanzania besichtigt, die von der FRELIMO der ZANU zur Verfügung gestellt wurden. Sie gelten nun als offizielle ANC-Camps; für ihre Finanzierung kommt der Befreiungsausschuß der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) in vollem Umfang auf; 1975 wurden für diesen Zweck ca. 5 Millionen DM zur Verfügung gestellt (NZZ 17.7.75; issa 6/75).
Gleichzeitig wurde die Kampagne zur Mobilisierung unter der Bevölkerung in Zimbabwe für die Ausbildung in den genannten Lagern intensiviert. In offenbar großer Zahl setzten sich seit einiger Zeit Schüler aus Missionsschulen im Norden und Osten des Landes – dem Hauptkampfgebiet der ZANU – über die Grenze nach Mosambik ab (Financial Times 24.7.75). Eine Mannschaft rhodesischer Gefängniswachen verleiß mit Jeep, Waffen und Wolldecken das Gefängnis und meldete sich in einem der Ausbildungslager (KVZ 4.9.75).

Nachdem das Siedlerregime die 800 km lange Grenze zu Mosambik zur Sperrzone erklärt hatte, mußte es nunmehr ein Gebiet von *2.000 qkm an der Grenze zu Botswana* ebenfalls zum Sperrgebiet erklären; im Nordwesten, Norden und Nordosten herrscht schon lange der Ausnahmezustand (SZ 7.8.75). Hier kontrolliert die ZANU bereits größere Gebiete, in denen sie z.T. Nachschublager und landwirtschaftliche Produktionszentren einrichten konnte.
Den wachsenden Zustrom zu den Ausbildungslagern und der zunehmenden Kampfbereitschaft der Afrikaner suchte das rhodesische Regime mit verschiedenen Maßnahmen zu begegnen: Rhodesische Truppen beschossen wiederholt Afrikaner, die sich in den genannten Sperrgebieten aufhielten; massiv verstärkten sie ihren Terror gegen die afrikanische Bevölkerung. Nach Berichten der „Kommission für Gerechtigkeit und Frieden" der rhodesischen Bischofskonferenz wurden im Dorf Karima Kraal 20 unbewaffnete Dorfbewohner – darunter vier Frauen und neun Kinder – von rhodesischen Truppen erschossen und die Leichen anschließend verbrannt (FR 26.8.75, Le Monde 3.8.75). Dieselbe Kommission hatte bereits Anfang April eine Dokumentation mit Fotos von durch Bombardierung zerstörten Dörfern im Nordosten Zimbabwes veröffentlicht und zahlreiche Fälle brutalster Folterungen geschildert (FR 15.5.75; Africa 44/75).

Deutlich zeigen die Meldungen und vor allem die zunehmende Unruhe des weißen Siedlerregimes selbst, daß diese Maßnahmen ihren Zweck nicht erreicht haben, durch Einschüchterung und Terror die afrikanische Bevölkerung von der Aufnahme des organisierten Widerstandes abzuschrecken: Die weiße Regierung hatte bereits vor den Verhandlungen die Mobilisierung aller wehrfähigen Männer anordnen müssen. Durch die Aufstellung einer Frauenhilfstruppe für Nachrichtenwesen und Nachschub soll eine Verstärkung der kämpfenden Truppeneinheiten ermöglicht werden (issa 6/75). Verstärkung dürften die Reassisten inzwischen auch von anderer Seite erfahren haben: Bei „Zusammenstößen" mit Afrikanern ist nach Pressemeldungen neben rhodesischen Militärs auch ein „amerikanischer Staatsbürger" ums Leben gekommen (NZZ 25.7.75).
Auch die Umstellung der rhodesischen Wirtschaft auf Devisenkontrollen und andere Maßnahmen der Kriegswirtschaft, die infolge der Rüstungsausgaben massiv steigenden Preise für Grundnahrungsmittel, der Rückgang der Ernteerträge und Exporteinnahmen zeigen, wie sehr das Siedlerregime angeschlagen ist. Daran wird die drastische Erhöhung des rhodeischen Militärhaushalts (issa 6/75) ebensowenig ändern, wie die Unterstützung durch „amerikanische Staatsbürger" oder westdeutsche Unternehmen, die nach wie vor eine führende Rolle bei der Durchbrechung des Wirtschaftsboykotts spielen (s. blätter des iz3w, Nr. 46/47, S. 45 ff.): In Zimbabwe stehen die Zeichen auf Sturm.

G.S.

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

Gründung einer sozialistischen Partei geplant
15.7.75 (SZ)

Die Militärregierung kündigt die Gründung einer politischen Partei an, die die Administration des Landes übernehmen soll. Die Partei soll „Arbeiter sowie andere fortschrittliche Kräfte" des Landes aufnehmen und sich an den Leitlinien des „äthiopischen Sozialismus" orientieren. In der Kaiserzeit waren politische Organisationen in Äthiopien verboten.

28.7.75 (SZ)
Keine äthiopische Familie oder Einzelperson darf in Zukunft mehr als ein Haus besitzen. Dies besagt eine Proklamation der Militärregierung, die den Immobilienbesitz in den Städten neu regelt und allen Mehrfach-Hausbesitz gegen eine angemessene Entschädigung in Staatsbesitz überführt.

Militärische Intervention von Somalia möglich
31.7.75 (FR)

Es wird von Beobachtern für möglich gehalten, daß von somalischer Seite eine militärische Intervention in Äthiopien geplant ist. Dies könnte möglicherweise den staatlichen Zerfall Ähtiopiens bedeuten. Die Zentralregierung ist schon jetzt vollauf damit beschäftigt, lokale Aufstände und die Sezessionsbewegungen in Eritrea und im Afar-Gebiet (vgl. „Nachr. u. Kurzber." in Heft 46/47) unter Kontrolle zu bekommen. Einem Einfall der somalischen Armee hätte die äthiopische Zentralregierung somit kaum etwas entgegenzusetzen. Hinzu kommt, daß die Sowjetunion Somalia mittlerweile gegen Abtretung zweier Militärstützpunkte, Berbera und Ras Kiambon, zur stärksten Militärmacht Schwarzafrikas aufgerüstet hat. Somalia erhebt Ansprü-

che auf weite Gebiete im Südosten Äthiopiens (und im Nordosten Kenias). In diesen Gebieten leben Volksgruppen, die mit der Bevölkerung Somalias ethnisch verwandt sind.

KAPVERDEN
5.8.75 (FR)

Aus den Wahlen anläßlich der Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln von Portugal (vgl. „Nachr. u. Kurzber.") geht die PAIGC mit einem überwältigenden Wahlsieg (93 % der abgegebenen Stimmen) hervor.

NIGERIA

Gowon fällt einer Palastrevolution zum Opfer
30.7.75 (FR/SZ)

Während seiner Teilnahme an der OAU-Konferenz in Kampala wird Nigerias Staatspräsident General Gowon durch einen cliqueninternen Putsch gestürzt. Der Putsch lief unblutig ab. Wie bei solchen Anlässen als Erklärung üblich, wollen die neuen militärischen Machthaber in Nigeria unter Führung von General Murtala Mohammed mit den „Mißständen im Laufe aufräumen", insbesondere mit der Korruption in Regierung und Verwaltung.

SAMBIA

Regierung legt Verstaatlichungsprogramm vor
2.7.75 (FR) / August 75 (g.m.)

Ende Juni kündigt Präsident Kaunda eine Anzahl von Verstaatlichungsmaßnahmen an: Darunter die formelle Verstaatlichung von Grund und Boden sowie die Überführung der einzigen noch privaten Zeitung des Landes, der Kinos, privaten Krankenstationen und der Immobilien-Büros in staatliche Hand. Zudem wird ein Verbot für private Hausvermietungen angekündigt. Obwohl ein weiterer „wichtiger Schritt Sambias auf dem Weg zum Sozialismus" gepriesen, sind die wirtschaftlichen Machtgruppen im Lande von den Maßnahmen kaum betroffen. Das gilt auch für die rd. 500 weißen Großfarmer im Lande, denen von der Regierung angeboten wird, auf ihrem von der Verstaatlichung betroffenen Grundbesitz im Rahmen von Pachtverträgen mit einer Laufzeit von 99 Jahren in der bisherigen Form weiterzuwirtschaften.

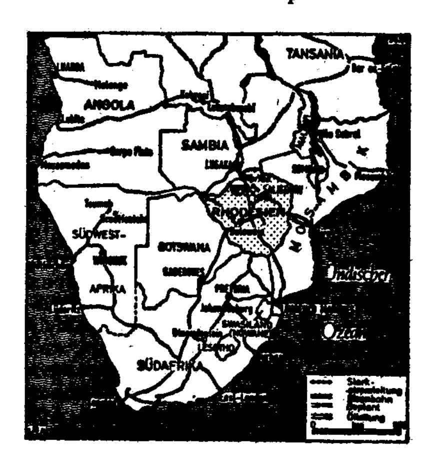
Von den Kapitalkreisen im Lande sind dennoch die Verstaatlichungs-Pläne der Regierung scharf angegriffen worden, wobei nebenbei auch erstmals offen Kritik geübt wird an der vor geraumer Zeit erfolgten Schließung der sambischen Grenze gegenüber dem Nachbarland Rhodesien. Beobachter werten die plötzliche Attacke der Unternehmerschaft gegen Kaunda zum jetzigen Zeitpunkt, da der Kupferpreis einen neuen Tiefstand erreicht hat, Sambias Hauptimport- und Export-Route über Angola aufgrund des dortigen Bürgerkriegs unterbrochen ist (womit Sambia in eine ernste Versorgungskrise geraten ist; vgl. nachfolgende Meldung) und die Rhodesien-Verhandlungen für's erste gescheitert sind, als einen Versuch, über ein Anheizen der wirtschaftlichen Unzufriedenheit im Lande, Kaunda politisch zu Fall zu bringen, um damit offenbar auch den Weg für eine Rückkehr Sambias in alte Abhängigkeit Sambias zu den weißen Minderheits-Regimen in Rhodesien und Südafrika freizumachen. (Zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Sambia vgl. den Länderbericht in den „blättern", Heft 46/47)

Vorzeitige In-Betriebnahme der Tan-San-Bahn soll Sambias Auslieferung an die weißen Minderheits-Regimes verhindern
11.9.75 (g.m.)

Chinas Afrika-Eisenbahn bereits vor Eröffnung im Einsatz.

Noch ist die von der Volksrepublik China als größtes Entwicklungshilfeprojekt im Ausland erstellte 1860 Kilometer lange Eisenbahn zwischen dem tansanischen Hafen Dar-Es-Salaam am Indischen Ozean und dem sambischen Kupfergürtel nicht eingeweiht, und schon wird sie für die Lösung der in den letzten Wochen geradezu lebensbedrohenden Transportprobleme des ostafrikanischen Binnenlandes Sambia eingesetzt. Wie der Präsident des Landes, Kenneth Kaunda, dieser Tage auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Lusaka bestätigte, sind seit einiger Zeit Transporte auf der Bahn auf einer „Notbasis" abgewickelt worden. Die Not war entstanden, nachdem der Bürgerkrieg im benachbarten Angola die wichtigste Export- und Importroute des Landes über die Benguela-Eisenbahn zum angolanischen Hafen Lobito lahmgelegt hatte. Dadurch waren nicht nur die sambischen Kupferexporte im Werte von mehreren zehn Millionen DM, sondern auch die in Lobito liegenden Importgüter – es soll sich um über hunderttausend Tonnen handeln – aufgehalten worden. Auch die Nahrungsmittelversorgung im Kupferland Sambia, das in der Kolonialzeit aus den südlicheren englischen Besitzungen und aus der Republik Südafrika versorgt worden war, und das in Zeiten des Kupferbooms die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft vernachlässigt hatte, war durch den Wegfall der Benguela-Bahn ernsthaft gefährdet worden. Zwar hatte Sambia bereits kurz nach der Unabhängigkeit Mozambiques Verhandlungen mit dem neuen Staat aufgenommen und Vorbereitungen zur Einrichtung einer Straßenverbindung für Lastwagen-Transporte zu den mozambiquanischen Häfen Beira und Lourenco Marques ergriffen, doch bot sich die neu entstandene Eisenbahnverbindung mit Dar-Es-Salaam als die leistungsfähigere und ökonomischere Alternative für den Transport von Massengütern wie beispielsweise Weizen an.

Auf Teilstrecken der Bahn, an der seit 1970 mehr als 10 000 Arbeiter und Techniker aus der VR China arbeiten, sind bereits seit einigen Monaten Güter und Personen transportiert worden, doch war die endgültige Inbetriebnahme der Bahn erst für später in diesem Jahr vorgesehen. Auch mit diesem Termin waren die Chinesen, die im Gegensatz zu den amerikanischen Straßenbauern etwa in der gleichen Gegend wenig große Maschinen, dafür aber umso mehr einheimische Arbeiter und einfache Technologien benutzten, ihrer ursprünglichen Zeitplanung um mehr als ein Jahr voraus. Ab sofort sollen drei Züge pro Woche von Dar-Es-Salaam bis zum Bahnkreuzungspunkt Kapiri-Mposhi in Sambia laufen und dabei mithelfen, ca. 40 000 Tonnen dort dringend benötigter Importgüter aus dem hoffnungslos verstopften tansanischen Hafen abzutransportieren.



Politisch ist diese Transport-Alternative bedeutsam insofern, als sie in einer letzten Anstrengung verhindern soll, daß sich Präsident Kaunda unter dem Druck des ungelösten Transportproblems vollends an die weißen Minderheits-Regime in Rhodesien und Südafrika ausliefern muß. In beiden Ländern wartete man bereits begierig darauf, daß Kaunda sie um Hilfe in größeren Ausmaßen anginge. In geringerem Umfang soll Sambia auch bereits, das vor drei Jahren jeden weiteren Transport über das von einer weißen Minderheit beherrschte Rhodesien ausschlug, in den letzten Wochen wieder die kolonialen Transportwege durch das „weiße" Afrika in Anspruch genommen haben.

G. Meuer

SPANISCH SAHARA
5.7.75 (FR)

Die spanische Regierung hat Algerien, Marokko und Mauritanien zu einer Konferenz zur Beilegung des Konfliktes um die spanische Nordafrika-Kolonie „Spanisch Sahara" (vgl. dazu die Chronik in Heften Nr. 38, 39 und 40)

SAO TOME

Unabhängigkeit von Portugal
14.7.75 (SZ)

Die westafrikanische Inselgruppe Sao Tome und Principe hat am 12. Juli von Portugal die politische Unabhängigkeit erhalten. Die zukünftige Politik der in Sao Tome führenden politischen Partei, der ehemaligen Befreiungsbewegung MLSTP (vgl. dazu Angola-Artikel zum Thema „Sao Tome u. Principe – Der Weg zur Unabhängigkeit") ist noch unklar. Den Angaben des Generalsekretärs der MLSTP, Miguel Trovada, nach, sei die Regierung bemüht, das Land, trotz seiner engen Beziehungen zum „frankophilen" Gabun, vom französischen Einfluß freihalten („O Seculo" u. „Diario de Noticias" vom 18.6.75). Die angolanische Tageszeitung „Provncia" (vom 24.6.) berichtet dazu allerdings, daß Frankreich bereits im Begriff ist, mit einem Kredit von einer Mill. Franken (für den Ankauf von Lastwagen, Polizeiausrüstung u.ä.) in Sao Tome ins Geschäft zu kommen. Als ein wesentliches Ziel ihrer zukünftigen Politik nennt die MLSTP die schrittweise Enteignung des Großgrundbesitzes auf Sao Tome und Principe. 90 % des bebaubaren Bodens der Inseln befindet sich in Besitz von 28 Familien.

UGANDA

Sowjetunion gibt Amin Schützenhilfe
30.6.75 (FR/NNZ)

Die sowjetische Regierungszeitung Iswestija stellt sich in einem Kommentar zur Hills-Affäre hinter den Forderungen Amins an Großbritannien. Zum Dank für die Abtretung des Ende der sechziger Jahre von Israel gebauten Militärflughafens Arua im Nordwesten Ugandas, hat die Sowjetunion (im Verein mit Frankreich) die ugandischen Streitkräfte mit umfangreichen modernsten Waffenmaterial beliefert (vgl. „Nachr. u. Kurzber." in Heft 45).
Hills wurde unterdessen auf Vermittlung des zairischen Präsidenten Mobutu begnadigt (SZ vom 2.7.).

as

Lateinamerika

BRASILIEN

Unwetter fordert Menschenleben und vernichtet Kaffee-Ernte
23.7./22.7.75 (FR) / 28.7.75 (Handelsblatt)

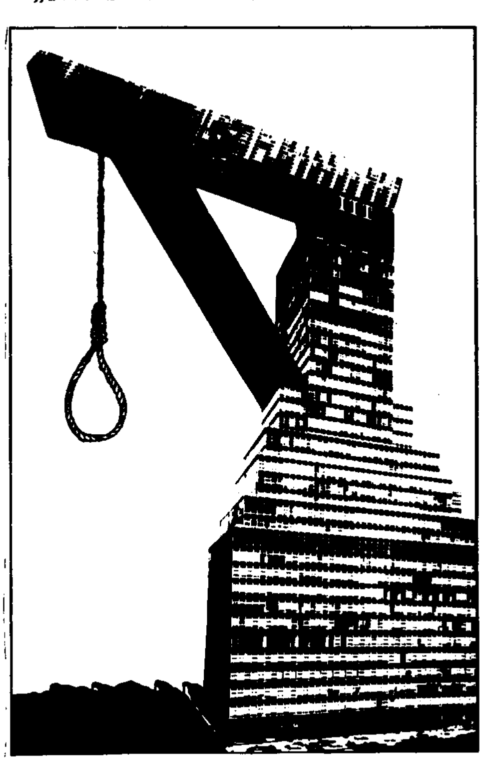
Infolge der bisher schwersten Überschwemmungen im Bundesstaat Pernambucco sind mindestens 100 Menschen ertrunken und 150 000 obdachlos geworden. Den Kälteeinbrüchen im Süden des Landes fielen mindestens 20 Menschen zum Opfer. Durch den Frost wurde etwa 80 % der Kaffee-Ernte zerstört. Selbst wenn die nächsten Jahre frostfrei verlaufen, kann erst ab 1977 oder 1978 mit einer stärkeren Ernte gerechnet werden.

Aufbau der Rüstungsindustrie
2.7.75 (NZZ) / 15.7.75 (Handelsblatt)

Der brasilianische Senat billigt ein Gesetz zum Aufbau einer staatlichen Rüstungsindustrie. Durch das Gesetz wird die Regierung ermächtigt eine staatliche Holdinggesellschaft zu gründen, in der alle schon bestehenden Unternehmen der Rüstungsindustrie aufgehen. Das Dach-Unternehmen „Industria de Material Belico" (Imbel) soll die Produktion von Waffen und Geräten koordinieren, die öffentlichen und privaten Investitionen überwachen und für den Erwerb ausländischer Patente auf dem Gebiet der Rüstung zuständig sein. Ziel ist eine weitgehende Selbstversorgung mit Rüstungsmaterial sowie eine für den Export (vornehmlich in lateinamerikanische Staaten) ausgerichtete Produktion.

Terror der „Todes-Schwadron"
14.8.75 (FR)

In einem Vorort von Rio de Janeiro werden 12 Opfer der faschistischen Organisation „Todes-Schwadron" entdeckt.



CHILE

Familienplanung auf chilenisch
23.7.75 (am. Guardian)

US-amerikanische Ärzte führen z.Zt. in Chile ein Sterilisationsprogramm durch, um – wie eine algerische Quelle berichtet – „Geburten von Kindern aus der Arbeiterklasse zu verhindern". Die Aktion wird finanziert von der Hälfte der 30 Mio Dollar, die die Gesundheitsorganisation der UNO im Mai der Junta zur Verfügung gestellt hatte. Dr. Hugh Davis, der das „Familienplanungsprogramm" verantwortlich leitet, wies jede Auskunft darüber zurück.

. . . oder es müssen mehr sterben

Mit dem Zeichen DW („Die Welt") versehen, macht sich die inzwischen in Bonn redigierte Springer-Zeitung auf Seite 1 Gedanken über die Bevölkerungsexplosion – Gedanken, die fast wörtlich dem bereits 1969 im Ullstein-Verlag (ebenfalls Springer) erschienenen Buch „Die menschliche Springflut" von dem heutigen „Welt"-Chefredakteur Claus Jacobi entsprechen:

Kern dieses Dilemmas: Das menschliche Leben hat seine natürliche Balance verloren. Das Gleichgewicht von Geburt und Tod, das Jahrtausende existierte, besteht nicht mehr. Jede Minute, jeden Monat, jedes Jahr werden mehr als doppelt soviel Menschen geboren wie sterben. Es steht zwei zu eins gegen Freund Hein . . .

Nur zwei Methoden führen zu dem Ziel, Geburt und Tod wieder in Einklang zu bringen: Entweder werden weniger Menschen geboren, oder es müssen mehr sterben. Entweder die Geburtenrate wird gesenkt oder die Todesrate erhöht. Entweder wir kommen zu einer Geburtenbeschränkung, oder die Menschheit wird wie die in die Wüste fliegenden Heuschreckenschwärme und die sich ins Meer stürzenden Heere der Lemminge das „tragische Ende aller sich übermäßig vermehrenden Tierarten" nehmen, bis „nur einige wenige Einzeltiere überleben, um mühsam die Art zu erhalten".

Verhaftungen von Funktionären der Sozialistischen Partei
25.7.75 (SZ)

Bei einem Treffen von Exilchilenen in Berlin berichtet der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, daß drei Funktionäre seiner Partei verhaftet wurden: Exequiel Ponce, Carlos Lorca und Ricardo Lagos. Die Junta wolle von ihnen durch Folterungen die Aussage erpressen, daß der Widerstand gebrochen sei. Die Zahl der politischen Gefangenen gibt Altamirano mit etwa 8 000 an.

Öffentlichkeit verlangt Aufklärung über das Schicksal von 119 MIR-Mitgliedern
9.8.-13.8.75 (FR)

Unter starkem Druck muß die Junta eine behördliche Untersuchung über 119 Mitglieder des MIR anordnen, über deren Schicksal jede Spur fehlt. Die Angehörigen der Gesuchten sowie mehrere tausend andere Personen hatten sich in Santiago zu einem Gottesdienst versammelt und bei dieser Gelegenheit eine Erklärung verlesen, worin eine öffentliche

Untersuchung gefordert wurde. Die Junta hatte zuvor vergebens versucht vorzutäuschen, die Mitglieder des MIR hätten sich im Ausland aufgrund ideologischer Differenzen gegenseitig umgebracht.

Deutsche Investitionen
12.7.75 (FR)

Die günstigen Investitionsbedingungen locken auch weiterhin das ausländische Kapital an, freilich nur, soweit es exportorientiert ist. Die wirtschaftliche Katastrophe verhindert nämlich eine entsprechende Profitrealisierung auf dem inländischen Markt.

Die Metallgesellschaft AG Frankfurt, die 45 % einer privaten chilenischen Bergbaugesellschaft erworben hat, beabsichtigt, in Südchile 90 Mio. DM zur Erforschung und zum Abbau von Blei- und Zinkfunden zu investieren.

Erdölsektor wird dem Auslandskapital geöffnet
29.7.75 (NZZ)

Wie erwartet hat die Junta die bisher staatliche Erdölwirtschaft dem Auslandskapital geöffnet. Als Investoren kommen laut NZZ ausschließlich Großkonzerne in Frage, da nur sie technologisch und finanziell zu solchen Verpflichtungen in der Lage sind. Zwar handelt es sich nicht um die Gewährung von Konzessionen. Die Firmen sollen nur Anspruch auf „das Entgelt ihrer Leistungen" haben. Die Investitionsbedingungen sind jedoch denkbar günstig: Vertragsdauer bis zu 30 Jahren, bis zu 100 % Steuer- und Zollfreiheit, ebenso bis zu 100 % Zollbefreiung für alle zur Exploration und Ausbeutung erforderlichen Einfuhren.

HONDURAS

Aufstand der Bauern gegen oligarchische Agrarstrukturen
11.6.75 (Guardian) / 6.8.75 (NZZ)

Das 1974 verfügte Agrarreformgesetz sieht die Neuverteilung von 526 000 ha Land unter 120 000 landlose Bauernfamilien innerhalb von 5 Jahren vor (1/3 der bäuerlichen Bevölkerung besitzen derzeit 1/8 des landwirtschaftlich genutzten Bodens). Der Grundbesitz der US-Bananen-Konzerne United Brands und Standard Fruit soll jedoch nicht verteilt werden.

Die Union Nacional de Campesinos (UNC) organisiert in elf Provinzbezirken Landbesetzungen von 128 Haciendas. Diese Aktionen unterstützt zeitweilig auch der größte Bauernverband Asociacion Nacional de Campesinos de Honduras (ANACH). Die teilweise bewaffneten Landbesetzungen (11.6.75 Guardian) werden aufgrund ultimativer Forderungen der Regierung widerstandslos abgebrochen. Bei einem dem Ultimatum folgenden Hungermarsch der Bauern werden 14 der Demonstranten (darunter 2 Priester) vorsätzlich von Regierungsseite ermordet.

Der Kampf der Bauern in Honduras ist einer der explosivsten in Lateinamerika. Er führte zu einer Spaltung in der Militärregierung.

KOLUMBIEN

Gefangene leisten Sklavenarbeit
2.7.75 (Guardian)

Ungefähr 6 000 Gefangene (die meisten hatten keine Gerichtsverhandlung) arbeiten weit unter dem kolumbianischen Lohnminimum von 1.33 US-Dollar pro Tag in den Fabriken von US-Konzernen. Diese Ausbeutung wird unter dem Mantel eines „Rehabilitations Programms" durchgeführt.

KUBA

Embargo aufgehoben
7.8.75 (KVZ)

Die „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) hebt am 29.7. ihren Boykott gegen den Inselstaat auf.

NICARAGUA

Ausländische Armeen gegen Befreiungsfront
2.7.75 (Guardian)

Das Somoza Regime wirbt US- und brasilianische Truppen an, um die Guerillas der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (F.S.L.N.) vernichtend schlagen zu können. Die ausländischen Truppen arbeiten eng mit der Nationalgarde (G.N.) zusammen.



Nach der Geiselnahme durch die F.S.L.N. im Dez. 1974 ordnet Somoza die systematische Folterung der vielen politischen Gefangenen an.
(siehe 'Blätter des iz3w', Nr. 45 S. 38)

PERU

Verstaatlichung der Eisenerzgruben
26.-28.7.75 (SZ/NZZ)

Die US-amerikanische Marcona Mining Corporation, die pro Jahr 10 Mill. t Eisenerz in Peru fördert, wird verstaatlicht. Der Bergbauminister wirft dieser Firma eine Reihe von Gesetzesbrüchen vor.

Regierungswechsel
1.-2.9.75 (FR/NZZ)

Präsident Velasco wird am 29.8. gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten. Neuer Präsiedent wird der bisherige Ministerpräsident Bermudes. (siehe dazu auch den Peru-Artikel in diesem Heft)

URUGUAY

Negative Handelsbilanz
12./13.7.75 (Handelsblatt)

Infolge des EG-Boykotts gegen die Fleischeinfuhr aus Uruguay, sowie der Tatsache, daß die uruguaynische Regierung 100 % ihres Erdölbedarfs importieren muß, ergibt sich ein Defizit von 59 Mio. US-Dollar in der Handelsbilanz innerhalb von nur 4 Monaten.

Verfolgung der Tupamaros
29.7.75 (FR)

Nach Polizeiberichten sind 3 Tupamaros getötet und 22 Guerillas verhaftet worden.

VENEZUELA

Verstaatlichung ausländischer Ölgesellschaften
3.7.-15.8.75 (FR, Handelsblatt)

Nach einem Gesetzentwurf sollen alle Ölfelder, die in ausländischem Besitz sind, bis zum Ende des Jahres verstaatlicht werden. Die ausländischen Konzerne (darunter Exxon, Shell und Gulf) sollen entschädigt werden.

Der Präsident der venezuelanischen Handelsgewerkschaft FENALE bezeichnet die Ölverstaatlichungen als „Pseudonationalisierung". Venezuela habe zwar die Bohrrechte im Land, könne das Öl aber nach wie vor nicht auf dem internationalen Markt verkaufen. (FR, 3.7.75)
Der Shell-Konzern deportiert bereits Bohrausrüstungen im Wert von 1 Mio. US-Dollar nach Texas (FR, 15.8.).
Der venezuelanische Rechnungshof beschuldigt 19 internationale Ölgesellschaften, den Staat von 1957 bis 1970 um 6,25 Mia. DM an Steuern betrogen zu haben.

Chile

Zwei Jahre Unterdrückung und Widerstand

Die am 11. September 1973 errichtete Terrorherrschaft der Militärjunta über die chilenische Bevölkerung hält unvermindert an. Terror wird auch weiterhin die wesentliche Stütze dieses Regimes sein. Zur Zahl der Ermordeten, Verschleppten und Gefolterten, zur ständigen Bedrohung, Bespitzelung und Überwachung kommt heute noch hinzu, daß die chilenische Wirtschaft die höchste Inflationsrate der Welt – sie wird 1975 bei über 600 % liegen – und einer Arbeitslosenrate von ca. 20 % aufweist. Die Junta hat dem internationalen Kapital wieder das Land geöffnet: Die Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter stellt ausländischen Unternehmern ein billiges Arbeitskräfteheer zur Verfügung; die „liberale" Wirtschaftspolitik bietet den Konzernen die Bodenschätze des Landes erneut zur schrankenlosen Ausbeutung an und offeriert großzügige Möglichkeiten zur Gewinn-„Rück"-Führung. Die in- und ausländischen Konzerne, die von diesen Verhältnissen profitieren, sind die wesentliche Stütze des Militärregimes. Durch den Ruin des chilenischen Mittelstandes (Inflation, Kapitalkonzentration, Arbeitslosigkeit) sind heute selbst einstige Helfer des Militärputsches in Opposition zur Militärjunta getrieben worden.

Die im folgenden abgedruckten Dokumente und Artikel sollen aufzeigen, wie unter diesen Bedingungen der Widerstand organisiert wird, in welchen Formen die wachsende Unruhe ihren Ausdruck findet.

Für uns hier in der BRD wird es vor allen Dingen darauf ankommen, neben der materiellen Hilfe für den chilenischen Widerstand der vielfältigen direkten und indirekten Unterstützung der Militärjunta durch Regierung, Parteien und Unternehmen in der BRD entgegenzutreten. Die BRD ist der zweitgrößte Handelspartner Chiles; von der Unterdrückung der chilenischen Arbeiter profitieren westdeutsche Konzerne wie Hoechst, BASF, Bayer, Merck, Siemens, Daimler-Benz und andere. In vielen Fällen nutzen diese Konzerne das niedrige Lohnniveau in Chile, um in der BRD durch Entlassungen und Produktionsverlagerungen den hiesigen Arbeitsmarkt „strukturell zu bereinigen".

Auch die Bundesregierung selbst trägt aktiv zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verhältnisse in Chile bei. Das zeigt das Verhalten der Bundesregierung bei den jüngsten Umschuldungsverhandlungen: Nachdem im März die gemeinsamen Umschuldungsverhandlungen aller Gläubigerländer Chiles durch den Boykott der Regierungen von Großbritannien, Italien, der Niederlande, Belgien und der skandinavischen Länder gescheitert waren, verhandelten die USA, Frankreich und die BRD, die für 80 % der chilenischen Auslandsschuld verantwortlich zeichnen, bilateral mit der Junta weiter. Dabei konnte die Junta wie bereits vor einem Jahr günstigere Rückzahlungsbedingungen erreichen, als 1972 die Regierung Allendes. Faktisch erhandelte sich die Junta damit einen Kredit von 720 Mio. Dollar (vgl. „Nachrichten und Kurzberichte" Nr. 45 und 46/47).

Eine gute Grundlage für die politische Arbeit hier (z.B. in der GEW) bietet die nachfolgend abgedruckte Solidaritätsplattform des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT, die auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt wird. Daneben bieten sich als weitere Möglichkeiten die Mitarbeit in Chile- und Flüchtlingskomitees, die materielle Unterstützung von Widerstandsgruppen in Chile selbst an.

Wir danken dem Freiburger Chile-Komitee für die bei der Zusammenstellung der nachfolgenden Beiträge gewährte Unterstützung. *Red.*

Bundeswehr trainiert Chilenen

Während der Terror des chilenischen Militärregimes in unverminderter Stärke anhält, leistet die Bundeswehr aktive Unterstützung für die chilenischen Militärs: Am 6.9. wurde bekannt, daß ein Oberstleutnant der chilenischen Streitkräfte an einem Lehrgang der Bundeswehrführungsakademie in Hamburg-Blankenese teilnimmt. Die Einladung dieses Offiziers erfolgte aufgrund eines Programms, mit dem seit 10 Jahren Militärs aus Ländern, die nich der NATO angehören, in der Bundeswehr ausgebildet werden. Durch den Militärputsch in Chile wurde dieses Programm in keiner Weise beeinflußt. Auch weiterhin sollen chilenische Offiziere in der BRD ausgebildet werden. Die Bundesrepublik, so Minister Leber, biete allen Ländern, unabhängig von ihrer Staatsform, Gelegenheit, ihre Offiziere in der Bundeswehr schulen zu lassen. Dabei könne nicht zwischen demokratisch und nichtdemokratisch regierten Ländern unterschieden werden.

So ist es nicht verwunderlich, daß an dem oben genannten Lehrgang auch Offiziere aus solchen Ländern wie Brasilien, Indonesien und Iran teilnehmen.

(FR 6.-10.9.75)

Der Bundesbeauftragte zur Unterstützung der Folter *

Interview mit einem Mitglied der Fabrik-Kommissionen

Das folgende Interview mit Juan Soto, 25 Jahre, Mitglied einer der Parteien, die im Widerstand kämpfen, und Führer der Kommission in seinem Betrieb, gibt Aufschluß über die Formen des Widerstandes, die sich unter den Bedingungen des Terrors herausgebildet haben, und welche Erfahrungen hierbei gemacht wurden. Das Interview ist der Zeitung „Venceremos", dem Zentralorgan der MAPU (Nr. 2, Nov. 74) entnommen.

Red.

WIE KAM DER GEDANKE AN EINE KOMMISSION AUF?

Das war ein langer Prozeß. Und um ihn richtig kennenzulernen, muß man unsere vorausgehende Erfahrung und vor allem den 11. September mit einbeziehen. An jenem Tag blieb mehr als Hälfte der Arbeiter in der Fabrik und wartete auf Anweisungen. Wir warteten zwei Tage bis uns schließlich ein Genosse von außerhalb mitteilte, daß nichts mehr zu machen sei, die Volksregierung gestürzt war und sie die meisten Betriebe des Viertels durchkämmt hatten, wir sollten besser gehen. Da gingen wir voller Kummer und Wut, unsere Moral war am Boden zerstört, und einige weinten.
Dan kam der Befehl der Gorillas, an die Arbeit zurückzukehren. Wir folgten dem Befehl, ohne zu wissen, was wir tun konnten, wie wir den Kampf wiederaufnehmen sollten. Was uns am meisten bedrückte war die Sorge, daß wir wieder eine Zeit erleben mußten, ohne unsere Errungenschaften irgendwie verteidigen zu können. Wir wollten vor allem militärische Ausbildung erhalten. Sehr bald, so dachten wir, würde die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Diktatur beginnen. Wir dachten, daß es sich um den entscheidenden Zusammenstoß handeln würde. Da war sogar ein Kollege, der in dieser Überzeugung eine Sabotage provozierte. Er wurde entdeckt und verhaftet. Wir haben nie wieder etwas von ihm gehört.
Später sahen wir dann ein, daß die ganze Sache doch nicht so einfach sein würde, daß wir doch zuerst einmal sehr zurückweichen mußten und der Kampf lang und schwierig war. Wir merkten dann, daß wir eine andere, notwendigerweise im Untergrund arbeitende Organisation brauchten, um diese Kämpfe zu führen. Von der Partei erhielten wir Unterstützung. Ein Genosse, der früher im Betrieb gearbeitet hatte, kam an und wir diskutierten über diese Idee, lernten andere Erfahrungen durch ihn kennen und entschlossen uns endlich, unsere KOMMISSION zu gründen. Das ist jetzt 8 Monate her.

WIE HABT IHR EUCH ORGANISIERT?

Zuerst haben wir ein Führungskollektiv gebildet, das besteht aus 4 Genossen: drei sind Mitglieder von Parteien der Linken, der vierte ist nicht organisiert. Wir kannten uns alle ziemlich gut und konnten einander vertrauen.
Dann stellten wir uns die Aufgabe, uns im Betrieb auszubreiten. Jeder von uns übernahm die Verantwortung, die Kommission in zwei oder mehr Abteilungen zu organisieren. Dazu besprach sich das jeweilige Mitglied des Führungskollektivs mit einem Genossen in dieser Abteilung, erklärte ihm unser Vorhaben, diskutierte das Problem gründlich mit ihm aus, und dann übernahm dieser Genosse die Leitung und die Verantwortung, in seiner Abteilung die Kommission zu gründen. Diese ganze Entwicklung war natürlich langwierig und dauerte seine Zeit, aber heute sind wir im ganzen Betrieb verankert, oder besser gesagt, fast im ganzen Betrieb, denn da gibt es noch eine Abteilung, da haben wir es einfach noch nicht geschafft, hineinzukommen. Aber das kriegen wir noch hin, das sind wir ganz sicher.
So haben wir dann zuerst die Leitung der Kommission, in der jedes Mitglied außer dem Chef die Verbindung zu zwei oder mehr Abteilungen aufrechterhält. Dann kommt der Anführer in jeder Abteilung oder Werkstatt, der den Kontakt mit der Leitung hat und für das Funktionieren der Kommission in seiner Abteilung verantwortlich ist. Zuletzt sind da alle Mitglieder der Kommission, die nach den Abteilungen organisiert sind.

WELCHE AUFGABEN HABT IHR EUCH GESTELLT?

Hauptsächlich drei: Erstens, das politische Bewußtsein der Arbeiter in diesem Betrieb zu verbessern. Zweitens, den Kampf um die Verteidigung unserer Rechte und Errungenschaften zu leiten. Drittens, unser Funktionieren und unsere Sicherheit zu gewährleisten.
Wir wollen hier revolutionäre Kader formen und ein breites, antifaschistisches Bewußtsein ausbilden. Wir sind uns schon klar darüber, daß es mit dem guten Willen allein nicht getan ist, sondern daß wir auch die entsprechenden Kenntnisse für die revolutionäre Aktion erwerben müssen. Heute haben wir außerdem die Pflicht, ein politisches Bewußtsein innerhalb der Arbeiterschaft zu bilden, gerade wo es doch keine freie Presse gibt. Alle müssen sich über den faschistischen Charakter der Diktatur klarwerden. Alle müssen von der Notwendigkeit überzeugt sein, daß sie gestürzt werden muß. Und wir, die wir diesen Kampf anführen, müssen unsere Vorbereitung verstärken.
Um das politische Bewußtsein der Genossen anzuheben, haben wir unsere *Zeitung,* die uns regelmäßig erreicht. Wir lesen und diskutieren sie zuerst in der Leitung, dann mit den Kommissions-Chefs in den Abteilungen. Auf diese Weise stellen wir sicher, daß die in ihr enthaltenen Ideen völlig verstanden und von allen Mitgliedern der Kommission aufgenommen werden, so daß jeder von ihnen in der Lage ist, diese Ideen vorzutragen und zu verbreiten.
Was unseren Kampf zur Verteidigung der Rechte und Errungenschaften anbetrifft, so ist es das Wichtigste, die Gewerkschaft voranzutreiben und gleichzeitig eine „öffent-

liche Meinung" zu schaffen, das Gerücht auszunutzen und die Arbeit von Mann zu Mann.
Mit der Gewerkschaft sind wir noch nicht so recht vorwärtsgekommen, leider, aber die „öffentliche Meinung", die läuft schon ganz gut und zwar aus einem ganz einfachen Grund: weil die Dinge, die wir fordern, richtig sind, weil wir die Interessen der Arbeiter verteidigen. Deshalb, und weil wir immer dafür sorgen, gut informiert zu sein, hören die Kollegen auf uns, wenn wir sprechen, und akzeptieren unsere Vorschläge.
So zum Beispiel, als die Betriebsleitung vorhatte, die Belegschaft zu verringern und mehr als 50 Arbeiter zu entlassen – natürlich alles Linke –, um die „Probleme des Betriebes zu lösen", da haben wir Stimmung gemacht. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß das nur ein erster Schritt ist und daß dann noch mehr Entlassungen kommen, daß wir alle in Gefahr sind. So haben wir ein Solidaritätsklima geschaffen. Als dann die Betriebsleitung eine Betriebsversammlung einberief, hatten wir schon eine Gegenposition vorbereitet, die von der großen Mehrheit akzeptiert wurde.

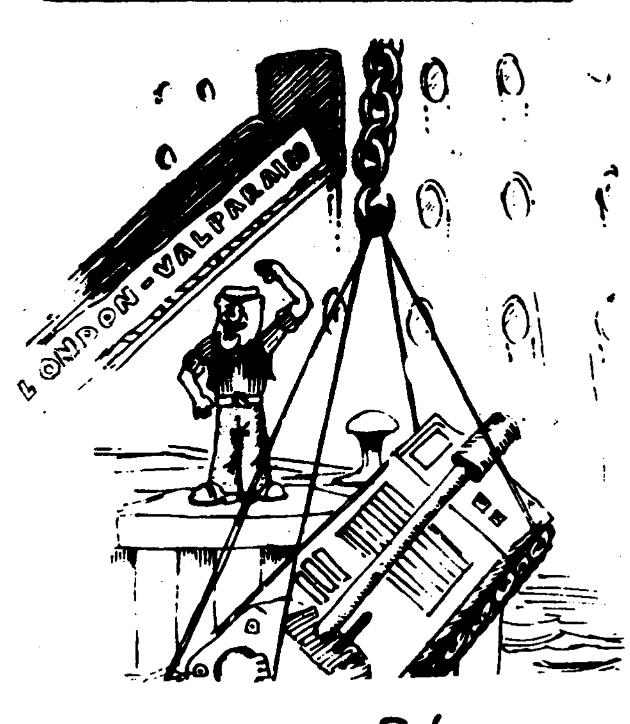
WELCHE SICHERHEITSMASSNAHMEN HABT IHR EINGEFÜHRT?

Um die Wahrheit zu sagen, am Anfang, da haben wir uns nicht allzu sehr um die Sicherheit gekümmert, da versammelten wir uns irgendwo, sprachen, ohne die Stimme zu senken, usw. Damit ist jetzt Schluß. Wir haben schließlich gemerkt, daß das ein ganz langer Kampf ist und wir nur gewinnen können, wenn wir's überstehen. Deshalb haben wir minimale Sicherheitsnormen eingeführt, die unsere Arbeit nicht behindern, sondern es möglich machen, daß wir sie unter besseren Bedingungen durchführen.
Wie ich schon sagte, wir haben Grundnormen für die Sicherheit, so zum Beispiel die Aufteilung, die Abschottung. Niemand außer der Leitung kennt den Führer der Kommission. Jedes Mitglied der Leitung ist nur den Chefs in den Abteilungen bekannt, mit denen sie den Kontakt aufrechterhalten. Die Mitglieder der Kommission in den Abteilungen und Werkstätten kennen sich untereinander nicht. Was die Sicherheit bei Versammlungen anbetrifft, da sorgen wir immer für gute Deckung, eine Ausrede. Jeder in der Leitung ist zum Beispiel Mitglied in einem Sportverein, wir halten nur ganz kurze Versammlungen ab, usw. ... kurzum, wir versuchen, wenigstens eine minimale Infrastruktur für unser Funktionieren zu entwickeln. Auf dem Gebiet sind wir noch nicht so weit, aber wenigstens haben wir jetzt ein Haus, da können wir uns versammeln, und einen Briefkasten, wo wir uns verschiedene Dinge hinterlegen.

WIE SIND EURE BEZIEHUNGEN ZUR BETRIEBSGEWERKSCHAFT?

Um ganz ehrlich zu sein, sie sind nicht so gut, wie wir gerne möchten. Wir sind uns völlig klar darüber, wie wichtig die Gewerkschaft ist, daß sie die einzige legale Organisation ist, auf die wir Arbeiter heute zählen können, die einzige, die uns gegenüber den Bossen, der Diktatur und anderen Institutionen wie der Kirche vertreten kann. Aber hier im Betrieb haben wir andere Schwierigkeiten, mit denen wir fertig werden müssen.
Zuerst einmal muß gesagt werden, daß die Gewerkschaftsvertretung ganz schön „gelb" ist. Von den 5 Kollegen, die vor dem 11. drin waren, haben sie 2 entlassen und 2 haben sich ganz schön angepaßt. Heute vertritt diese Leitung unsere Interessen nicht, hauptsächlich weil sie Angst haben. Trotzdem versuchen wir, diese Kollegen und die ganze Organisation für uns zu gewinnen. So haben wir uns die Aufgabe gestellt, 2 der Kollegen unter Druck zu setzen – auf anständige Weise, natürlich – damit sie die Meinung der Basis zu spüren bekommen.
Auf der anderen Seite wollen wir die Gewerkschaft als solche verstärken, wir müssen verhindern, daß sich die Genossen an die Idee gewöhnen, daß die Gewerkschaft nur ein bloßer Name ist, daß sie nichts erreichen kann. Ganz im Gegenteil, wir glauben, daß man schon einiges machen kann. Wir bereiten jetzt gerade eine Betriebsversammlung vor, wobei wir die Erklärung eines gewissen Herrn Pizarro, der Arbeitsdirektor ist, ausnutzen, der vor kurzem gesagt hat, daß es möglich ist, Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen durchzuführen und daß man keine Erlaubnis einzu-

---



So ist es richtig, Sid... weiter runter! Herrlich. Genau da, wo es hingehört.

Als am 17.1.74 ein Zerstörer der chilenischen Kriegsmarine in Portsmouth zu einem Höflichkeitsbesuch bei der Royal Navy anlegte, weigerten sich die Arbeiter der Metall- und Technikergewerkschaft (AUEW), Überholungs- und Versorgungsarbeiten an diesem Schiff auszuführen. "Am liebsten hätten wir es ja versenkt, wie wir es mit den Schiffen der Faschisten im 2.Weltkrieg taten", kommentierte der örtliche Gewerkschaftsvorsitzende.

holen braucht, sondern nur den zuständigen Autoritäten Bescheid sagen.
In dieser Versammlung, wenn wir sie durchführen können, werden wir das Problem der Arbeitssicherheit im Betrieb diskutieren.
Außerdem versuchen wir, den Vertrauensleutekörper wieder in Gang zu bringen, das ist ein Organismus der Gewerkschaft, der vor dem 11. existierte und heute nicht mehr funktioniert.

WIE SIND EURE BEZIEHUNGEN ZU DEN PARTEIEN?

Am Anfang waren sie gar nicht gut. Wir hatten zuerst das Vertrauen in unsere Leitungen verloren, wegen der fehlenden politischen Führung, die am 11. klar zutage trat. Wir dachten, wenn die Parteien wiederkommen, dann geht es weiter mit dem Sektierertum und dem Parzellendenken, was ja in der Vergangenheit so viel Schaden angerichtet hatte. Wir waren der Meinung, daß wir allein den Kampf wiederaufnehmen und führen mußten. Später merkten wir dann allerdings, daß wir uns geirrt hatten, daß wir doch eine politische Führung brauchten, die uns eine allgemeine Orientierung gab, die uns aufzeigte und erklärte, in welchen Formen sich der Klassenkampf im ganzen Land entwickelte, die das Kräfteverhältnis beurteilte und von dieser Beurteilung ausgehend die Aufgaben und Parolen für jede Phase ausgab. Gleichzeitig stellten wir fest, daß wir einen großen Beitrag für die revolutionären Parteien leisten konnten, daß wir mit unseren Erfahrungen sehr wertvolle Lehren für andere Arbeiter entwickeln konnten, und daß wir mit unserer Einheit an der Basis dazu beitragen konnten, das Sektierertum in den Parteien zu überwinden.

Es gab da auch Genossen, Mitglieder von Parteien, die das nicht so aufgefaßt haben und sich weigerten, in der Kommission mitzuarbeiten, unter dem Vorwand, dazu wären ja die Parteien und die Gewerkschaften da, wozu sollte man noch neue Organisationen schaffen, sie hielten die Idee einer Kommission für verkehrt und für „ultra". Diese Genossen führen fort, sich allein zu versammeln, aber damit haben sie sich isoliert, sie konnten gar nichts erreichen und schließlich haben sie gemerkt, daß sie sich geirrt haben. Heute haben sie sich zusammen mit dem Rest der Linken integriert und nehmen an allen gemeinsamen Aufgaben teil.
Deshalb könnten heute unsere Beziehungen zu den politischen Parteien kaum besser sein. Die Kommission braucht die Partei, und die Partei braucht die Kommission. Jede hat ihren eigenen Arbeitsbereich.

WELCHES SIND DIE WICHTIGSTEN ERFOLGE, DIE IHR ERZIELT HABT?

Um die Wahrheit zu sagen, die Dinge haben sich schon ziemlich in unserem Betrieb gewandelt. Heute herrscht ein *Klima der Solidarität,* das wir vorher nicht kannten. Wenn jemand entlassen wird, dann helfen ihm alle, wir protestieren, usw.

Sogar die Leute, die zuerst den Putsch unterstützten, wie die Mitglieder der Christdemokratischen Partei, die haben angefangen, sich für die Verteidigung unserer Eroberungen und Rechte einzusetzen. Gleichzeitig hat sich das Bewußtsein und der Grad der Verpflichtung bei den Genossen der Linken ganz erheblich verbessert. Neue revolutionäre Kader entstehen unter uns, Kader die erprobt sind und bereit, sich einzusetzen.

WELCHE SIND EURE ZIELE UND AUFGABEN?

Unser wichtigstes Ziel ist es, unsere Kommission als Organ der politischen Führung in unserem Betrieb zu legitimieren. Als solches erkennen uns schon alle Genossen der Linken an, aber noch trifft das nicht für die Gesamtheit der Arbeiter zu. Nur wenn wir die Anerkennung der Kommission durch die Arbeiter erreichen, können wir eine permanente politische Führung garantieren, die dem gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur und die Überausbeutung der Arbeit angemessen ist.
Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns verschiedene unmittelbare Aufgaben gestellt. Erstens, uns im ganzen Betrieb zu verankern. Wir müssen noch in diese Abteilung reinkommen, die da noch bleibt, wir müssen überall hinkommen. Zweitens müssen wir für die Stärkung der Gewerkschaft kämpfen. Drittens wollen wir nicht nur einen internen sondern auch einen äußeren Druck aufbauen, um einige unserer Errungenschaften zurückzuerobern. Wir wissen, daß der interne Druck allein nicht ausreicht, daß die Betriebsleitung sich auf die ganze Unterstützung der Diktatur verlassen kann. Wir brauchen unsererseits auch die Unterstützung von außen. Um das zu erreichen, werden wir uns mit anderen Betrieben dieses Viertels in Verbindung setzen, um Erfahrungen auszutauschen und anzufangen, den gemeinsamen Kampf zu koordinieren. Gleichzeitig haben wir vor, mit der Kirche zu reden, damit sie uns hilft, unsere Forderungen durchzusetzen, die nur unser gutes Recht sind. Schließlich versuchen wir, die Frauen der Arbeiter zu organisieren, damit sie Druck gegenüber der Kirche, der Arbeitsdirektion, usw. ausüben.
Heute ist es für uns von fundamentaler Bedeutung, kleine Erfolge zu erringen, wie bessere Sicherheitsbedingungen bei der Arbeit, besseres Kantinenessen, usw. Alles was dazu beiträgt, daß die Arbeiter des Betriebs das Vertrauen in ihre eigenen Kräfte wiedergewinnen und anfangen, unserer Kommission die notwendige Bedeutung zuzumessen als das Organ der politischen Führung im Betrieb. Wir haben schon Fortschritte gemacht, und zwar unter schwersten Bedingungen. Aber es liegt noch ein weiter Weg vor uns. Unser Ziel ist es, diesen Weg zu beschreiten, mit festem Schritt, aber ohne zu vergessen, jeden Schritt genau dem Kräfteverhältnis entsprechend zu überlegen. Wir wissen, daß wir den Kampf gewinnen werden. Wir arbeiten und schlagen uns, damit wir, die Arbeiter und das Volk in Chile unsere Freiheit wiedergewinnen.

DIE FABRIKKOMMISSIONEN VERBREITEN UND VERANKERN !!

Solidaritätsplattform der chilenischen Gewerkschaft

– Grundlage für Solidaritätsaktionen in DGB und Einzelgewerkschaften –

Der chilenische Gewerkschaftsverband CUT hat über seine Auslandsvertretung die folgende Solidaritätsplattform vorgeschlagen, die auch vom DGB unterstützt wird:

„Wir rufen alle Gewerkschaftsorganisationen und alle Arbeiter auf, das Jahr 1975 zum Jahr der internationalen Solidarität mit Chile und allen Völkern im Kampf gegen den Faschismus zu machen. Wir rufen auf, folgende Solidaritätsplattform zu veröffentlichen und zu erläutern und zu unterstützen:

I. Verstärkung der internationalen Isolation der Diktatur
a. Widerstand allen diplomatischen Beziehungen mit der Militärjunta;
b. öffentliche Zurückweisung der Junta-Repräsentanten, wo immer sie auftreten;
c. Anklage der durch die Junta verübten Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte;
d. Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit administrativen, akademischen oder politischen Institutionen der Diktatur.

II. Entwicklung der ökonomischen Blockade gegen die Junta
a. Ablehnung jeder Hilfe, jeden Kredits für die Diktatur vom Staat oder von Banken;
b. Ablehnung jeder Umschuldungsverhandlungen mit der Junta;
c. Ablehnung jeder technischen Hilfe für die Junta.

III. Entwicklung des Boykotts gegen die Junta
a. totaler Boykott der Verladung von Waffen oder Munition für Chile;
b. Verweigerung der Abfertigung von Kriegsschiffen oder Flugzeugen der Junta auf allen Häfen oder Flugplätzen;
c. Verweigerung der Ausführung von Reparaturverträgen an Kriegsschiffen oder Flugplätzen der Junta;
d. temporäre Boykottmaßnahmen mit konkreter Zielsetzung gegen den Außenhandel der Junta, so Import wie Export, z.B. bezüglich Kupfer;

IV. Ausübung direkter Solidarität mit dem Volk von Chile
a. Verdoppelung materieller und wirtschaftlicher Hilfe für die chilenischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsorganisationen, die an der Spitze des Widerstands gegen die Junta steht;
b. Abhaltung von Treffen, Tagungen und Diskussionen zur Erörterung und Publizierung der Ereignisse in Chile und zur Ermutigung der Verteidigung der Menschenrechte der Gewerkschafts- und demokratischer Rechte;
c. Verwendung aller Mittel, um den Kampf zur Beendigung des Belagerungszustandes und der Folter, zur Aufhebung aller Konzentrationslager und für die Freiheit aller politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen voranzutreiben."

Der DGB-Bundesverband hat beschlossen, diese Plattform zu unterstützen und auf ihrer Grundlage zu arbeiten.
Sie kann daher gut genutzt werden, um in DGB und Einzelgewerkschaften Veranstaltungen und Aktivitäten zur Unterstützung der chilenischen Gewerkschaften anzuregen, die heute im Untergrund wiederaufgebaut werden müssen.
Es ist allerdings notwendig, an den verschiedenen Orten, in den verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien dazu die Initiative zu ergreifen und praktische Vorschläge zu machen, z.B.

- Veröffentlichung dieser CUT-Plattform in allen Zeitungen des DGB und der Einzelgewerkschaften
- Einladung von Vertretern der CUT durch die Gewerkschaften
- Konkrete Maßnahmen zur Durchführung der CUT-Vorschläge.

Ein gutes Beispiel ist die Beteiligung der ÖTV an der Boykottaktion der internationalen Transportarbeitergewerkschaft im vergangenen Jahr. An verschiedenen Orten sind gewerkschaftliche Betriebsgruppen an die Vorstände herangetreten mit der Aufforderung, z.B. eine Filmveranstaltung über die Lage in Chile durchzuführen. Zahlreiche Sammlungen wurden durchgeführt. Auch wurden Resolutionen an die Bundesregierung gerichtet, die gegen die Unterstützung der Militärjunta – z.B. durch Kreditverlängerungen – Stellung nahmen, so im Juni d.J. vom SPD-Unterbezirksparteitag Münster.
Die Redaktion der ‚blätter des iz3w' bittet alle Leser, in diesem Sinne aktiv zu werden und den Widerstand in Chile zu unterstützen.

Eine Widergabe von Solidaritätsbeschlüssen verschiedener westdeutscher Gewerkschaften zu Chile kann über die Koordination der Chile-Komitees bezogen werden; solche Beschlüsse haben jedoch nur dann einen Wert, wenn auch tatsächlich möglichst viele Gewerkschaftler auf ihrer Grundlage aktiv werde und für ihre Durchführung eintreten!

Aufruf

SPENDEN FÜR DEN AUFBAU DER WIDERSTANDSKOMITEES IN SANTIAGO !

Nach zwei Jahren reaktionärer und terroristischer Militärdiktatur, die das Land dem Imperialismus, den Monopolen und multinationalen Konzernen geöffnet hat, gilt es, die Solidarität aller Völker mit dem Befreiungskampf des chilenischen Volkes zu festigen.
Die zwei Jahre Militärdiktatur bedeuten dem chilenischen Volk die bitterste Erfahrung seiner Geschichte.
In den Familien der Arbeiter und Bauern herrschen Arbeitslosigkeit, Hunger und Krankheit. Auf den Straßen regiert die vollständige politische Rechtlosigkeit und der weiße Terror der Geheimdienste und Faschistentrupps. Tausende von Chilenen werden gefangengehalten, und Abertausende mußten ihr Land verlassen. Viele sind im Kampf gegen die Militärdiktatur gefallen oder wurden in den KZs ermordet. Dennoch ist keine Friedhofsruhe in Chile.
Dem Elend und der Unterdrückung entsprechen Unzufriedenheit und Haß. Hinzu kommt die lange Tradition der chilenischen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Unfreiheit und Ausbeutung. Dies alles führt zu Lohn- und anderen gewerkschaftlichen Forderungen, zu Streiks, Boykotts und Sabotage. Solche Aktionen der chilenischen Arbeiter haben im letzten Jahr zugenommen. Manchmal gelingt es bereits, in einzelnen Gefechten einen Sieg zu erringen, wie z.B. im Kampf der U-Bahn-Arbeiter von Santiago um mehr Lohn. Auch auf der Straße ist die Herrschaft der Junta nicht mehr unumschränkt. Kirchliche Veranstaltungen werden zur Manifestation des massenhaften Protestes. Volksküchen in den Poblaciones dienen der Verbindung der Arbeiter untereinander. In den Konzentrationslagern organisieren sich Widerstandsgruppen. Die Gewerkschaften werden von den Fabriken her wieder aufgebaut. Die Arbeiterparteien konnten ihre Reorganisation weitgehend abschließen und eine regelmäßige Propagandaarbeit aufnehmen.
Heute ist es in Chile notwendig, die aufbrechende Unruhe und den erwachenden öffentlichen Widerstand der Massen zu organisieren und zu führen.
Hierzu schaffen die chilenischen Arbeiter, Bauern und Pobladores entsprechende Formen ihrer Organisierung: *Fabrikkommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees.* Dies sind politische Massenorganisationen, die sich unter den Bedingungen der Illegalität bilden und arbeiten.
Die Fabrikkommissionen z.B. haben folgende Aufgaben und folgenden Zweck:

- Heute: Entwicklung der *Gewerkschaftsarbeit* in den Betrieben für die unmittelbaren Lebensinteressen aller Arbeiter, hierzu Aufbau einer illegalen politischen Führung der Betriebsgewerkschaften, um diese den Betriebsleitungen und Militärs zu entreißen;
- Heute: Agitation und Propaganda, Herausgabe einer *Zeitung*, die das politische Bewußtsein fördert, die praktische Widerstandsarbeit anleitet und koordiniert, sowie politische Schulung;
- Morgen: Leitung des bewaffneten Aufstands des ganzen Volkes zum Sturz der Militärdiktatur.

Fabrikkommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees sind der *Keim einer zukünftigen Volksmacht,* denn das ist für die chilenischen Massen der Weg ihrer vollständigen politischen und sozialen Befreiung und die Garantie der Unabhängigkeit des Landes.
Gegenwärtig ist der Aufbau einer *Infrastruktur für Agitation und Propaganda* von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausweitung und Absicherung der Widerstandskomitees. Die Komitees müssen ihre eigenen Zeitungen und Flugblätter herausgeben. Sie müssen kleinere Versammlungen und Treffen abhalten. Dazu brauchen sie Druckmaschinen, Papier, Häuser und Fahrzeuge. Das alles kostet Geld.



Vertreter von vier chilenischen Widerstandsorganisationen (Christliche Linke, MAPU, MIR und Koordination der Regionalkomitees der PS) haben der Delegiertenkonferenz der Chile-Komitees am 12./13. Juli die Finanzierung eines solchen Infrastrukturprojekts für alle Widerstandskomitees in Santiago vorgeschlagen.* Die Delegiertenkonferenz hat das Projekt übernommen. Es wird für die Chile-Komitees im Zentrum der Solidaritätswochen zum zweiten Jahrestag des Putsches im September stehen. Wir wollen den chilenischen Widerstand effektiv unterstützen; deshalb soll eine möglichst hohe Summe zusammenkommen: Das Ziel sind 250 000 DM bis Mitte Oktober. Die Spenden werden allen Kräften in Chile zugute kommen, die für die Ausweitung und Stärkung der Widerstandskomitees arbeiten.
Wir rufen auf, in der Bundesrepublik und in Westberlin jede nur erdenkbare Anstrengung zu unternehmen, um den Erfolg des Projekts politisch und materiell zu ermöglichen. Das wäre ein Schritt vorwärts zum Sturz der Militärdiktatur und zum Sieg des Volkes in Chile.

Koordination der Chile-Komitees
25. August 1975

Spendenkonto: Nr. 155 307 6 100 (J. Weidner), Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.

* Der politische Konsens der chilenischen Widerstandsorganisationen ist in einem Dokument festgehalten, das den Chile-Komitees übergeben wurde. Bis zum 24. August trug dieses Dokument die Unterschrift von IC (Christliche Linke), MAPU und MIR.

Die Wirtschaftspolitik der Junta

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus einem Brief ab, den André Gunder Frank – einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Unterentwicklung Lateinamerikas befaßt haben – an seinen ehemaligen Lehrer Arnold Harberger geschrieben hat. Harberger, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Chicago und an der katholischen Universität von Santiago, hat zahlreiche Jahrgänge von chilenischen Ökonomen auf seine Vorstellungen zu einer funktionierenden Wirtschaft („Chikago-Schule") eingeschworen: Freigabe der Preise, keine Aufblähung der Staatsfinanzen (etwa durch die Sozialversicherung u.ä.), ein „normales" Maß an Arbeitslosigkeit usw.. Es nimmt nicht Wunder, daß Harbergers Schüler heute für die Ausführung der Wirtschaftspolitik der Junta verantwortlich zeichnen. André G. Frank reagiert mit diesem Brief auf ein Interview Harbergers in der chilenischen Zeitung „El Mecurio". In diesem Interview formuliert Harberger u.a. wörtlich, von der Junta sei „ein großes Wirtschaftschaos in kurzer Zeit und um einen relativ geringen Preis" überwunden worden. Frank zeigt sehr materialreich und konkret auf, welche Auswirkungen die Wirtschaftspolitik der Junta für die Massen in Chile hatte und welchen „relativ geringen Preis" diese zu zahlen gezwungen waren.

Red. iz3w

Arnold Harberger: Welche Maßstäbe – von Wissenschaft ganz zu schweigen – hast Du angelegt, als Du dem *Mercurio* erklärtest: „Ich bin wirklich überrascht, daß Chile imstande war, ein so großes Wirtschaftschaos in so kurzer Zeit und um einen relativ geringen Preis zu überwinden ... Der Mindestlohn ist nun, real gerechnet, auf dem Niveau von 1970 und somit höher, als er in der letzten Periode des früheren Regimes war ... Die gegenwärtige Arbeitslosenrate erscheint normal, wenn wir berücksichtigen, aus welch einer Lage das Land sich erhebt ... Meiner Meinung nach gab es keine Alternative zur sofortigen Aufhebung jeglicher Preisbindung."

Die Preiskontrolle in Chile wurde nicht von der Regierung *Allende* erfunden. Sie wurde vor dreißig Jahren von den Regierungen *Aguirre Cerda* und *Juan Antonio Rios* eingeführt und von allen nachfolgenden Regierungen, auch den ganz rechts stehenden, beibehalten. Die „Freigabe" der Preise hat zu deren Ansteigen auf das Fünffache seit September 1973 geführt, wie das Militärregime selbst zugibt; dabei sind die Preise von Massenkonsumgütern, besonders von Lebensmitteln, auf das Zehn- bis Fünfzehnfache angestiegen. Brot, für das verstärkte Nachfrage besteht, da viele andere Lebensmittel für einen Großteil der Konsumenten unerschwinglich geworden sind, hat sich seit September 1973 auf das Zweiundzwanzigfache verteuert. Der Autobustarif wurde von September 1973 bis Februar 1974 auf das Zehnfache angehoben und im Mai abermals verdoppelt, so daß die monatlichen Fahrtkosten mit städtischen Autobussen – bei vier Fahrten täglich – sich auf rund 6.000 Escudos belaufen, das ist die Hälfte bis ein Drittel des offiziellen Existenzminimums (sueldo vital) für eine Familie.

Du weißt, daß der „Mindestlohn" in Chile, wie in den meisten unterentwickelten Ländern, kein Maßstab für die faktischen Löhne ist, und noch weniger für jene Einkommen, die nicht durch Gesetze oder, wie in diesem Fall, durch Dekrete geregelt sind. Nehmen wir die sorgfältigen Berechnungen *Michel Chosudowskys* (von der Universidad Catolica im Jänner 1974 hektographiert herausgegeben und Dir daher wahrscheinlich bekannt!); aus der Schätzung des Einkommens, das bei den Preisen vom November 1973 notwendig gewesen wäre, um einer Familie den Standard der Jahre 1968/69 zu sichern (d. h. nach dem unter der christdemokratischen Regierung seit 1966 eingetretenen Rückgang und vor dem Anstieg unter Allende), zog er folgenden Schluß: „Ein Gesamteinkommen von 31.210 Escudos würde einer fünfköpfigen Familie in Santiago bei den Preisen vom November 1973 einen Lebensstandard ermöglichen, wie er durch das Lebensminimum plus Familienbeihilfe in den Jahren 1968/69 gegeben war. Dies würde fast eine Verdoppelung des *gegenwärtigen* Mindesteinkommens von 16.320 Escudos erfordern; damit wären aber die Probleme der Armut und Unterernährung der ärmsten Volksschichten noch nicht gelöst."

Arnold Harberger, Du scheinst auch nicht zu wissen, was *Fernando Leniz,* Wirtschaftsminister und ehemaliger Chefredakteur des *Mercurio,* in einem Interview mit der Zeitung *Ercilla* gesagt hat: **„Die Wurzel des Problems liegt darin, daß man in den Jahren der Unidad Popular Löhne gezahlt hat, die ein die Produktionskapazität des Landes übersteigendes Konsumniveau zur Folge hatten."** ***Ercilla:*** **„Die Kaufkraft hat also derart abgenommen, daß sie jetzt unter dem Niveau von 1970 liegt?"** ***Leniz:*** **„Ja, weil nämlich die Ausgaben ein solches Ausmaß angenommen hatten, daß es unmöglich war, das Konsumniveau von 1970 aufrechtzuerhalten."**

Die chilenische Jesuitenzeitschrift *Mensaje* veröffentlichte einen Artikel von *Ruiz Tagle,* demzufolge die Preise der wichtigsten Konsumgüter in den ersten drei Monaten der Junta-Herrschaft um schätzungsweise 400 bis 500 Prozent gestiegen sind, die Nominallöhne aber nur um 67 Prozent, unbeschadet des gesetzlichen „Mindestlohns".

Die CEPCH (Vereinigung der chilenischen Privatangestellten) klagte am 7. Dezember 1973, daß ihre Mitglieder unter der Junta-Herrschaft einen 60prozentigen Reallohnverlust erlitten hätten. Dann kam die „Lohnangleichung" im Jänner 1974. *Franz Hinkelammert,* Ex-Professor der Universidad Catolica, errechnete aus den widersprüchlichen Angaben der Regierung, daß die neuen Löhne real um 37 Prozent unter denen vom Oktober 1972 lagen.

Der Lohnangleichung im Februar und März folgte eine wahre Preisexplosion, die offiziell zugegebene Inflationsrate in den ersten vier Monaten 1974 betrug 87 Prozent. Die Teuerung betraf vor allem Lebensmittel, so daß auch die nominelle Lohnerhöhung sehr bald wieder ab**sorbiert war. Für März schätzte *Chosudowsky* das Familien-Exitenzminimum auf 70.000 Escudos, während der Mindestlohn 18.000 und das von der Regierung anerkannte Existenzminimum 13.200 Escudos betrugen. Zugleich haben die Militärs und ihre „Technokraten" die Einkommen der Reichsten wie auch ihre eigenen gewaltig erhöht, so daß der Anteil der arbeitenden Bevölkerung auf die Hälfte bis ein Drittel seiner früheren 50 Prozent zurückgegangen ist. Du aber sagst in Deinem *Mercurio*-Interview, die Löhne lägen „immer noch über dem Gleichgewichtsniveau". Vielleicht können Deine Schüler, diese Balance-Artisten, der Junta helfen, die Löhne auf den Spitzen der Bajonette zu balancieren.**

Du würdest sicher dem guten Rat beipflichten, den ein kleiner Textilfabrikant erhalten hat. Er berichtet: „In den letzten drei Monaten haben wir keinen einzigen größeren Auftrag hereinbekommen. Am Monatsende hatte ich nicht genug Geld, um die Löhne auszuzahlen. Ich suchte bei einer Bank um Kredit an, wo man mir sagte, alle Kredite seien gesperrt, doch könne ich mich ans Wirtschaftsministerium wenden. Dies tat ich. Ein Oberst suchte mich auf; als ich ihm sagte, ich hätte kein Geld für die Löhne, antwortete er: ‚Sagen Sie den Leuten, sie sollen die Fernsehapparate verkaufen, die ihnen ihr teurer *Allende* verschafft hat. Und wenn es ihnen nicht paßt, melden Sie's mir – wir werden ein paar von ihnen erschießen, und Sie werden sehen, wie die anderen parieren!'" (Zitiert in *Chile Monitor,* Nr. 3/1974.)

Ich weiß, daß Du fast zwei Jahrzehnte gearbeitet hast, um einen „normalen" Stand der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Unter der konservativen Regierung *Alessandri* (1958 bis 1964) schwankte die Arbeitslosenrate in Groß-Santiago zwischen fünf und 9,5 Prozent. Unter der christdemokratischen Regierung *Frei*

stieg sie von 5,5 Prozent in den Jahren 1964 bis 1966 auf mehr als sechs Prozent in den Jahren 1967 bis 1969 und erreichte 1970 8,3 Prozent. **Die Regierung *Allende* senkte die Arbeitslosenrate im ersten Jahr auf 3,8 und in den beiden folgenden Jahren auf 3,6 Prozent. Im Februar 1974 war die Arbeitslosigkeit bei den Mitgliedern des nach dem Putsch von der Junta verbotenen Gewerkschaftsverbandes CUT auf 24,6 Prozent gestiegen, der Gesamtdurchschnitt, einschließlich der unorganisierten Arbeiter, betrug mehr als 18 Prozent.** Der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit in Chile seit dem Machtantritt der Junta, welche ja die Registrierung von Arbeitslosen oder die Beantwortung von soziologischen Umfragen nicht gerade ermutigt, betrug 15 Prozent. Natürlich rechnet die Junta die Zehntausenden Arbeiter und Angestellten, die aus *politischen* Gründen entlassen wurden, nicht zu den Arbeitslosen. Wie der Budgetdirektor bekanntgab, wurden allein in den ersten drei Monaten nach dem Putsch 19.200 Beamte aus dem Staatsdienst entlassen (und durch 19.000 Angestellte aus der Privatwirtschaft ersetzt, während die Gefeuerten, da sie auf der schwarzen Liste standen, beschäftigungslos blieben). Zugleich verloren sie alle Ansprüche aus der Arbeitslosen-, Kranken- und Altersversicherung. Doch der Junta-Chef General *Pinochet* verspricht noch mehr „Normalität": Er hat die Aufnahme weiteren Personals in den Staatsdienst verboten und eine Reduzierung der Beamtenschaft um 20 Prozent bis Ende 1975 angekündigt — das sind hunderttausend Personen, die für die Tätigkeit in der Privatwirtschaft frei werden sollen!

Wie sollen diese Posten eingespart werden? Eine Möglichkeit besteht darin, den Abbau der chilenischen Sozialversicherung, die lange Zeit die fortgeschrittenste in Lateinamerika war, zu beschleunigen, so wie Du das seit 20 Jahren empfiehlst. Das Ende des Chaos ist in Sicht, Dein Traum von der Normalisierung geht in Erfüllung, und so schnell!

Wie steht es nun mit den niedrigen Kosten? Der Lebensmittelkonsum und die Ausgaben dafür sind drastisch zurückgegangen, zweifellos aus Streben nach „Gleichgewicht". Auf der Angebotseite erklärt sich dies einfach aus dem Sinken der Agrarproduktion, erst infolge des Frächterstreiks (keine Lieferungen), dann infolge des militärischen Terrors auf dem Land während der Saatzeit im vergangenen Frühling (der auf der südlichen Halbkugel im September beginnt) und der starken Einschränkung der Lebensmittelimporte zwecks Ausgleichs der inländischen und der ausländischen Preise (nicht der Löhne) zur Herstellung des „Gleichgewichts im Außenhandel". Auf der Nachfrageseite kommt der Rückgang des Lebensmittelkonsums natürlich nicht von einem neuen „Ernährungsgleichgewicht", sondern vom Steigen der Lebensmittelpreise und dem Sinken der Masseneinkommen. Da staatliche Lebensmittelsubventionierung ebenfalls „gleichgewichtsstörend" ist, muß sie abgeschafft werden, wie *El Mercurio* am 18. Mai forderte. Was Fleisch betrifft, dessen Einfuhr von früheren Regierungen durch periodische fleischlose Tage oder Wochen gebremst wurde, haben die Importe völlig aufgehört; und General *Pinochet* erklärte, Verkaufseinschränkungen seien nicht mehr notwendig, da nun auf dem Markt Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herrsche! Das heißt, die „Nachfrage" ist versiegt, weil die Leute sich Fleisch nicht mehr leisten können. Unter *Allende* erhielt jedes Kind täglich einen halben Liter Milch gratis zugeteilt; dieses Programm wurde unmittelbar nach dem Militärputsch eingestellt.

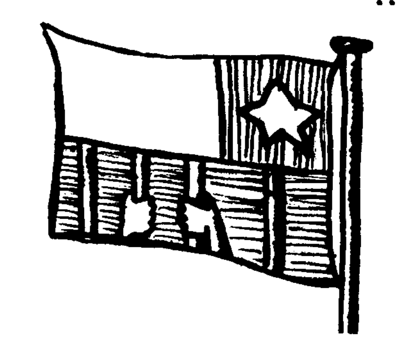
Der „relativ geringe Preis" besteht unter anderem darin, daß heute Chilenen in wachsender Zahl buchstäblich Hungers sterben. Die Säuglingssterblichkeitsrate ist auf eine seit Jahrzehnten nicht mehr bekannte Höhe hinaufgeschnellt. Und das Innenministerium zeigt sich, laut *El Mercurio*, alarmiert über die Zunahme der Morde (jene der Militärs und der faschistischen Totschlägerbanden natürlich nicht gerechnet) und der Raubüberfälle seit September 1973, was dem Ministerium angesichts des von der Junta verhängten nächtlichen Ausgehverbots besonders überraschend erscheint.

Und wie steht es mit anderen Aspekten der relativ niedrigen Kosten? Zwei Wochen vor Deinem Interview veröffentlichte *El Mercurio* vielsagende Angaben über die chilenische Industrieproduktion im April 1974, verglichen mit dem Stand vom April 1973. In der Erdöl- und der Metallindustrie, den Domänen des Großkapitals, das in wachsendem Maß mit ausländischem Kapital verflochten ist, soll die Produktion erheblich gestiegen sein. „Anderseits ist ein starker Rückgang zu verzeichnen im Druck- und Verlagswesen (minus 40,3 Prozent) [die verbrannten Bücher sind offenbar nicht ersetzt worden!], in der Getränkeindustrie (minus 19,7 Prozent), in der Bekleidungsindustrie (minus 16 Prozent), bei Möbeln und Zubehör (minus 14,9 Prozent), Gummiprodukten (minus 13,2 Prozent), Papier [dessen Produktion von der im Besitz der Familie *Alessandri* befindlichen Papierindustrie vorsätzlich gebremst worden war, um der Regierung *Allende* Schwierigkeiten zu machen] (minus 12,7 Prozent) und bei elektrischen Haushaltsgeräten (minus 10,7 Prozent)."

Laut *Business Week* (wo Dein Kollege *Milton Friedman* abwechselnd mit *Paul Samuelson* eine ständige Kolumne hat) vom 17. November 1973 berichtete eine große Supermarket-Kette (es gibt nur zwei in Chile), ihr Absatz sei — in Escudos — um 20 Prozent gestiegen, die Warenmenge sei jedoch um 40 Prozent gesunken! Die Zeitung *La Tercera* meldete am 5. Dezember 1973, AMPICH (die Vereinigung mittlerer und kleiner Industrieller und Handwerker, der vielleicht auch der vorhin zitierte Textilfabrikant angehört) klage über einen 80prozentigen Umsatzrückgang ihrer Mitglieder. Ich entsinne mich, sogar im *Mercurio* gelesen zu haben, nach der „Warenknappheit" unter *Allende* seien nun Schaufenster und Regale wieder voll von Waren, leider aber sei der Absatz von Bekleidung selbst im Vergleich zur Zeit der „Knappheit" um ein Drittel gesunken, da die Leute nur große Augen hätten, aber kein Geld, um zu kaufen. Die Einzelhandelskammer, deren Präsident *Rafael Cumsille* zusammen mit *Leon Villarin*, dem Führer der Frächter, einer der Hauptorganisatoren der Streiks und Boykotte war, mit denen man die Regierung *Allende* zu Fall bringen wollte, beschwerte sich bei der Junta und Deinen Schülern, *Arnold Harberger*, die neue Wirtschaftspolitik „nütze nur den Großen, nicht den Kleinen" und treibe viele ihrer Mitglieder in den Bankrott. Selbst *Orlando Sáez*, Präsident des chilenischen Industriellenverbandes, ist von diesem Posten und von dem eines Wirtschaftsberaters des Außenministeriums, auf den er unmittelbar nach dem Putsch berufen worden war, zurückgetreten.

Diese Erklärungen und Rücktritte widerspiegeln die wachsende Unzufriedenheit und Besorgnis in Teilen der Mittelschichten und der Bourgeoisie (während die Opposition der Volksmassen sich natürlich in anderen Formen äußert). Aus diesem Grund, und vielleicht auch um die „Öffentlichkeit" auf bevorstehende neue Maßnahmen vorzubereiten, inszenieren die Junta und ihre Wortführer eine „Aufklärungskampagne", in der das Interview mit Dir nur ein kleines, aber gut hineinpassendes Mosaiksteinchen ist.

•••



Weiter sagst Du, *Arnold Harberger*: „Ich habe ein recht klares Bild, denn ich kenne die chilenische Wirtschaft ... Ich glaube, für eine kleine Wirtschaft wie die chilenische ist der beste Schutz gegen Monopolsituationen der Wettbewerb auf dem Weltmarkt ... Die Ineffizienz und die inneren Kosten (der Sozialversicherung) widerspiegeln sich im Wechselkurs. Die Gleichgewichtsrate ist höher, wenn solche Probleme vorhanden sind ... Von nun an sehe ich die Möglichkeit eines stetigen Wachstums der Produktion und überhaupt der Wirtschaft in Chile ... Meiner Meinung nach besteht das Problem darin, ob die Regierung und die Bevölkerung imstande sein werden, die richtige Einstellung zu finden und zu bewahren." Nun, wenigstens die Regierung erweist sich dazu recht wohl imstande:

Der Wechselkurs wurde durch dreizehnmalige Abwertung des Escudo dem „Gleichgewicht" näher gebracht; damit erhöhten sich die Importpreise für Lebensmittel auf das Zehnfache und für an-

dere wichtige Produkte auf das Fünffache, während die Einführung eines günstigeren „parallelen" Touristenwechselkurses Auslandsreisen für die Wohlhabenden billiger macht und die Profitausfuhr fördert. Der Internationale Währungsfonds und die Interamerican Bank in Washington sowie Regierungen, Banken und Firmen in Amerika und Europa belohnten diesen Gleichgewichtsakt mit Krediten und Darlehen in der Höhe von 700 Millionen Dollar für die Militärjunta; der Regierung *Allende* wurden solche Kredite wegen seiner „ungenügenden Rationalität" verweigert.

Die neue Regierung hat 200 staatliche und halbstaatliche Unternehmen den früheren Privateigentümern zurückgegeben — und Minister *Leniz* hat 1.000 halbstaatliche Firmen zu Schleuderpreisen zum Verkauf angeboten, für jedermann zu haben, ob er ein früherer Eigentümer ist oder nicht *(Süddeutsche Zeitung*, 20. Oktober 1973 und 28. Mai 1974). Zum „Schutz gegen monopolistische Situationen" hat die Regierung alle Importrestriktionen aufgehoben und den internationalen Monopolen das Tor zum chilenischen Markt weit geöffnet. Die Junta hat die Klauseln gestrichen, die Chile gegen gewisse mißbräuchliche Praktiken ausländischer Investoren geschützt hatten, und damit ihre internationalen Verpflichtungen gemäß Artikel 24 des Andenpakts mit Bolivien, Ecuador, Peru, Kolumbien und Venezuela verletzt — das letztgenannte Land hat entschieden dagegen protestiert. Damit hat die chilenische Militärjunta, ebenso wie das *Marcos*-Regime auf den Philippinen, die Kontrolle der ausländischen Investitionen in ihrem Land aufgegeben, entgegen den Empfehlungen der UNCTAD (UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung) und des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen. Diese Maßnahme und das „beide Seiten befriedigende" Abkommen mit den internationalen Kupferkonzernen, für die verstaatlichten Kupferminen eine „gerechte Entschädigung" zu zahlen (nachdem die Regierung *Allende* bereits die privaten Schulden dieser Firmen, die größer waren als deren Buchwert, übernommen und in die Staatsschuld einverleibt hatte), sind Teil eines Gleichgewichtsaktes, den die Militärjunta anläßlich einer Konferenz multinationaler Konzerndirektoren in Chile Ende Juni dieses Jahres (ungefähr zur Zeit Deines Besuchs, *Arnold Harberger*) vollbracht hat.

El Mercurio (24. Juni 1974) leitartikelt dazu: „Der Chile-Besuch einer starken Gruppe ausländischer Unternehmer hat die Frage der ausländischen Investitionen und der Art und Weise, wie sie zu behandeln seien, auf die Tagesordnung gesetzt . . . Der Beschluß der Regierung, jedes Opfer zu bringen, das der Wirtschaftsstabilisierung dient, bietet die Gewähr, daß unser Land sich langsam, aber sicher einer Normalisierung nähert, auf die die ausländischen Investoren größten Wert legen . . . Die politische Ruhe und die Wahrung der heute diktierten Normen bieten eine zusätzliche Garantie für den Investor, die er nur selten findet, die ihm aber heute die chilenische Militärregierung bietet." Mit geringen Kosten, wie Du, *Arnold Harberger*, sagst.

Die folgende Liste der Wirtschaftszweige, wo Ausländer am günstigsten investieren können, gaben am 4. Februar 1974 der Minister *Fernando Leniz* und sein Berater *Raul Sáez* dem berüchtigten *Council of the Americas*, in dem unter der Leitung *Rockefellers* die wichtigsten nordamerikanischen Monopole mit Interessen in Lateinamerika vertreten sind: „Bergbau, Erdöl, Erdgas, chemische Industrie, Eisen und Stahl, Kohle und Kohlenderivate, Landwirtschaft, Agrarexport, Aufforstung, Zellulose, Fremdenverkehr . . . " Mit einem Wort, es handelt sich vor allem um die Rohstoffe, mit denen Chile in „relativem Vorteil" wäre, da sie in der gegenwärtigen großen Akkumulationskrise für den Imperialismus von größtem Interesse sind, wie es auch in den Krisen von 1873 und 1929 der Fall war. Selbst *Henry Kissinger*, dem es noch vor kurzem nichts ausgemacht hätte, wenn Lateinamerika im Meer versunken wäre, weil es seine Gleichgewichtspolitik nicht berührte, ist nun nach Tlalteloco geeilt, um sein wiedererwachtes Interesse zu demonstrieren.

Du, *Arnold Harberger*, und *Raul Sáez*, der Präsident des chilenischen Industriellenverbandes, Ihr sagt, es sei alles eine Frage der „Einstellung" und der „Mentalität". Das Militärregime und das vom *Mercurio* repräsentierte „Volk" haben bereits ausreichend bewiesen, daß sie die richtige Einstellung gefunden haben. Wie aber steht es mit der Einstellung der übrigen Bevölkerung, der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern, der Gewerbetreibenden und eines Teiles der Industriellen samt Frauen und Kindern, und mit dem Preis, den sie zu zahlen haben? Wenn sie, wie Herrn *Sahlis* Konsumenten, zu unwissend sind, um aus eigenem die richtige Einstellung zu finden, was hat das Militärregime getan, um ihre Einstellung zu ändern, und welchen Preis hat es dafür verlangt?

Ein Teil dieses Preises, abgesehen von der Not der Bevölkerung, ist auf der ganzen Welt wohlbekannt: Die Gewerkschaften, mit ihrer alten Kampftradition, wurden verboten; es wurden neue, gelbe Gewerkschaften gegründet, doch deren Vertreter wurden von der Generalversammlung der ILO in Genf *(Internationale Arbeitsorganisation*, die Gewerkschafts-, Unternehmer- und Regierungsvertreter aus mehr als 100 Ländern im Verhältnis von 25:25:50 umfaßt) nicht zugelassen und von allen Gewerkschaftsorganisationen der Welt, die AFL-CIO inbegriffen, einstimmig zurückgewiesen. In Chile sind seit September 1973 alle Streiks verboten; Organisatoren von wilden Streiks in Häfen, auf Baustellen und in Betrieben wurden erschossen; die Arbeitswoche wurde um zehn Prozent verlängert — ohne Lohnerhöhung für die zusätzliche Arbeit, aber bei gleichzeitiger Erhöhung der Abzüge — mit der Begründung, für die Wiederherstellung des Gleichgewichts müsse jedermann Opfer bringen.

• • •

Angesichts der „Mentalität" und der „Einstellung" der chilenischen Bevölkerung, die zur Hälfte für *Allende* stimmte, die in wachsendem Maß unter Inflation, Arbeitslosigkeit, Bankrotten usw. zu leiden hat und die politisch immer mehr von den Methoden der Junta abgestoßen wird, kann keine dieser „gleichgewichtsfördernden", „normalisierenden" und „entpolitisierenden" Maßnahmen durchgeführt werden ohne militärische Gewalt und politischen Terror. Der UNO-Hochkommissar für Flüchtlingshilfe, das Rote Kreuz, Amnesty International, die katholische Kirche, Diplomaten wie der schwedische Botschafter, das *Russell*-Tribunal und ähnliche Institutionen, internationale Kommissionen unabhängiger Juristen, auch Zeitungen, einschließlich solcher Blätter wie *Newsweek* und *Washington Post*, die nun von der Junta und deren Sprechern der „internationalen kommunistischen Verschwörung" zugezählt werden, haben es unzählige Male bestätigt: Hunderttausende wurden verhaftet; die „Lebensbedingungen" in den Anhaltelagern in der giftigen Salzwüste des Nordens und in der antarktischen Einöde des Südens sind unerträglich; von zehn Millionen Einwohnern, von denen nur ein Viertel männliche Erwachsene sind, wurden Zehntausende ermordet (10.000 nach dem Vertreter der Ford Foundation, 15.000 nach dem schwedischen Botschafter *Edelstam)*, die Leichen aufgehängt, in den Fluß geworfen oder einfach liegen gelassen, zur Abschreckung der Bevölkerung; es wird systematisch gefoltert: mit modernsten Techniken, mit Folterknechten aus Brasilien, unter Nutzung der amerikanischen Erfahrungen aus Vietnam; es wird physische mit psychischer Tortur verbunden, indem man die in jeder Hinsicht unschuldigen Ehegatten und Kinder vor den Augen des zugleich verhöhnten und verspotteten Untersuchungshäftlings quält; systematisch werden Folterlager und -kammern in Tejas Verdes und anderswo errichtet, die nicht bloß zum Verhör politischer Kader dienen, sondern auch zur „Bearbeitung" von Hunderttausenden Menschen, welche unter den fadenscheinigsten Vorwänden oder auch ohne einen solchen verhaftet werden, um sie weichzumachen, bevor man sie erschöpft, zerschlagen, lahm oder bewußtlos am Straßenrand, vor einem Bahnhof oder in der Nähe ihrer W[illegible]nung aussetzt, nachdem man ihnen eingeschärft hat, ihren Angehörigen, Arbeitskollegen und Freunden nichts über ihre Erlebnisse zu erzählen. Der Terror hat keineswegs nachgelassen, sondern nimmt immer noch zu (am 1. August berichtete *Le Monde* von mehr als 10.000 Festnahmen in wenigen Tagen, die Hälfte davon wegen „Trunkenheit").

Dies, *Arnold Harberger*, ist ein kleiner Teil des Preises, den das Programm der Gleichgewichtsherstellung und Normalisierung vom chilenischen Volk erfordert. Niemand kennt Zweck und Herkunft dieser Maßnahmen besser als Du.

• • •

Andre Gunder Frank

Die Arbeit der Chile-Komitees

Unmittelbar nach dem Putsch am 11.9.73 wurden in allen größeren und vielen kleineren Orten der BRD Chile-Komitees gegründet. Ihre Zahl betrug bald über 60. Der Protest gegen die Junta fand in großen örtlichen Demonstrationen seinen Ausdruck. So gingen damals in Freiburg spontan über 1000 Leute auf die Straße. Noch im Jahre 1973 wurde klar, daß die Junta nicht unmittelbar gestürzt werden konnte, wie viele von uns hofften und erwarteten, sondern daß dazu ein langer Kampf nötig sein würde. Darauf mußte sich auch die Solidaritätsbewegung einstellen.

1974 wurde die nationale Koordination der Chile-Komitees geschaffen, was den Kontakt unter den Komitees verstärkte und konzentrierte Aktionen ermöglichte. Die Chile-Nachrichten des Berliner Chile-Komitees fanden Verbreitung in der ganzen BRD und tragen zur inhaltlichen Arbeit und damit zu einer gewissen Vereinheitlichung bei. Heute werden sie von mehreren Komitees erarbeitet. Sie enthalten regelmäßig Analysen zur ökonomischen und politischen Lage in Chile, Dokumente von Parteien der Unidad Popular und des MIR, Berichte über Widerstandsaktionen, über die Unterstützung der Junta von seiten der BRD, schließlich Berichte über verschiedene Solidaritätsaktionen für den Chilenischen Widerstand. (Bezug über Chile-Nachrichten, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5) Die Chile-Komitees haben sich in der Zeitung „Chile-Solidarität" ein bei aktuellen Anlässen in breiterem Maße verteilbares Organ zur Unterstützung ihrer Aktionen geschaffen. Soweit der organisatorische Stand, der Mitte 1974 erreicht war; er hat sich bis heute kaum verändert.

Die Arbeit der Chile-Komitees fand am 1. Jahrestag des Putsches mit der Demonstration von fast 30 000 Menschen in Frankfurt ihren Höhepunkt. Diese Demonstration wurde durch vielfältige Aktionsformen verbreitet. Saalveranstaltungen mit Vertretern des chilenischen Widerstands; Aktionen auf der Straße, Stände, Basare, Kundgebungen und örtliche Demonstrationen. Sie waren fast immer verbunden mit Geldsammlungen zur Unterstützung des Widerstandes und mit Unterschriftensammlungen, die beispielsweise die Bundesregierung zur Einstellung jeglicher Unterstützung für die Junta oder zur Aufnahme von Flüchtlingen aufforderten. Zum Erfolg der Arbeit der Komitees trug bei, daß oft der „übliche" Rahmen politischer Veranstaltungen (Ankündigung durch Flugblätter, Referate, Diskussion, Sammlung, Resolution) überwunden wurde. Bewußt wurden kulturelle Mittel eingesetzt: Straßentheater, Theaterstück, Musikgruppen, Solidaritätsfeste. Ausgearbeitete Diavorträge und Filme erleichterten die Arbeit der Komitees. So haben sich in der Arbeit der Komitees in relativ kurzer Zeit die Mittel und Aktionsformen herausgebildet, die prinzipiell auch heute angewendet werden. Doch läßt sich der Erfolg der Arbeit der Komitees nicht einfach daraus erklären, daß wir oft lebendige Formen der Information und Aktion gefunden haben.

DIE HERAUSFORDERUNG DER POLITISCHEN AUFGABEN DER KOMITEES

In der Vorbereitung der Frankfurter Demonstration wurde klar, daß es für die Komitees darauf ankommt, die größtmögliche Breite zu erreichen. Wir mußten uns daher auf die Forderungen konzentrieren, die in Chile selbst gegen die Junta vom größten Teil des Widerstands aufgestellt wurden, die im Widerstand selbst als minimale Grundlage von allen Parteien unbestritten waren, sowie auf die wesentlichen Forderungen gegenüber der BRD-Regierung, den politischen Parteien, den kapitalistischen Unternehmen und ihren Wirtschaftsverbänden. Diese Forderungen zielen ab auf den Sturz der Junta, auf die Wiedereinführung der grundlegenden politischen und gewerkschaftlichen Rechte, auf die bedingungslose Freilassung der politischen Gefangenen sowie auf die Beendigung jeder Unterstützung der Junta etwa durch Kredite. Weder die Anerkennung der Programmatik der UP, bzw. ihrer Mehrheit – des chilenischen „friedlichen" Weges zum Sozialismus – noch das Eintreten für den Sozialismus, für bewaffnete Organe der Volksmacht wurden zur Voraussetzung einer Mitarbeit in der Aktionseinheit gemacht (ohne daß es den beteiligten Gruppen untersagt wurde, ihre spezifische Analyse der Vorgänge in Chile in ihrem Namen zu verbreiten). Auf diese Weise erreichten wir in der BRD immerhin eine der größten Demonstrationen in den letzten Jahren. Es gelang dennoch nicht oder nur vereinzelt, die Einheit z.B. mit den der DKP nahestehenden „Antiimperialistischen Solidaritätskomitees", überhaupt mit DKP-nahen Gruppen zu erreichen; es gelang auch nur auf örtlicher Ebene, die Jugendorganisationen von SPD und FDP einzubeziehen. Im nachhinein zeigte die Demonstration jedoch Auswirkungen bis in diese Organisationen hinein, was sich an Beschlüssen in diesen Organisationen festmachen läßt. Durch die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Solidaritätsaktionen erreichten die Chile-Komitees neue soziale Bereiche; insbesondere Lehrer und Schüler, Jugendzentren sowie kirchliche Jugendgruppen, einzelne kirchliche Gemeinden. Die Solidarität in Betrieben und Gewerkschaften entwickelt sich noch weitgehend getrennt von der Arbeit der Komitees.

Im Zuge der Auswertung der Aktivitäten zum ersten Jahrestag wurden die Grundlagen der Solidaritätsarbeit in den Komitees diskutiert, mit der Konsequenz, daß die Mehrarbeit der Komitees es sich zum Ziel setzte, jeden einzubeziehen, der gegen die Junta auftritt. Der größte Teil der Komitees arbeitete somit auf einer „Minimalplattform": politische und materielle Unterstützung des Widerstandes mit dem Ziel des Sturzes der Junta, wobei keine Form des Kampfes ausgeschlossen wird, ausdrücklich das Recht des chilenischen Volkes bekräftigt wird, seine Unterdrücker bewaffnet zu stürzen, sowie – und das wurde zunehmend als eine der wichtigsten Formen der Unterstützung erkannt – Schwächung bzw. Unterbindung jeglicher Unterstützung für die Junta aus der BRD, besonders der Unterstützung von seiten der Bundesregierung.

Die Erfahrungen der Arbeit der Komitees aus dem ersten Jahr ihrer Existenz für die weitere Arbeit richtig umzusetzen, sollte sich jedoch nicht als leicht erweisen. Dazu ein Beispiel: Im April führten die Komitees die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen durch. Sie wurde in fast allen

Städten kein Erfolg. Warum? Hinter vielen organisatorischen Mängeln kristallisierte sich heraus, daß wir die Unterstützung der politischen Gefangenen von der des gesamten Widerstandes gelöst hatten. Während wir dies noch rechtzeitig erkannten, konnten wir diese Erkenntnis kaum anders als in Flugblättern und Referaten umsetzen, aber nicht in praktischen Vorschlägen. So blieben die an die Junta und die BRD-Regierung geschickten Protesterklärungen wirkungslos.

Während der Woche der politischen Gefangenen wurden die Umschuldungsverhandlungen zwischen Chile und seinen Gläubigerländern geführt. Ein bedeutendes Gläubigerland ist die BRD. Die Stundung der Auslandsschulden der Junta ist wie ein neuer Kredit eine direkte Unterstützung der Junta; sie verlängert ihre Lebenszeit, indem sie gestattet, in dem ökonomischen Chaos, das die Diktatur angerichtet hat, Atem zu holen und die Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung zu stabilisieren und zu verlängern. Die Chile-Komitees waren allein auf die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen konzentriert, sie reagierten kaum auf die Umschuldungsverhandlungen. So wurde die Umschuldung vereinbart, ohne daß die Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, in einer breit angelegten Kampagne zur Verhinderung beizutragen. Bedenkt man die Bedeutung, die die Umschuldung für die Junta hat, so wird klar, daß die Chile-Komitees hier einen Fehler gemacht haben.

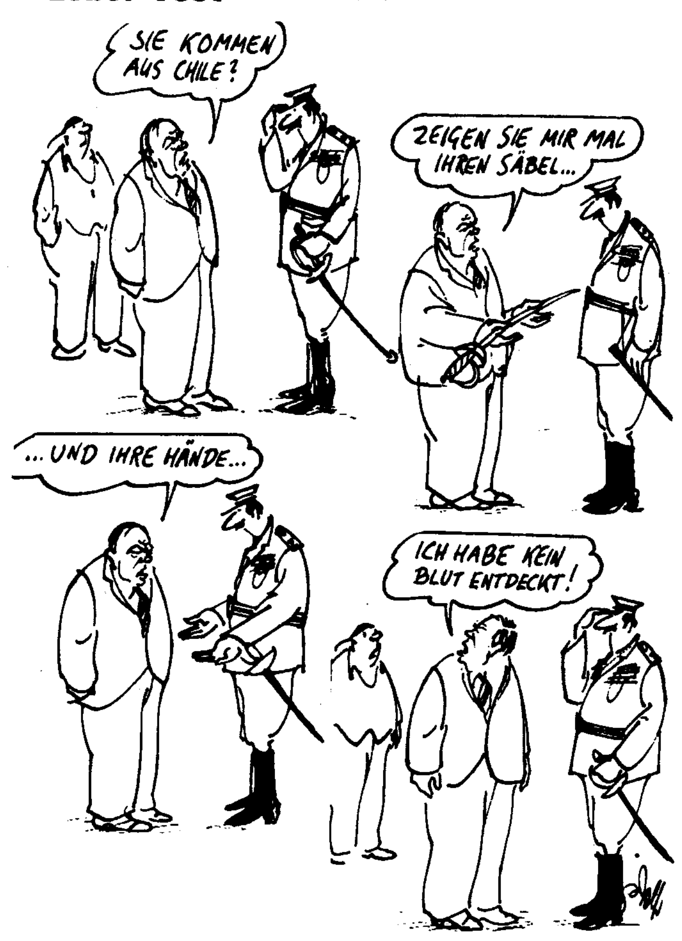
Während der Umschuldung gab es einen wilden Streit zwischen „linken" Sozialdemokraten und CDU-Politikern im Bundestag, nachdem der Forschungsminister und ehemalige Staatssekretär im BMZ Matthöfer im Anschluß an eine Lateinamerikareise des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU Todenhöfer die Junta eine „Mörderbande" genannt hatte. Die Presse war über Wochen täglich mit gegenseitigen Rücktrittsaufforderungen und den Versuchen beider Parteien gefüllt, sich zum Sprecher für die politischen Gefangenen aufzuschwingen – was die Umschuldung, wie man weiß, keineswegs beeinträchtigt hat. Weder von den SPD-MdBs, noch von den Jusos, die hinter ihrem „Einzelkämpfer" Matthöfer gestanden haben, wurde gegen die Umschuldung protestiert. Auch hier haben die Komitees die Möglichkeiten, die durch ihre Politik bis zum Herbst 1974 geschaffen wurden, nicht genutzt: eine Kampagne zu den Umschuldungsverhandlungen, während der Zeit, als die Auseinandersetzung in vollem Gange war, hätte aufzeigen können, daß beide Parteien nicht die Interessen der politischen Gefangenen vertreten. Deren Interessen waren auch für die Bundesregierung nur ein Objekt für den politischen Schacher, um ihre tatsächliche Unterstützung des Regimes in Chile hinter dem Rauchvorhang der humanitären Unterstützung verschwinden zu lassen. Diese Politik wird sie nur fallenlassen, wenn man sie bei jeder Art von Unterstützung durch breite und öffentliche Angriffe dazu zwingt.

DIE WEITERE ARBEIT DER KOMITEES

Die Hauptzielrichtung unserer Arbeit wird aus dem vorausgegangenen deutlich. Doch sind die Bedingungen nicht mehr die gleichen wie vor zwei Jahren oder auch vor einem Jahr.

Die spontane Empörung, die Wut über den Sieg der Junta ist schwächer. D.h. nicht, daß die Chile-Solidarität tot ist; die Weiterarbeit von über 60 Komitees beweist das Gegenteil. Aber die Formen sind andere geworden. Mehr als zuvo wird von uns die Vermittlung von fundierten Kenntnissen verlangt: über die Lage in Chile, über die Unterstützung der Junta aus der BRD, über die Entwicklung des Widerstands..

Leber-Test / Von Fritz Wolf



Doch nicht nur das: gerade wenn wir viele Menschen erreichen wollen, müssen wir unsere Kenntnisse lebendig darstellen und konkrete Vorschläge für Aktionen und zur Mitarbeit machen.

Dazu waren wir bisher – und das sind zumindest Erfahrungen des Freiburger Chile-Komitees – zu unflexibel. Deshalb wird das Komitee zunehmend Arbeitsgruppen mit überschaubaren Aufgaben einrichten, die jedem offen sind. So ist es an einem bestimmten Punkt möglich, mit der Arbeit des Komitees bekannt zu werden. Man kann den Erfolg seiner Bemühungen klar überschauen und nach einiger Zeit entscheiden, ob man voll mitarbeiten will oder nicht. Auch wenn jemand nicht auf Dauer im Komitee mitarbeiten kann oder will, kann er z.B. weitere Informationen beziehen und später wieder an Aktivitäten an seiner Schule, im Stadtteil oder im Betrieb teilnehmen.

BEISPIELE AUS DER ARBEIT DES FREIBURGER CHILE-KOMITEES

1. Wir haben mit gewerkschaftlich organisierten Kollegen zusammen eine Unterschriftensammlung unter den Gewerkschaftlern verschiedener Einzelgewerkschaften

eingeleitet mit dem Ziel, daß in Freiburg eine Einzelgewerkschaft oder der DGB eine Solidaritätsveranstaltung durchführt, auf der chilenische Gewerkschaftler sprechen sollen. In der Gruppe, die dieses Ziel verfolgt, arbeiten z.B. nur 1-2 Komiteemitglieder. Gelingt es, derartige Aktivitäten überall im Bundesgebiet einzuleiten, könnte etwa eine Rundreise von Vertretern des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT das Ergebnis sein, die Publikationen von Material der CUT in den Zeitungen des DGB; später vielleicht sogar Boykottmaßnahmen wie in anderen Ländern. Auf diese Weise besteht eine gute Möglichkeit, die vielen Protesterklärungen, die in den Gewerkschaften verabschiedet wurden, in die Tat umzusetzen und dazu beizutragen, daß noch mehr Kollegen in die Aktivität einbezogen werden. Der Text der Unterschriftensammlung ist in dieser Ausgabe abgedruckt.

2. Freiburger Medizinstudenten bereiten in Zusammenarbeit mit dem Komitee eine Blutspendeaktion vor. Dies ist eine gute Möglichkeit, in kurzer Zeit eine verhältnismäßig große finanzielle Unterstützung des Widerstandes zu erreichen.

3. Viel Anklang fand ein Vorschlag, aus einem Roman über das in Chile der Unidad Popular und den Putsch (Sergio Stuparich: Wer uns nicht kennt, kennt Chile nicht. Rotbuch 136, Rotbuchverlag) ein Theaterstück zu machen. Bisher haben sich fast zehn Leute zusammengefunden, die versuchen wollen, aus der Darstellung der politischen Arbeit von drei ganz verschiedenen Personen ein Bild der politischen Entwicklung in Chile zu konstruieren. Durch Dias und durch Informationen, die von einem Sprecher gegeben werden, wollen wir den historischen Rahmen des Stückes aufzeigen.

Wichtig ist, daß die Arbeit immer darauf hinzielt, langfristig und kontinuierlich die Unterstützung für den Widerstand zu organisieren und nicht nur zum jeweiligen Jahrestag aktiv zu werden.

WAS KÖNNEN GRUPPEN UND EINZELPERSONEN TUN?

Der erste Schritt für den, der sich an der Solidaritätsarbeit beteiligen möchte, wäre, sich an das nächste Chile-Komitee zu wenden. (Die Adressen sind in dieser Nummer abgedruckt) Dies ermöglicht es, auf Referenten des Komitees zurückzugreifen und Aktivitäten gemeinsam zu planen. Ist das nicht möglich, kann man Material für eigene Aktivitäten (oder Tips, wo's zu haben ist) beim Koordinationsausschuß der Chile-Komitees anfordern. Er kann auf fertige Diavorträge, Filme, Literatur, Straßentheaterstücke und auf Referenten hinweisen. (c/o R. Schlegel, 78 Freiburg, Lehener Str. 99b) Beginnt man die Arbeit mit wenigen Leuten, so sollte man am Anfang seine Kräfte auf ein arbeitsmäßig überschaubares Projekt konzentrieren, daß es zudem erlaubt, weitere Mitarbeiter zu gewinnen. So kann man eine Veranstaltung mit einem Dia-Vortrag, einem Film oder einem Referenten eines Chile-Komitees (eventuell auch mit einem Vertreter des chilenischen Widerstandes) durchführen. Mit mehreren Leuten läßt sich auch ein Solidaritätsbasar durchführen (Ankündigung über Flugblätter, Sammlung der gespendeten Sachen zum Verkauf, Presseerklärung an die lokale Zeitung, Verkauf der mit Informationen gekoppelt werden sollte). Man kann auch damit beginnen, daß man z.B. in einer GEW-Lehrergruppe Kollegen zu gewinnen sucht, eine Stunde über Chile abzuhalten. Die Möglichkeiten hängen ganz von dem Ort, der Anzahl der Mitarbeiter und dem sozialen Bereich ab, in dem man arbeitet.

Gedicht ärgert Militärregime

SANTIAGO, 26. September (Reuter). Chiles Militärregierung ist über einen unbekannten Autor aufgebracht, dessen Gedicht bei flüchtigem Lesen ein Loblied auf die Streitkräfte ist. Der „patriotische September-Gesang" rühmt den Militärputsch gegen den marxistischen Präsidenten Salvador Allende vor zwei Jahren. Doch die Anfangsbuchstaben jeder Zeile, von oben nach unten, ergeben den Satz „Mörder und Militärtyrannen und reaktionäre Idioten". Abgedruckt wurde das Gedicht in Santiagos Abendzeitung „La Segunda", gezeichnet von „A. Vergara". Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte in der Nacht zum Freitag, die Redaktion habe die Arbeit in gutem Glauben veröffentlicht.

WOFÜR SOLL MAN GELD SAMMELN?

Nach Ansicht der Chile-Komitees kommt es gerade jetzt darauf an, den Aufbau von Widerstandskomitees in den Fabriken massiv zu unterstützen. (vgl. den Aufruf zur Unterstützung der Widerstandskomitees) Daher schlagen wir vor, in der nächsten Zeit die Anstrengungen darauf zu konzentrieren. Schließlich kann man in einzelnen Fällen auch für bestimmte Aktionen sammeln, z.B. für die Unterstützung der Angehörigen von politischen Gefangenen.

bsa
Chile-Komitee Freiburg

Der chilenische Professor Orlando Retamal, Gastprofessor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Justus Liebig-Universität Gießen, bietet einem deutschen Studenten die Möglichkeit, eine sozialwissenschaftliche Doktorarbeit zu schreiben.

Themenstellung: Probleme der Ideologie und Erziehung im Prozeß des Übergangs einer abhängig kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus – Chile in der Zeit der Unidad Popular (veränderbarer Arbeitstitel).

Der Interessent muß das Spanische beherrschen, da er in einem Seminar über Imperialismus und Abhängigkeit im WS 1975/76 übersetzen soll und das gesamte Material in spanisch vorliegt.
Vorhanden ist fast alles unveröffentlichte Material aus dem chilenischen Erziehungsministerium.
Die Doktorarbeit wird ein deutscher Professor betreuen.
Für genauere Informationen bitte möglichst bald schreiben an:
Prof. Orlando Retamal
Justus Liebig-Universität Gießen
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
63 Gießen, Karl-Glöckner-Str. 21 E.

Peru
Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen der Umsturzes

Vorgeschichte

Die politische Entwicklung in Peru führte in den vergangenen 12 Monaten zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der peruanischen Regierung:
– Am 27. Juli 1974 wurde per Gesetz die Enteignung der sieben größten Tageszeitungen und deren „Übertragung" auf verschiedene „soziale Sektoren" verfügt.
– In allen Bereichen der Gesellschaft wurden zunehmend radikale Positionen vertreten.
– Die Unruhen vom 5. Februar deuteten auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Machtzentren des Staates hin.
– Die Oberkommandierenden des Militärs begannen die Macht an sich zu ziehen und traten als fester Block gegenüber General Velasco auf, dem Symbol des „proceso peruano", der zudem noch durch eine langwierige Krankheit an Einfluß und Autorität verlor.
– Die Spannungen zwischen den progressiven Militärs auf der einen und den autoritären und repressiven Militärs auf der anderen Seite verschärften sich durch die Zunahme von kämpferischen Aktionen der wichtigsten Organisationen des Volkes, die sich mobilisierten und von der Regierung die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse forderten.

General Franzisco Morales Bermudes (bis zum 1. Februar 1975 Wirtschafts- und Finanzminister und danach Ministerpräsident) ergriff innerhalb dieser Auseinandersetzungen und Kämpfe nicht eindeutig Partei; vielmehr unternahm er alles, um sich als politische Figur mit einer demokratischen Haltung aufzubauen. Dazu führte er mehrere ausgiebige Dialoge mit dem Volk, während der die verschiedenen Teile der Bevölkerung Fragen stellen konnten, ohne Restriktionen erwarten zu müssen.

Diesem wachsenden politischen Image von Bermudes versuchte der damalige Präsident Velasco durch eine Reihe von Maßnahmen zu begegnen. Es sollte ihm jedoch nicht mehr gelingen, den Aufstieg seines Kontrahenten zu bremsen.

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen im politischen Machtgefüge kam es am 28. Juli 1975 während der Feierlichkeiten zur Erlangung der Unabhängigkeit Perus vor 154 Jahren zu scharfen Gegensätzen zwischen den verschiedenen politischen Richtungen in der Führungsspitze des Landes. Dies wurde deutlich, als der Präsident einem Teil der Feierlichkeiten und insbesondere der großen Militärparade fernblieb. Eine Spaltung auf höchstem Niveau zwischen bestimmten Offizierskreisen und der amtierenden Regierung war nicht mehr von der Hand zu weisen.

Am 5. August dieses Jahres erreichte die Repression gegen verschiedene Teile der peruanischen Linken und Intellektuellen einen neuen Höhepunkt: die linke 14-tägig erscheinende Zeitschrift „Marka" wurde mit völlig unhaltbaren Gründen geschlossen (die Zeitschrift habe, so das am 6.8. veröffentlichte „Comunicado Oficial N° 66" des Innenministeriums, unannehmbare Äußerungen gegen die chilenische Regierung und ihre wichtigsten Mitglieder erhoben und sie zudem noch auf unverantwortliche Art und Weise beleidigt (!)). Neun seiner führenden Mitarbeiter wurden des Landes verwiesen. Gleichfalls wurden eine Reihe weiterer fortschrittlicher Gewerkschaftsführer, Politiker und Intellektuelle nach Mexico und Argentinien deportiert. Zusammen mit diesen wurden zum „optischen Ausgleich" einige wenige Mitglieder der Führungsspitze der rechtsgerichteten Partei APRA, die sich im offenen Konflikt mit dem Regime befindet, ausgewiesen.

Die Unterdrückungsmaßnahmen führten zu einer breiten Solidaritätsbewegung innerhalb der demokratischen und revolutionären Sektoren des Volkes mit den Verhafteten und Deportierten. Damit wurde deutlich, daß durch diese repressiven Maßnahmen des Staates die politische Situation Perus eine Entwicklung erfahren hat, die als rechtsgerichtet oder gar partiell-faschistisch bezeichnet werden kann.

Fraktionen innerhalb des Militärs

Mit der zunehmenden Erregung der Arbeitermassen und der Mobilisierung gegen die verfügten Anweisungen schien für einige Militärs der Moment gekommen zu sein, Veränderungen innerhalb der Regierung vorzunehmen:

Eine umfangreiche Zahl von Ministern, gedeckt durch den Präsidenten der Republik, übte praktisch die politische Vorherrschaft im Lande aus. Bei ihren offenen und verdeckten Maßnahmen waren Rechtstendenzen unverkennbar. Die Handlungen und Anordnungen dieser Minister (inclusiv des Präsidenten)
– waren oft gegen die Massen des Volkes gerichtet und repressiv
– führten zu einer positiven Haltung gegenüber der nationalen Industriebourgeoisie und den großen Konzernen ausländischer Kapitale (dem standen die wenigen propagandistisch groß herausgebrachten Enteignungen imperialistischer Unternehmen nicht im Wege).

Diese Minister befanden sich im klaren Einverständnis mit denjenigen Personen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den höchsten Positionen, die ihre Stellung ausnutzten und weiter ausnutzen, um sich durch Bestechung persönlich Pfründe zu verschaffen.

Obgleich diese Gruppe der militärischen Minister die politische Macht im Lande besaß, konnte sie jedoch nicht mehr die Vorherrschaft im militärischen Bereich behaupten.

An zweiter Stelle gibt es eine Gruppe von demokratischen und progressiven Offizieren, deren politischer Einfluß auf die Regierung und ihre Maßnahmen in der letzten Zeit merklich zurückgegangen ist, die aber von breiten Kreisen aus dem Militär unterstützt werden und über das Kommando in den stärksten Militärregionen des Landes verfügen. Die politische Linie dieser Gruppe richtet sich gegen die Unterdrückung

des Volkes und wünscht die Beteiligung der Linken an der Regierung sowie den offenen Dialog mit ihr. Diese Militärs sind gegen die Vorherrschaft des Imperialismus aus einem tiefen und ehrlichen Nationalismus heraus. Darüber hinaus sind sie Verfechter einer moralisch „sauberen" Regierung; deshalb wandten sie sich gegen den Machtmißbrauch vieler Minister, der unter der Regierung Velasco zur Tagesordnung wurde.

An dritter Stelle befindet sich eine Gruppe von Militärs, die durch Morales Bermudes selbst angeführt wird, und keiner der beiden streitenden Fraktionen zuzurechnen ist. Ihre Mitglieder zählten auf die politische Macht, die mit der Stellung des Ministerpräsidenten (er ist formal der 2. Mann im Staate) verbunden ist, und sie waren sich der Unterstützung wichtiger Sektoren der Armee sicher, die in Bermudes einen weniger politisierten und die Institutionen stärker respektierenden Mann sahen. Ihre politische Richtung kann man mit gemäßigt, liberal und demokratisch charakterisieren.

Der Putsch

Der am 29. August 75 durchgeführte Militärputsch, bei dem Velasco gestürzt und durch Morales Bermudes ersetzt wurde, war auf der Grundlage eines Bündnisses zwischen den demokratischen Militärs und Bermudes mit seiner Mannschaft realisiert worden. Diese Möglichkeit ergab sich,

- weil sich beide Gruppen in ihrem Kampf gegen die antidemokratische und hegemonistische Politik der reaktionären Teile der Militärregierung einig waren,
- weil der Glaube an den demokratischen und sozialen Charakter des „modelo peruano" noch nicht zerstört war und man von daher repressive Methoden nicht für notwendig erachtete,
- weil die Übereinstimmung vorherrschte, daß nur die Einheit der militärischen Kräfte im Lande die politische Stabilität und die Weiterentwicklung des am 3. Oktober 1968 begonnenen Prozesses garantieren könne,
- und weil nicht zuletzt viele der Auffassung waren, daß der einzige Ausweg aus der derzeit verfahrenen wirtschaftlichen und politischen Lage nur über das Auswechseln der unfähigen Männer in der Regierung zu erreichen sei, um so wieder zu den Zielen und der programmatischen Linie von 1968 zurückzukommen.

Daher wird verständlich, warum der Putsch letztlich so überzeugend und effektiv verlaufen ist und warum die Mannschaft um Velasco keinerlei Möglichkeiten wahrnahm, ihn abzuwehren.

Konsequenzen

Ohne Zweifel wird mit dem neuerlichen Machtwechsel keine Abkehr von kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsstrukturen verbunden sein. Auch kann man diesen Putsch nicht ohne weiteres als den Ausdruck einer „Links- oder Rechts-Wende" in der Führung des Landes bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um ein Ergebnis des Machtkampfes innerhalb der Regierung; eine Spaltung, die tiefer war als vorher angenommen und deren Rückwirkung auf der politischen Ebene die Ersetzung einer autoritären, gegen das Volk gerichteten Linie durch eine andere war, der ein demokratisches und offenes Moment, zumindest wenn man die ersten Entscheidungen der neuen Regierung sieht, nicht abgesprochen werden kann.

Dieser Machtwechsel war für die Arbeiterklasse Perus nicht von umfassender Bedeutung, da es sich dabei eigentlich nur um einen institutionellen Machtwechsel handelte, bei dem das Volk selbst nicht beteiligt war.

Mit dem Machtwechsel ging u.a. eine Wiedererlangung demokratischer Grundrechte einher (So wurden z.B. die Verbote einiger Wochenzeitungen aufgehoben, die Ausweisung der Marka-Redakteure wurde rückgängig gemacht, ...). Dies wird der peruanischen Arbeiterklasse eine klarere Einschätzung der Ära Velascos ermöglichen. Man wird erkennen (wie es die unabhängigen Basisorganisationen und Gewerkschaften in der Vergangenheit des öfteren geäußert hatten), daß durch die Politik dem modernen nationalen und internationalen Kapital mehr Unterstützung jeglicher Art zuteil wurde, als z.B. den Campesinos und dem armen Industrieproletariat, und daß gerade eine solche Politik im Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit des Volkes stand und deren Situation nicht verbesserte. Dies entgegen allen anderslautenden Äußerungen der Regierung Velasco.

Deshalb wird das Volk diesen Putsch mit Optimismus sehen, ohne zugleich sein ganzes Vertrauen auf die neue Regierung zu setzen. Die führenden Kräfte in den Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien werden den Kampf des Volkes für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten und für die Verteidigung ihrer Errungenschaften vorantreiben. Weil die Interessen des ganzen Volkes eng damit verbunden sind, müssen die Massen jetzt bewußt und gründlich die gegenwärtige politische Situation ausnutzen und ihre revolutionären, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen stärken – eine Aufgabe, die bislang vernachlässigt wurde, die aber jetzt unerläßlich geworden ist, will man nicht die gegenwärtige liberale Phase ungenutzt verstreichen lassen.

Die jetzige Regierung wird ihrerseits gegenüber den Massen versuchen, die Kampfbereitschaft der Organisationen zu neutralisieren, die sich als Konsequenz aus der Zuspitzung der Klassenkämpfe heraus entwickelt hat.

Zusammenfassung:

Insgesamt hat sich ein wichtiger Widerspruch auf der politischen Ebene gezeigt, der zu einem Wechsel innerhalb der Machtpositionen geführt hat; jedoch hört und sieht man keine Andeutungen von einem Wechsel in der Wirtschaftspolitik, die die Lebensbedingungen des Volkes verändern könnte. Deshalb werden die Konflikte, die aus den Forderungen der Arbeiterklasse entspringen, wichtige Elemente zur Bestimmung der näheren Zukunft des Landes sein.

Ebenso hat die wirtschaftliche Lage gezeigt – als Ergebnis einiger Krisen –, daß die Möglichkeiten, das Lebensniveau der Bevölkerung zu heben, gering sind. Mehr noch: Die bisherige Lohnpolitik hat es nicht geschafft, das Lebensniveau auf dem Stand von Anfang 74 zu halten. Ist es daher nicht logisch, daß das Volk aufgrund des ständigen Kaufkraftverlustes seine eigenen Organisationen, seine Kampfbereitschaft und -fähigkeiten weiterentwickeln wird, um dann die Stabilität der Regierung Bermudes auf die Probe zu stellen?

Berlin, 15.9.75 Carlos Urrutia Bolona (Peru)
Wolfgang Reiche (BRD)

Peru
Das Mobilisierungssystem SINAMOS

„SINAMOS sind wir alle. Die Männer wie die Frauen der Küste, des Hochlands und des Regenwaldes. Die, die schon immer wünschten, daß Peru den Peruanern gehört. Die, die jetzt ein revolutionäres Vaterland aufbauen. SINAMOS bist Du, bin ich und sind alle unsere Brüder in den Genossenschaften, in den gemeinnützigen Gesellschaften, in den Nachbarkomitees, in der öffentlichen Verwaltung und über all dort, wo es Peruaner gibt, die arbeiten und lernen, die eine neue Gesellschaft der Mitbestimmung in einem revolutionären Peru aufbauen. Deshalb frag" dich nicht weiter, ‚was ist SINAMOS?' – SINAMOS bist Du!"[1]

Mit solchen und ähnlichen pathetischen Sprüchen versucht SINAMOS, das staatliche „Sistema Nacional de Apoyo ala Movilizacion Social" (Nationales System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung, in das Bewußtsein und das Handeln der Masse der Bevölkerung Perus einzudringen. Doch der Erfolg ist gering. Die Massenerziehung klappt nicht – für die „Ersatzpartei" SINAMOS ergreift kaum jemand Partei.

Welche Bedeutung hat der riesige Organismus in der peruanischen Wirklichkeit, welche sind die ihm von der Militärjunta zugedachten Ziele, und wie konkret sieht die Arbeit von SINAMOS aus? Auf diese und weitere Fragen soll im folgenden eingegangen werden (mit dem Ziel, dem interessierten Leser weitere ‚Bausteine' für eine umfassendere Einschätzung des „Modelo Peruano" zu geben – siehe auch vorhergehende Ausgaben der „blätter des iz3w").

1. Gründung und Ziele von SINAMOS

SINAMOS wurde am 2. Juli 1971 gegründet (Decreto Ley 18896). Mit dieser Gründung war zweierlei verbunden: einerseits das indirekte Eingeständnis der peruanischen Militärs, daß ihre „Revolution von Oben" nicht zu einer organisierten und massiven Unterstützung aus dem Volke geführt hatte, und andererseits, daß nun versucht wurde, diese Rückendeckung über „Organisationsformen und Einrichtungen zu schaffen, die eine ständige und konstruktive Mitarbeit aller an der Verwirklichung der Revolution ermöglichen sollten".[2] Eine solche zentrale Einrichtung wurde mit SINAMOS geschaffen.
Bemerkenswert ist, daß die peruanischen Militärs durch ihren fortschrittlichen Putsch mit soviel Vorschußlorbeeren bedacht waren, daß alle ihre Maßnahmen als revolutionär, nationalistisch-peruanisch eingestuft wurden. Sie selbst bezeichneten ihr Werk als „Revolution des Volkes". Es gelang ihnen jedoch nicht, die „Revolution" im Nachhinein in den Massen zu verankern. Um die notwendige Massenbasis zu erhalten, mußten sie einen Ausweg finden. Dieser Ausweg sollte jedoch keine Partei mit ihren herkömmlichen Strukturen sein, deren Klüngel, Schiebereien, Korruption, Parteien- und Vetternwirtschaft selten dem Volk genützt hatten, sondern etwas Neues, bislang noch nicht Praktiziertes.
Dazu Präsident Velasco: „Es ist nicht unsere Vorstellung, die Herausbildung einer politischen Partei zu bewerkstelligen, die der Revolutionsregierung hörig ist. Wir wollen dazu beitragen, daß solche Bedingungen geschaffen werden, die die effektive, dauernde und direkte Beteiligung aller Peruaner an der Entwicklung der Revolution ermöglichen. Diese Beteiligung wird ihre eigenen Organisationsformen und Handlungsprinzipien haben, die gänzlich autonom sind."[3] Wie es um diese Autonomie bestellt ist, wird später sichtbar. Die Regierung schuf sich mit SINAMOS ein Instrument, mit dem sie „direkte Demokratisierung" ausüben wollte, das die „Interessenvertretung" und „Selbstorganisierung" in den wichtigsten Lebensbereichen wie Wohnen und Arbeiten, Schulen und Universitäten unterstützen sollte, um so eine „bewußte und aktive Beteiligung der nationalen Bevölkerung an der Lösung der für eine ökonomische und soziale Entwicklung des Landes erforderlichen Aufgabe zu erreichen."[4]
Ob dieser Anspruch eingelöst werden kann, müßte schon bei der Betrachtung der Organisationsform deutlich werden, da diese den institutionellen Rahmen für die Beteiligung der Basis setzt.

2. Organisationsstruktur

Mit dem Gesetz über die soziale Mobilisierung wurde gleichzeitig eine Reihe von bisher selbständigen Organisationen, die der Staat geschaffen oder im wesentlichen kontrolliert hatte, von SINAMOS übernommen. Mit ihnen wird schon deutlich, in welche Bereiche SINAMOS seine Fühler ausstrecken und koordinierend und wirkungsvoller als zuvor die ihm von Staat zugedachten Aufgaben erfüllen wird. Es sind dies im wesentlichen:
- die Pueblos Jovenes, die Elendsviertel der peruanischen Städte
- die ländlichen Gebiete, die Dorfgemeinschaften und alle Genossenschaften auf dem Lande
- die Schulen und Universitäten
- die Jugendorganisationen
- die städtischen handwerklichen und industriellen Genossenschaften
- die Organisationen der Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibenden (vor allem deren gewerkschaftliche Zusammenschlüsse)

Um wirklich breit und möglichst bis ins letzte Dorf einwirken zu können, wurde eine sehr fein abgestimmte Organisationsstruktur geschaffen.

Auf nationalem, regionalem, zonalem und lokalem Niveau wurden klar hierarchisch gegliederte Büros eingerichtet. ONAMS (Oficina Nacional de Apoyo a la Moviliza-

cion Social – Nationales Büro zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung) ist das höchste Organ des Systems. Hier befinden sich die nationale Leitung, die Kontrollorgane und eine Reihe weiterer zentraler Institutionen. In diesem Sinne sind auch alle Untereinheiten gegliedert. Die kleinsten Einheiten bilden nach dem Gesetz die sogenannten „Equipos de Promocion de la partizipacion popular" (Förderungsgruppen zur Volksbeteiligung), die auf lokaler Ebene wirken. Durch die Einteilung des Landes in 11 Regionen, zumeist umfassen sie mehrere Departementos und sind in ihrer Ausdehnung mit unseren Bezirken oder Bundesländern vergleichbar, sind auch 11 regionale SINAMOS-Büros entstanden (ORAMS).

Die personelle Besetzung der Leitungsgremien wird folgendermaßen geregelt: Der Chef von SINAMOS ist immer ein Militär, der im Ministerrang steht (seit Januar dieses Jahres ist es der ehemalige Arbeitsminister SALA Orosco). Besno sind die nachfolgenden Regional-Direktoren Generäle, die zugleich auch die militärische Kommandogewalt über diese Regionen haben[5], eine Tatsache, die sicher wichtig wird, falls es zu handfesten Auseinandersetzungen mit dem Volks kommt. Die nachfolgenden Ränge und Abteilungen werden mit einigen bekannten Persönlichkeiten besetzt, die zuvor als Wissenschaftler, Journalisten, Ingenieure und Politiker gewirkt hatten. Sogar einem ehemaligen Guerilla-Führer der 1965er Aufstände in den Bergen Perus, Hector Bejar, der unter Belaunde gefangen gehalten worden war und während jener Zeit eine Kritik der Guerilla-Bewegung geschrieben hatte [6], wurde (sicher aus strategisch-taktischen Gründen) ein hohes Amt zuteil. Er leitete bis zum Oktober 1974 die Jugendabteilung von SINAMOS (Area de Organizaciones Juveniles).

Aus der Organisationsstruktur geht bereits hervor, daß es gut gelungen ist, SINAMOS so aufzubauen und aufs Land zu verteilen, daß eine Auswirkung bis auf die entlegensten Teile Perus zu erwarten ist.

Bei der Untersuchung der Praxis von SINAMOS sollen an dieser Stelle nur zwei Bereiche seines Wirkens herausgegriffen werden: die Arbeit in den Barriadas (Elendsvierteln) und in den Jugendorganisationen, wobei hier insbesondere der Bereich der Freiwilligenarbeit untersucht werden soll. Die beiden Bereiche sind deshalb ausgewählt worden, weil in den ständig wachsenden Barriadas in der Mehrzahl Arbeitslose (Landbevölkerung, die in die Städte wandern mußte) leben, und weil die Elendsviertel selbst große Probleme für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes mit sich bringen. Dies äußert sich in latenten Spannungen, die zwischen den Bewohnern der Elendsviertel und den herrschenden Militärs existieren. – Zum anderen durchzieht die Vorstellung von freiwilliger (= kostenloser) Arbeit die gesamte SINAMOS-Ideologie und -Praxis.

3. Die „Pueblos Jovenes" und SINAMOS

Die Auseinandersetzungen über die Elendsviertel (auch Barriadas bzw. nach der neuen Version der Militärs „Pueblos Jovenes" – Junge Städte – genannt) und die Auseinandersetzung mit deren Bewohnern selbst hat in dem Maße zugenommen, wie es zu einem immer größeren, ja sprunghaften Anwachsen der Städte durch Zugewanderte aus dem Hinterland kam. Die Volkszählung von 1972 ergab, daß 59,6 % der Bevölkerung in den Städten und 40,4 % auf dem Lande leben. 1940 waren es noch 35,4 % städtische und 64,6 % ländliche Bewohner.[7] Sie kamen in die Städte, weil der verschärfte Konzentrations- und Proletarisierungsprozeß auf dem Lande und die ökonomische Krise, die mit der Umverlagerung der Investitionen des imperialistischen Kapitals vom Land auf die städtische Industrie einherging, sie zwang und zwingt, sich einen Arbeitsplatz in der expandierenden Industrie zu suchen. Auf dem Lande sind sie „überflüssig" geworden: als Landarbeiter in den agro-industriellen Komplexen der Küste steigern sie nicht mehr die Profite; als Söhne der Minifundien-Bauern (kleiner Landbesitz, dessen Erträge kaum für die Familie des Eigentümers reichen) fehlt ihnen die Existenzgrundlage. In den städtischen Industriebetrieben findet nur ein kleiner Teil von ihnen eine Arbeit, da hier nicht die notwendigen Wachstumsraten zu verzeichnen sind und darüber hinaus ein starker Rationalisierungsdruck herrscht. So treffen die Zugewanderten mit Hunderttausenden anderer Gleichgestellter zusammen, die dann gemeinsam die Masse der Arbeitslosen bilden bzw. laufend erhöhen. Allein von den Barriada-Bewohnern sind mehr als 80 % arbeitslos. Sie sind dann bereit, jede Art von Arbeit anzunehmen. Wenn sie keine feste Arbeit bekommen, versuchen es viele als ambulante („fliegende") Verkäufer oder Händler. So bevölkern sie die Straßen Limas und versuchen einen möglichst günstigen Platz für ihren beweglichen Stand zu bekommen.

Die Bewohner der Pueblos Jovenes bildeten 1955 noch knapp 10 % der Gesamteinwohnerzahl von Lima – 15 Jahre später waren es schon mehr als 25 %. Die wirkliche Zahl derer, die in Elendsvierteln hausen, ist wahrscheinlich noch um einiges höher, da viele von ihnen nicht in den staatlich anerkannten Pueblos Jovenes leben, sondern sich irgendwo ihre Hütte aus Pappe, Strohmatten, Holzkisten und Blechteilen aufgebaut haben. Neuere Schätzungen gehen von 1,5 Mill. Bewohnern aus, die in 610 Pueblos Jovenes rund um Lima leben.[8]

Die Entstehung der Elendsviertel ist nicht immer gleichartig verlaufen. Anfangs, in den 50er Jahren, bildeten sie sich vertreut im Stadtgebiet und wurden von der Polizei behandelt wie „Ungeziefer, das man aus der guten Stube vertreiben muß". Später, als ihre Zahl größer wurde und damit auch die Kraft und der Einfluß ihrer Bewohner stieg, besetzten sie für die Industrialisierung vorgesehenes oder sonst ungenutztes Gelände in und am Rande der Städte. In großen „illegalen" Invasionen zogen sie in die Wüste am Stadtrand von Lima und ließen sich nur noch unter stärkstem und brutalem Polizei- und Militäreinsatz vertreiben, wobei es fast immer zu Toten und Verletzten kam. Die Polizei verwendete Tränengas und schoß einfach wahllos in die Menge.

Die Regierung mußte ihre Taktik unter dem Druck der Öffentlichkeit ändern. Ihre neuere Vorgehensweise in solchen Fällen wurde zu einem Prinzip der Vorgehensweise von SINAMOS. Deutlich zeigte sich die veränderte Haltung der Regierung bei der Besetzung eines staatseige-

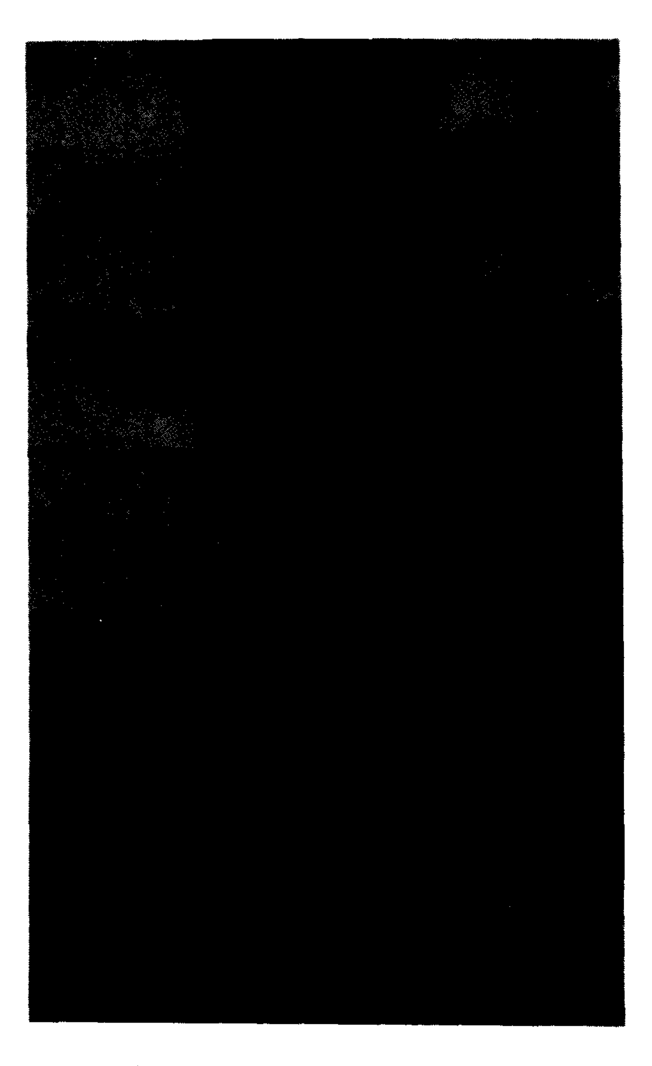
nen Geländes in Pamplona an der Stadtgrenze von Lima. HIer der Bericht vom Ablauf des Geschehens:

Am 28.4.1971 besetzen mehr als 200 Familien (rund 2000 Menschen) das genannte Gelände in einer gemeinsamen und koordinierten Aktion. Sie sahen sich dazu gezwungen, da die Verhältnisse in ihrem ehemaligen Wohngebiet wegen des großen Menschenzuwachses unerträglich geworden waren. Gleich nach der Invasion richten sie sich auf die Verteidigung ein. Am 3.5. versucht die Polizei, wie früher gewohnt, mit Tränengas und Gummiknüppeln die neuen Siedler zu vertreiben. Es gelingt ihr nicht. Die Bewohner verlangen ein Gespräch mit dem Wohnungsbauminister. Tags darauf findet das Gespräch statt mit dem Ergebnis, daß ein hoher Offizier des Ministeriums sich dafür einsetzen will, daß die Polizei nicht mehr eingreifen soll und man sich der Probleme der Einwohner Pamplonas annehmen will. Doch die Polizei versucht noch am gleichen Tage ihre schwache Haltung vom Vortag zu revidieren. Es kommt zu schweren Zusammenstößen (1 Toter, 64 Verletzte, davon rund 50 von der Polizei).
Bis zum 5.5. werden die Mitglieder einer Reihe von Delegationen der Besetzer, die mit den offiziellen Stellen verhandeln wollten, festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Als fortschrittliche Priester sich für die Belange der Wohnungslosen einsetzen, einen offenen Brief an Präsident Velasco schreiben und eine Messe für die Rechte der Armen auf dem besetzten Gelände abhalten, spüren auch sie den vollen Druck des Staatsapparates: zwei Agenten der politischen Polizei erpressen die Vorbereiter der Messe; der Bischof der Pueblos Jovenes wird am 9.5. nach der Messe auf Befehl des Innenministers zusammen mit einer Reihe weiterer kirchlicher Funktionsträger festgenommen. Doch mit all diesen Mitteln kann man die Macht der Besetzer nicht brechen – im Gegenteil: es kommt zu Solidaritätsbekundungen aus vielen Teilen der Bevölkerung. Die Kirche erhebt scharfe Anklage.
Nun greift der Chef der Oficina Zonal de Pueblos Jovenes ein und erreicht, daß Ruhe einkehrt. Er akzeptiert die Wünsche und Forderungen der Bewohner, will aber deren Umverlegung auf ein anderes Gelände in die Wege leiten, womit die Invasoren grundsätzlich einverstanden sind. Auch Velasco äußert sich nun offiziell zu den Ereignissen und spricht sich gegen die voreiligen Handlungen seines Innenministers aus. Die Festgenommenen werden am 11.5. freigelassn. Am 13.5. informiert das Wohnungsbauministerium, daß es ein Projekt der Umverlegung in eine neue, geplante Wohnzone gebe, die „Villa El Salvador" (Stadt des Erlösers) heißen soll, was einem Hohn auf die Kämpfe der Invasoren gleichkommt. Am 16.5. erfolgt die „Befreiung" von Pamplona auf friedliche Weise. Mehr als 3000 Familien (auf diesen Umfang ist die ursprüngliche Besetzerzahl inzwischen angestiegen) sind in diese neue Wohngegend, einem Wüstengelände vor der Stadt mit rund 1 1/2 Stunden Fahrzeit bis zum Zentrum, umgezogen. Ein überraschender Besuch des Präsidenten Velasco in der neuen Wohngegend macht deutlich, daß die Militärs an der Spitze des Staates (durch die stark um sich greifenden und die Regierung scharf attakierenden Proteste und Aktionen weiter Kreise der Bevölkerung) in arge Bedrängnis geraten sind. Personelle Veränderungen auf niederer Ebene werden (wie oft in solchen Fällen) verfügt, um den Zorn des Volkes zu kanalisieren, damit die höheren und eigentlichen Verantwortlichen nicht vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden.[9]

1971 ging auch die Oficina Zonal de Pueblos Jovenes in den Organismus von SINAMOS über. Die begonnene Politik des „Anschmeichelns" wird von SINAMOS forgesetzt. Vor allem in den bestehenden Pueblos Jovenes versucht man möglichst weigehend einzugreifen. So werden „Nachbarschaftskomitees" gegründet, in denen „das Volk dazu angeleitet werden soll, kommunale Einrichtungen eigenständig und eigenhändig zu errichten und zu unterhalten."

Die Arbeit von SINAMOS erstreckt sich dabei nach eigenen Angaben auf die Organisation des Zusammenlebens in den Wohnvierteln. Im Einzelnen werden u.a. angegeben:

- „Selbstorganisierung" der Wohnblöcke und Wohnviertel
- Wohnungsbauprogramme aufstellen und durchführen
- Schulbau und Unterrichtsüberwachung
- Gesundheitswesen aufbauen
- Gründung von kommunalen Fonds, in die die Bewohner Beiträge für die geplanten Projekte in ihrem Vier-



Ausgebranntes SINAMOS-Büro in Cusco (vgl. Fußnote 18)

tel einzahlen müssen.

Doch die Bewohner sind mit der Arbeit ihrer staatlichen „Entwicklungshelfer" nicht zufrieden. Die großen Worte von der Unterstützung bleiben oft nur leere Worte. Geld für wirklich nutzbringende Projekte fließt nur wenig. Und wenn etwas kommt, dann sollen die Bewohner noch einen nicht unerheblichen Teil dazulegen, damit die geplanten Projekte überhaupt entstehen können, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiten dann weitgehend von den Bewohnern in ihrer freien Zeit umsonst ausgeführt werden sollen.
Viel entscheidender ist jedoch die Einmischung in die unabhängigen und eigenständigen Organisationen, die sich zur effektiven politischen Vertretung der Interessen der Betroffenen in den Wohngebieten gebildet haben. Hier, wo man die Politik des Staates und seiner Behörden kritisch beurteilt, verfolgen SINAMOS-Spitzel den Verlauf und melden Beschlüsse, Vorhaben und wichtige Personen an die höheren Stellen. Ergebnisse: willkürliche Verhaftungen und Verhöre; Präventivmaßnahmen bei neuen Besetzungsaktionen (es gibt Beispiele, bei der die Polizei schon auf dem zu besetzenden Gelände bereitstand, als in „geheimer Aktion" die Besetzung durchgeführt werden sollte); laufende Attacken gegen Organisationen, die nicht regierungstreu oder SINAMOS-hörig sind.
Die Zahl der Besetzungen ist zwischenzeitlich zurückgegangen (eine Folge der Kontrolle durch SINAMOS) die danach erfolgten Besetzungen haben hingegen an Qualität, politischem und gewerkschaftlichem Bewußtsein zugenommen. In den neuen Wohnvierteln ist die innere Struktur fester, weil sie aus der Notwendigkeit heraus entstanden ist, sich gegen die Auflösungsversuche durch die SINAMOS-Vertreter und die Polizei ständig zu wehren. Neue Besetzungen werden von den Invasoren u.a. damit begründet, daß „sie eine Folge der weiterhin schlechten und oft unmenschlichen Situation in den Pueblos Jovenes sind, die wiederum sozusagen unter dem ‚Schutz von SINAMOS' entstanden sind oder sich einfach weiterhin nicht geändert haben."[10]

Zusammenfassend läßt sich über die Arbeit von SINAMOS in den Pueblos Jovenes sagen, daß dort mit einem großen Aufwand und einer Vielzahl von ‚legalen' und ‚illegalen' Mitteln versucht wird, Fuß zu fassen und Vertrauen oder auch Anerkennung zu gewinnen.

Jedoch ist die Bevölkerung von der konkreten Arbeit dieser „Mobilisierungsbehörde" wenig begeistert bzw. lehnt sie sogar rundweg ab. Mit vielversprechenden Worten wirbt SINAMOS unter den Bewohnern; aber die Handlungen der einzelnen Mobilisierungsgruppen in den Pueblos Jovenes kommen diesem Anspruch oft nicht nach: Es wird von „direkter Demokratisierung" und „Selbstorganisierung" gesprochen; aber die Bevormundung, die fortlaufende und unerwünschte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Pobladores (Bewohner) und die Fremdbestimmung sowie Fremdorganisierung bestimmen die Praxis. Wie sollen dann die Bevölkerungsgruppen das, was geschieht, als das ihre ansehen? Das ist nicht *ihre* Revolution! Wenn dann noch „Nichtbefolgen von Anweisungen der SINAMOS-Vertreter" Drohungen oder die Sperrung von Geldmitteln für Infrastrukturmaßnahmen in den Elendsvierteln zur Folge hat, so ist unmittelbar einsichtig, daß solche Politik auf scharfe Ablehnung stößt. Ein Ergebnis solchen Agierens von SINAMOS im Wohnbereich der Zugewanderten ist sicherlich, daß sich die bewußten und nicht käuflichen Teile der Bewohner dieser Gegenden wirklich selbst organisieren und es nicht zulassen, daß SINAMOS unter ihnen agitiert. Aus den Reihen dieser Organisationen kommen dann oft Forderungen wie:
– sofortige Einstellung aller Kampagnen der „Freundschaft" und der Verfolgungen, die das Volk über sich ergehen lassen muß
– Anerkennung der unabhängigen Organisationen der Bewohner
– Schaffung besserer Lebensbedingungen[11]

In dem Maße wie sich zeigt, daß SINAMOS in seiner Grundhaltung nicht auf diese Forderungen eingeht, werden sich die Konflikte zwischen dem Staat und den Bewohnern der Elendsviertel verschärfen.

4. Die Jugend- und Freiwilligenarbeit von SINAMOS

Es liegt auf der Hand, daß SINAMOS besonders im Jugendbereich aktiv wird, weil dort „die Kräfte für die Erneuerung des Landes" zu finden sind und sie „das Blut der Revolution" in sich tragen. Nicht zuletzt sind mehr als 50 % der Bevölkerung Perus unter 23 Jahren alt.
Die von SINAMOS angeleitete Freiwilligenarbeit, deren Zielrichtung und Organisierung durch die „Area de Organisaciones Juveniles" festgelegt wird, spielt deshalb eine wichtige Rolle in der Konzeption einer „pro-peruanisch-revolutionären Jugendarbeit". Wie sieht diese Freiwilligenarbeit im Jugendsektor und im universitären Bereich aus?
Zur Selbstdarstellung dieser freiwilligen studentischen Arbeit auf dem Lande und in den Barriadas steht in der von SINAMOS vertriebenen Zeitschrift „Respuesta" (Nr. 1 vom Mai 1974) u.a.:

„Nach einer Phase der Experimente und Erfahrungen von gut zwei Jahren haben die anfänglich kleinen Gruppen sich zu einer wirklichen Bewegung entwickelt, die nicht mehr so unvollkommen ist wie anfangs.
Gruppen von freiwilligen Studenten sind zeitweilig aufs Land gegangen oder in die Pueblos Jovenes, in die Sierra, an die Costa oder in die Selva, um eine wirkliche revolutionäre Arbeit auszuführen." Und weil eben der Staat nicht alles machen kann, ziehen die Studenten aus, „um bei der Gründung und Bildung von autonomen Organisationen (Cooperativas, Ligas Agrarias, Asociaciones, Sindicatos, Comunidades Laborales etc.) und bei der technischen Unterstützung und Anleitung in den verschiedensten Projekten zu helfen. . . . Deshalb haben sich die Freiwilligen des T.P.U. (Grabajo Popular Universitario) mit Enthusiasmus zusammengeschlossen und sind so tätig geworden."

Weiter unten erfährt man dann noch, was zu den Pflichten und Aufgaben (neben der jeweils konkreten Arbeit) der

Freiwilligen gehört:

- mehr als nur „helfend" und „unterstützend" gehen die Studenten und Oberschüler aus Land, um „teilzunehmen". Das bedeutet, daß sie so leben „wie die Campesinos, mit allen Schwierigkeiten dieses Lebens", daß „sie kämpfen, ohne einen Unterschied zu den Bauern, gegen die verschiedensten Probleme und Schwierigkeiten an jedem Ort".
- „Tag und Nacht muß der Freiwillige in dauernder Bereitschaft stehen, zu lehren und zu lernen" und seine Kräfte zur Verfügung zu stellen, wo immer sie benötigt werden.
- „Die Revolution darf nicht in den Mauern der Universität eingeschlossen bleiben!"

Um die ganze Bewegung der Freiwilligenarbeit von SINAMOS auch konkret erscheinen zu lassen, steht gleich daneben in sehr euphorischem Ton, was man alles schon geleistet hat:

- 150 Studenten der Universität und der höheren Schulen von Trujillo (156.200 Einwohner) waren im ersten Halbjahr 1974 für rund 45 Tage in verschiedenen Orten in den Bergen
- in Gruppen von 5 bis 10 Personen haben sie freiwillige Arbeit geleistet
- ihre Aufgaben waren: Bau von Häusern, Bewässerungskanäle anlegen und ausbessern, Errichtung einer medizinischen Station, Straßenbau, Unterstützung bei der Viehzucht, Gespräche über sanitäre Fragen usw.

Am Ende waren alle zufrieden, wie auf einer abschließenden Veranstaltung in der Uni nach dem Einsatz zu hören war.[12] Sicher ist es richtig und notwendig, daß man bei der freiwilligen Arbeit von Studenten und Arbeitern Unterschiede machen muß. Trotzdem wird hier wie dort die Freiwilligen-Arbeitspolitik von SINAMOS durchschaut und angegriffen. Es sind nur sehr wenige Oberschüler und Studenten bereit, sich vor den „Freiwilligen-Karren" spannen zu lassen.[13]

Gerade die politisch arbeitenden Studentengruppen sind es, die die Politik der Militärjunta und ihrer Organisationen analysieren und einschätzen lernen. Gegen sie wenden sich die SINAMOS-Funktionäre vor allem, wenn sie ihre Programme unter die Studenten bringen wollen. „Nicht wenige Studenten", so die Worte des Chefs der Jugendabteilung in Cusco, „seien durch den kapitalistischen Einfluß bis zum Oktober 1968 zu sehr verwöhnt worden; viele hätten sich zwar politisiert, dadurch aber kein politisches Bewußtsein gewonnen. Deren linksextreme Forderungen sind es, die die Entwicklung der peruanischen Revolution bremsen."[14]

Aber SINAMOS wird auch Unterstützung von studentischer Seite zuteil. Die FER (Frente estudiantil revolucionario – revolutionäre Studentenfront) ist eine universitäre Organisation, die eine an den unklaren Zielen der Regierung ausgerichtete studentische Politik betreibt. Sie verteidigt die peruanische Revolution und grenzt sich nach rechts und ultralinks ab, indem sie zum Beispiel für die „Liquidierung des konterrevolutionären Bündnisses an der Universität" eintritt. Konterrevolutionär sind grundsätzlich alle, die nicht revolutionär sind – und was revolutionär ist, bestimmen die Regierung und ihre Funktionäre. Und um es komplett zu machen: auf kontrarevolutionäre Handlungen steht per Gesetz Strafe![15] Die Ideologie der „Freiwilligenarbeit" teilt die Nachbarn in gute, die oft freiwillig arbeiten, die die Notwendigkeit der „Selbstüberwindung" einsehen, und in schlechte, faule, egoistische, Trinksüchtige und so weiter. Das sind moralisch-persönliche Kategorien, die die eben nicht individuelle Situation der Arbeitslosigkeit, der Bodenspekulation und des Stadt-Land-Mißverhältnisses übersehen. Die SINAMOS-Ideologen machen einem glauben, daß es nur des guten Willens und eines Wandels der Einstellung bedürfe, damit sich ganz Peru entwickle. Die „Faulen" werden für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht – sie sind im Grunde selbst daran schuld, daß sie immer noch so schlecht leben und aus ihren miesen Hütten nicht herauskommen. Die „Arbeitsamen" werden allenthalben gelobt und als Beispiel in den Zeitungen genannt. Besonders Vorbildliche dürfen zu den Nationaltreffen nach Lima fahren. Hier erhalten sie Stärkung, und Sendungsbewußtsein, wenn z.B. Velasco vor einer ausgewählten Gruppe von Jugendlichen sagt: „Nichts ist sauberer und heiliger, als daß man die Dinge freiwillig macht."[17]



"Wir sind Humanisten, Freiheitler, Demokraten, Antiimperialisten, Christen, Revolutuionäre; weder Kapitalisten noch Kommunisten - ähem ..."

(Studentenplakat in Lima)

5. Gesamteinschätzung von SINAMOS

SINAMOS wurde von der Regierung als umfassendes Instrument ins Leben gerufen, das mit weitreichenden Rechten und Aufgaben ausgestattet wurde, dessen Aktivitäten vor allem in den Zeitungen gelobt und propagiert wurden, in dem eine große Zahl von Mitarbeitern mit einem

ansehnlichen Gehalt arbeiten, ... Dieses Instrument hat in den vier Jahren seit seiner Gründung nicht einmal annähernd das selbstgesteckte Ziel erreicht. Der Versuch, über die „Revolution von oben" eine Massenbasis im Volke zu schaffen, ist nicht gelungen.
„SINAMOS hat sich zu einem bürokratischen Apparat entwickelt, dessen gut bezahlte Funktionäre fern der Lebenswirklichkeit der Arbeiter und Bauern leben, denken Besatzer, als Kontrollorgane, die eigene Initiativen (wo immer sie wach waren und wach werden), behindern, wenn nicht gar unterdrücken. Passiver Widerstand war die eine Folge. Die Mehrheit der Peruaner entzieht sich offenbar solcher staatlicher Vormundschaft durch Nichtmitmachen."auch aktiver Widerstand ist festzustellen. Er hat die unterschiedlichsten Formen angenommen. Weit verbreitet sind die öffentlichen Stellungnahmen der ursprünglichen (nicht regierungskonformen) Basisorganisationen in den Zeitungen, die sich darin sehr oft gegen die Einmischungsversuche von SINAMOS wenden. Bei Demonstrationen werden Anti-SINAMOS-Parolen gerufen und hochgehalten. Kommt es dann zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, so wenden sich die aufgebrachten Massen gegen die besonders verhaßten Institutionen. SINAMOS-Gebäude mußten deshalb schon öfters „dran glauben".[18]
SINAMOS ist ein politischer Organismus, der sich unter die Schichten der Ausgebeuteten und Unterdrückten mischt, mit dem Ziel, sich bestehender Organisationen dieser Massen zu bemächtigen und neue zu bilden, um so die Kämpfe um eigenständige Forderungen der Massen zu bremsen, diese zu teilen und das Volk zu verwirren. Und das alles geschieht in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Kräften des Staates.

Die Ideologie, die SINAMOS und seine Vertreter verbreiten, ist je nach Zielgruppe verschieden. Sind es die große Zahl der Armen und Wohnungslosen, so werden die bei ihnen vorherrschenden kleinbürgerlichen Einstellungen vom individuellen Aufstieg und kollektiver Anpassung nicht angegriffen, sondern im Gegenteil noch verfestigt. Dabei führen sich diese Menschen, sofern sie darauf eingehen und etwas gemeinsam und „freiwillig" errichten, eigentlich selber ständig vor, daß sie, wo ihnen sowieso keiner echt helfen will, gemeinsam auch was auf die Beine stellen können. Hier steck ein wichtiges und positives Moment für die weitere und bewußte Politisierung und Organisierung der Massen. – Sind es die schon bewußteren Bewohner, so hat SINAMOS die Platte mit der nationalistischen Revolution bereitliegen, die die nötigen Strukturveränderungen durchführt und der man sich politisch und moralisch verpflichten müsse.
Die Militärjunta scheint zu erkennen, daß sie mit SINAMOS die gesteckten Ziele nicht erreicht. Das machen zwei Entscheidungen der Regierung im letzten halben Jahr deutlich:

1) Die Regierung soll erhebliche Einsparungen bei dem bislang recht umfangreichen SINAMOS-Haushalt vorgenommen haben. [19]
2) Die Regierung hat am 20.2.1975 beschlossen, eine eigene politische Partei zu gründen. Eine Kommission ist gebildet worden, deren Aufgabe es sei, die Grundlagen der Regierungspartei „im Rahmen der Ideologie der Revolution" festzulegen.[20]

Die zweite Meldung beinhaltet zugleich eine umfangreiche Revision der Auffassungen der Militärs zur Frage der Parteien. Wie am Anfang dargestellt, sollte SINAMOS keinesfalls eine Partei sein oder Parteifunktionen übernehmen – nun hat die Militärregierung scheinbar die Notwendigkeit einer eigenen Partei erkannt. Kommt es zur Parteibildung, so ist denkbar, daß SINAMOS ganz oder zu großen Teilen aufgelöst wird oder ihre andere Funktionen zuerkannt werden. Die Zukunft von SINAMOS ist von daher unklar.
Wahrscheinlich ist aber, daß es die „echte" Revolution, die die peruanischen Offiziere wollten aber nicht verwirklichen konnten, weil eine „echte" Revolution nicht ohne revolutionäre Massen ablaufen kann, daß es diese Revolution erst noch geben wird.

Nachtrag:

Als der Beitrag über das peruanische Mobilisierungsinstrument SINAMOS geschrieben wurde, war er für eine baldige Veröffentlichung bestimmt. Nun ist doch einige Zeit vergangen, während der sich in Peru erhebliche Veränderungen ergeben haben. Nicht nur, daß die Repressionen gegen fortschrittliche Gewerkschafter, Journalisten und Politiker zugenommen haben und zu umfangreichen Ausweisungen führten, daß der Widerstand breiter Bevölkerungskreise gegen die sich abzeichnenden Veränderungen in der politischen Linie der Regierung Velasco deutlich wurde, daß es zu Umstrukturierungen bei der Zielsetzung und Namensgebung von SINAMOS kam, sondern daß sogar ein unblutig verlaufener Putsch des ehemaligen Ministerpräsidenten Morales Bermudes zu einer Liberalisierung und zur Wiedererlangung gewisser demokratischer Grundrechte, wie Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit, führte.

Daher sollen hier die seit Juni dieses Jahres erfolgten Veränderungen, die im Zusammenhang mit SINAMOS stehen, aufgeführt und gedeutet werden.

„SINAMOS wechselt seinen Namen und leitet eine neue Phase ein." Dieser Satz stand über einer Meldung in der Zeitung Ultima Hora vom 23.8. In diesem Artikel wird deutlich, daß SINAMOS in den letzten Monaten eine umfassende Reorganisierung durchgemacht hat und daß das neue Statut in wenigen Tagen dem COAP (Comité de Asesoramento de la Presidencia de la República – Beratungsgremium des Präsidenten der Republik, durch das z.B. alle Gesetze vor der Annahme durch den Ministerrat gehen und das weitreichende Vollmachten besaß) vorgelegt wird. Damit verbunden ist eine Namensänderung in „Sistema Nacional de Participacion" (nationales System der „Beteiligung"). Selbstverständlich hat SINAMOS in den Jahren seines Bestehens nicht versagt, sondern „die ihr zugedachten grundlegenden Aufgaben – die Organisationen des Volkes in den verschiedenen Bereichen zu unterstützen – erfüllt", wie der Chef Sala Orosco vor der Presse verlauten ließ. Allein deshalb „muß man jetzt in eine zweite Phase" übergehen, in der die Hauptaufgabe „die Fortbildung der Mitglieder der Basisorganisationen" sein wird.

Der selbstgesteckte Aufgabenbereich von SINAMOS war schon immer so breit, um auch solche angeblich neuen Aufgaben mit zu übernehmen. Eine weitgehende und langdauernde Umstrukturierung und die Umbenennung von SINAMOS ist also aus diesem Grunde nicht erforderlich.

Vielleicht wird dies eher im Hinblick auf die sich gründende „Partei der Revolution" notwendig. Was damals am 20.2.75 von der Regierung beschlossen worden war, ist teilweise konkreter geworden. Man hatte eine provisorische Nationalkommission gegründet, die auch schon einen schönen Namen für das neue Gebilde fand: „Organización Politica de la Revolución Peruana" (OPRP – etwa Polit-Organisation der peruanischen Revolution). Wie diese Organisation im einzelnen funktionieren soll, ob in ihr Wahlen stattfinden und demokratische Prinzipien herrschen werden, wer alles „Mitglied" werden kann usw., das sind anscheinend nicht nur Fragen, die sich Außenstehende stellen. Zwar haben sich viele Köpfe in der Gründungskommission zusammengefunden, der größte Teil von ihnen aus den Führungskadern von SINAMOS, sowie einige Vertreter der Zeitungen und staatshörigen Organisationen, aber ihrem Ziel, eine „politische Organisation aber keine Partei" zu gründen, sind sie nur wenig nähergekommen. Selbst dann, wenn man sich auf eine irgendwie geartete Struktur dieser OPRP geeinigt hat, erscheint mir diese Organisation als ein totgeborenes Kind.

Die SINAMOS-Funktionäre wollen ihren kranken Apparat (und damit ihre Positionen und Gehälter) vor dem endgültigen Zusammenbruch retten. Deshalb soll die SINAMOS-Struktur in etwas abgewandelter Form die Basis für die OPRP bilden und so zu neuem Leben erweckt werden.

Ob diese Vorstellungen realisiert werden können, ist angesichts des Umsturzes vom 29.8.75 fraglich, da man noch keine konkreten Aussagen zu den Zielvorstellungen der neuen Regierung machen kann. Die nächsten Monate werden zeigen, was davon und wie verwirklicht wird. Große Skepsis ist bei beiden Vorhaben, der Umwandlung von SINAMOS und der Gründung der OPRP, angebracht!

QUELLENVERZEICHNIS

(1) „8 Preguntas a la Revolucion Peruana", Broschüre von SINAMOS, erschienen 1973, S. 31
(2) General Velasco am 3.10.1970, zitiert aus „Peru 1968 – 1973 cronologia politica", Lima 1974, S. 210 f.
(3) ebenda S. 280 (24.6.1971)
(4) ebenda S. 283 (2.7.1971)
(5) ebenda S. 385 (8.4.1972)
(6) Hector Bejar Rivera, Peru 1965, Aufzeichnungen eines Guerilla-Aufstandes, Frankfurt 1970, es 421
(7) „Poblacion del Peru" Censo del 4 de Junio de 1972, Insituto Nacional de Planifiacion, Lima 1973 (Resultados Provisionales)
(8) „La ‚Revolution' Peruvienne", Le Monde Diplomatique, Februar 1975 (Die Zahl stammt aus dem Jahre 1971)
(9) „Peru 1968 – 1973 cronologia politica", DESCO, S. 260 ff.
(10) ebenda S. 585 (19.8.1973)
(11) ebenda S. 640 (19.10.1973)
(12) aus: „Bericht über die staatlich initiierte Freiwilligenarbeit von SINAMOS" von Wolfgang Reiche, Berlin (4-seitiges unveröffentlichtes Papier)
(13) bei Gesprächen des Verfassers im Oktober 1974 in der Jugendabteilung in Cusco und Puno wurde deutlich, daß allenfalls mit jeweils einigen hundert Jugendlichen pro Jahr gerechnet werden kann. In Cusco waren es 1973 rund 100 Studenten, die an dem Programm T.P.U. (Trabajo Popular Universitario) teilgenommen hatten.
(14) Gesprächsvermerk vom 25.10.1974 mit Rodrigo Morales (SINAMOS), Cusco
(15) Wolfgang Reiche, a.a.O.
(16) „La Cronoca" vom 21.12.1974
(17) „Befreiung auf Befehl" Länderbericht von H. Lünig, erschienen in: Herder Korrespondenz, April 1975, S. 197
(18) Am 21.11.1973 wurde im Zusammenhang mit schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, die um Lohnerhöhungen und weitere Forderungen der Lehrer in den südl. Provinzen des Landes kämpften, in Cusco das dortige ORAMS-Hauptgebäude in Brand gesteckt, das dabei völlig ausbrannte (siehe Foto).
Bei den jüngsten schweren Unruhen in Lima Anfang Februar dieses Jahres wurden ebenfalls umfangreiche Brandschäden im neu errichteten „Centro Civico", der Betonburg von SINAMOS, festgestellt.
Aus einer Reihe von weiteren Provinzstädten sind Zerstörungen an und von SINAMOS-Gebäuden bekannt geworden.
(19) Diese Information stammt von einem Peru-Kenner am Lateinamerika-Institut der FU-Berlin. Pressemeldungen davon liegen mir nicht vor.
(20) Neue Züricher Zeitung vom 21.2.1975

Wolfgang Reiche, 1 Berlin 30, Winterfeldtstr. 84



Grafik aus einem Flugblatt von SINAMOS

Namibia

Neuer Wein in alten Schläuchen

VORSTERS SCHWINDEL MIT DER „NEUEN“ VERFASSUNG

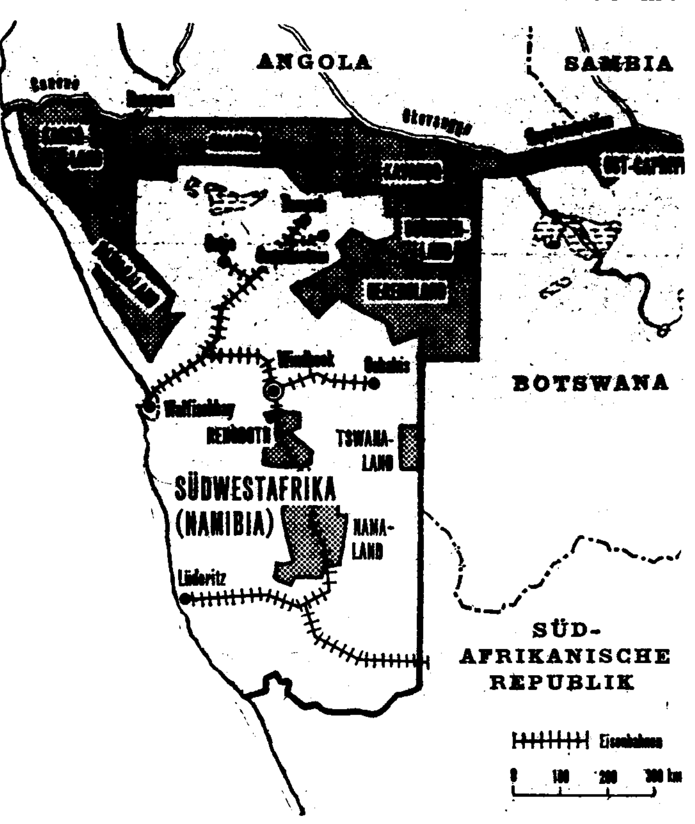
Die kapitalistischen Staaten im Weltsicherheitsrat geben Vorster in der Namibia-Frage erneut Rückendeckung

Anfang Juni lehnen die USA, Frankreich und Großbritannien nach einer mehrtägigen Namibia-Debatte im Weltsicherheitsrat der UN weiterhin die Verhängung von Sanktionen gegen die Vorster-Regierung in Südafrika ab. Nachdem anfangs schon vergeblich von einer Reihe von Ländern umfassende politische und wirtschaftliche Sanktionsschritte gegen die Republik Südafrika (RSA) gefordert worden waren, scheiterte gegen Ende der Debatte am Veto der genannten Staaten auch eine von den Ländern Tanzania, Guayana, dem Irak, Mauritanien und Kamerun eingebrachte Resolution, in der lediglich die Verhängung eines Waffenembargos gegen Südafrika zur Entscheidung gestellt war. Mit den Vertretern Japans und Italiens, die sich in der Schlußabstimmung der Stimme enthielten, begnügte sich die USA, England und Frankreich damit, den Widerstand der RSA-Regierung gegen die Räumung Namibias zu „verurteilen“ und neue Gespräche der UN mit Vorster zu befürworten (FR vom 9.6. u. 7.6. / SZ vom 7.6.)

Die Namibia-Debatte war einberufen worden, nachdem am 31. Mai 1975 eine der RSA-Regierung vom Weltsicherheitsrat im Dezember gestellte Fünf-Monate-Frist zur Räumung des von Südafrika nach internationalem Recht illegal[1] besetzt gehaltenen Namibias ergebnislos verstrichen war. Das Räumungs-Ultimatum des Weltsicherheitsrates fand im Dezember wohlbemerkt die Zustimmung auch der USA, Englands und Frankreichs. Das Ultimatum kam zustande, nachdem diese Staaten im Weltsicherheitsrat einen von der UNO-Vollversammlung mit überwiegender Mehrheit befürworteten Antrag auf Ausschluß der RSA aus der UNO mit ihrem Veto zu Fall gebracht hatten.

Vorsters „Bundesstaat“-Pläne für Namibia

Obwohl die Vorster-Regierung bis zum heutigen Tag keine Anstalten gemacht hat, der ultimativen Aufforderung der UNO nach Abzug der südafrikanischen Verwaltungskräfte und Besatzungstruppen aus Namibia nachzukommen, ist sie in den vergangenen Monaten in der Namibia-Frage keineswegs untätig geblieben: Seit Mitte September letzten Jahres bastelt die Regierung an der Durchsetzung von Verfassungsplänen, die ihre Herrschaft über Namibia formalrechtlich auf weniger anfechtbare Grundlage stellen sollen (vgl. Chronik der „blätter“, Heft 39, S. 8f.). Anknüpfend an der 1968 verfügten Neuordnung Namibias, der zufolge das Land gegenwärtig in 10 „Bantustans“ und einem weißen „Homeland“ untergliedert ist, strebt die südafrikanische Regierung für die Zukunft einen, wie es heißt, „bundesstaatlichen“ Aufbau Namibias nach dem Muster der kantonalen Verfassung der Schweiz an (SZ vom 31.5.). Dem „Bundesstaat“ Namibia soll es dabei freigestellt sein, sich politisch ganz von Südafrika zu trennen oder in einer lockeren Föderation mit



der RSA zu verbleiben. Welche Absichten sich hinter diesen scheinbar doch konstruktiven Plänen zur „Lösung“ des Na-

1) Nach einem bis in das Gründungsjahr der UNO 1946 zurückreichenden Streit zwischen Südafrika und der UNO, anfangs über Rechte und Pflichten Südafrikas in dem ihm 1920 vom damaligen Völkerbund als Mandat übertragenen „Südwestafrika“ und später über die Rechtmäßigkeit der staatlichen Präsenz Südafrikas in „Südwestafrika“ überhaupt, kam die UNO-Vollversammlung 1968 mit einer Stimmenmehrheit von 114 gegen 2 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu dem Entschluß, Südafrika das Mandat über Namibia zu entziehen und die Herrschaft der RSA über Namibia für illegal zu erklären. Der Weltsicherheitsrat der UNO schloß sich 1970 dem Votum der Vollversammlung an. Die Haltung der UNO in der Namibia-Frage findet sich dann ein Jahr später in einem Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag bestätigt, in dem u.a. festgestellt wird, „daß die fortdauernde Präsenz Südafrikas in Namibia illegal ist (und) Südafrika verpflichtet ist, seine administrativen Einrichtungen aus Namibia unverzüglich zurückzuziehen ...“ (Zur Geschichte des Rechtsstreites zwischen Südafrika und der UNO vgl. „Namibia – Menschenrechte außer Kraft“, Studienheft der Ökomenischen Projektgruppe „Namibia-Woche“, Dingden 1975; oder: „A Trust betrayed – Namibia“, herausgegeben vom Informationsbüro der Vereinten Nationen, New York 1974).

mibia-Problems verbergen, geht aus dem Folgenden hervor:

1) Von den 10 zahlenmäßig stärksten Stammesgruppen in Namibia soll die größte, das Volk der Ovambo, das mit ca. 396 000 Angehörigen 46,5 % der namibischen Bevölkerung stellt, von dem Staatenbund ausgeschlossen bleiben („Africa" von Feb. 75). Den Ovambo wird empfohlen, sich mit dem auf angolanischem Staatsgebiet lebenden „Stammesbrüdern" zu einem selbständigen Staat zusammenzuschließen. Unter den noch verbleibenden Einwohnern Namibias käme in diesem Fall dann dem weißen Bevölkerungsteil zahlenmäßig der erste Rang zu (99 000 = 11,6 % der Gesamtbevölkerung des heutigen Namibias; NZZ vom 12./13.7.75). Der Ausschluß der Ovambo liefe zugleich auf eine Schwächung der Befreiungsbewegung SWAPO hinaus – einer Organisation, die von der UNO-Vollversammlung seit Dezember 1973 als die „authentische und legitime Repräsentantin" der namibischen Bevölkerung anerkannt wurde (dpa vom 13.12.73). Die SWAPO hat im Ovambo-Volk eine starke Basis[2].

2) Die bundesstaatliche Untergliederung Namibias auf der Grundlage der derzeitigen „Homeland"-Verfassung würde im Ergebnis bedeuten, daß die Bewohner des weißen „Kantons" über 2/3 des namibischen Staatsgebiets (vgl. nebenstehende Karte) sowie über nahezu alle wichtigen Bodenschätze, über die gesamten Fischfanggründe und über die landwirtschaftlich ergiebigen Regionen Namibias verfügen (zur wirtschaftlichen Bedeutung Namibias siehe unten). Vorsters bundesstaatliche Pläne laufen somit also auf einen verfassungsrechtlich abgesicherten Diebstahl der natürlichen Ressourcen Namibias hinaus.

3) Die weiße Bevölkerung Namibias würde sich in einem bundesstaatlichen Verband nach den Vorstellungen Vorsters mit ziemlicher Sicherheit für eine „Föderation" mit der Republik Südafrika entscheiden. Aufgrund ihrer totalen wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber der der schwarzen Mehrheit des Landes würde sie eine solche Entscheidung auch in einem etwaigen namibischen „Bundesrat" erfolgreich durchsetzen können. Eine staatliche Eigenständigkeit Namibias würde, wenn sie gegen den Willen Vorsters erzwungen wäre, für die weiße Minderheit in Namibia neben wirtschaftlichen Problemen (Namibia befindet sich in quasi kolonialer Abhängigkeit zur RSA; vgl. „Bl.d.d.Wirtsch." vom 2.5. u. 3.5.75) insbesondere ein Sicherheitsrisiko bedeuten: Ohne eine massive Unterstützung durch südafrikanische „Sicherheitskräfte" hätte ein weißes Minderheitsregime in Namibia keine Überlebenschance. Schon jetzt sieht sich die südafrikanische Regierung gezwungen, in Namibia zur Unterdrückung des dortigen Befreiungskampfes, umfangreiche Polizei- und Militärkräfte zu stationieren.

SWAPO und Namibia-Rat der UNO gegen Vorsters „Verfassungs"-Initiative

Vorsters Pläne zur verfassungsrechtlichen Umgründung Namibias stoßen in Namibia selbst insbesondere auf den Widerstand der Befreiungsbewegung SWAPO (South West People's Organisation) und einigen kleineren politischen Organisationen, die mit der SWAPO in dem Anfang März dieses Jahres gegründeten Namibia National Convention (NNC) zusammenarbeiten[3]. Die SWAPO fordert für Namibia die Einberufung einer Verfassungskonferenz, deren Vertreter aus der Bevölkerung in *allgemeinen* Wahlen unter Aufsicht der UNO hervorgehen sollen („Africa" vom Februar 75). Für Verhandlungen über diese Frage mit der Vorster-Regierung fordert die SWAPO u.a. als Vorbedingungen:

1) den Abzug aller südafrikanischen Besatzungstruppen aus Namibia;
2) die Freilassung aller politischer Gefangenen in Namibia und eine Rückkehr-Erlaubnis für alle ins Ausland geflüchteten Namibianer;
3) Anerkennung der territorialen Integrität Namibias (Erhaltung Namibias in den bisherigen Grenzen);
4) Anerkennung der Rechte der namibischen Bevölkerung auf volle Unabhängigkeit und nationale Souveränität

(Times vom 18.1./Star Weekly vom 31.5.).

Die SWAPO und die mit ihr im NNC verbündeten Gruppen finden sich in ihren Forderungen uneingeschränkt unterstützt von dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen (UN Council for Namibia). Der Namibia-Rat ist seit 1967, nachdem im Jahr zuvor die UNO Südafrika offiziell das Mandat über Namibia entzogen hatte, das formelle Aufsichtsorgan der UNO über Namibia (den Vorsitz führt der sambische UNO-Delegierte Banda; geschäftsführende Funktionen nimmt der UN-Kommissar für Namibia, der Ire Sean MacBride wahr). Der Namibia-Rat genießt seinerseits die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Staaten der UNO-Vollversammlung. Dennoch sind dem Namibia-Rat, der wie es in dem Gründungsstatut heißt, „praktische Schritte unternehmen soll, die Herrschaft (in Namibia) dem Volk von Südwestafrika zu übertragen"[4]), die Hände gebunden. Solange die Vorster-Regierung im Sicherheitsrat von dem kapitalistischen Länderblock USA, England und Frankreich Rückendeckung erhält, kann der Namibia-Rat der afrikanischen Bevölkerung in Namibia lediglich verbale Unterstützung zuteil werden lassen[5].

---

2) Daß die SWAPO, wie von südafrikanischer Seite und der bürgerlichen Presse in der BRD gern behauptet, ihre Anhängerbasis ausschließlich im Ovambo-Volk hat, stimmt freilich nicht. Den schlagenden Beweis dafür lieferte der von der SWAPO im Dezember 1971 ausgerufene Generalstreik in Namibia, der für mehrere Wochen nahezu die gesamte Industrie- und Minen-Wirtschaft des Landes zum Erliegen brachte.

3) In dem Namibia National Convention sind die Gruppen zusammengefaßt, die Ende Februar zusammen mit der SWAPO aus dem „alten" National Convention von Namibia (NC) ausgetreten sind, das ist: die SWANU (Southwest African National Union), die Rehoboth People's Party (eine in dem Bantustan Rehoboth arbeitende politische Organisation) und die Damara Tribal Executive. In dem alten NC sind jetzt nur noch die Häuptlinge des Herero- und Nama-Volkes vertreten (afp Interafrican News Survey vom 7.3.75). Der Austritt der SWAPO und der übrigen genannten Gruppen aus dem NC erfolgte in Reaktion auf eine Erklärung des Herero-Häuptlinges Clemens Kapuuo, in der er sich für eine Abtrennung des Ovambolandes von Namibia aussprach. Der alte NC verstand sich ursprünglich als Gegenorganisation zu dem sog. Southwest African Advisory Council, einem Propagandaorgan der südafrikanischen Regierung, in dem regierungsfreundliche Häuptlinge und Vertreter der weißen Minderheit in Namibia „beratende Funktionen" wahrnehmen („Africa" von April 75).

4) Vgl. dazu: „A Trust Betrayed – Namibia", Informationsbüro der Vereinten Nationen, New York, 1974, S. 27 f.

5) Das gilt offenbar auch für ein 1974 von dem Namibia-Rat der UNO erlassenes Dekret, demzufolge vom Namibia-Rat zukünftig alle aus Namibia exportierten Wirtschaftsgüter „als gestohlenes Eigentum des namibischen Volkes betrachtet werden und im In-

Freilich geraten Südafrikas Verbündete in und außerhalb des Sicherheitsrates vor der Weltöffentlichkeit und in ihren eigenen Ländern mit ihrer Veto-Politik in der Namibia-Frage in zunehmende Rechtfertigungs-Schwierigkeiten. Sie tolerieren durch ihre hinhaltende Politik Formen der Herrschaft und Ausbeutung[6], die sie vorgeben, als Staaten mit einer sog. freiheitlich-demokratischen Verfassung, in anderen Teilen der Erde und im eigenen Land „mit Entschiedenheit" zu bekämpfen. Zugleich mißachten sie Voten von internationalen Organisationen (UNO-Vollversammlung; Internationaler Gerichtshof in Den Haag; vgl. Anmerkung 1), deren sie sich in anderen internationalen Streitfragen gern zu bedienen pflegen, wenn es ihnen darum zu tun ist, eigenen Rechts- und/oder Machtansprüche moralische Autorität zu verleihen.

Bevölkerungsgruppen 1974 (Schätzung)

Ovambo	396 000	46,5 Prozent
Weisse	99 000	11,6 Prozent
Damara	75 000	8,8 Prozent
Herero	56 000	6,6 Prozent
Kavango	56 000	6,6 Prozent
Nama	37 000	4,3 Prozent
Mischlinge (Coloured)	32 000	3,8 Prozent
Ost-Caprivier	29 000	3,4 Prozent
Buschmänner	26 000	3,0 Prozent
Rehoboth Basters	19 000	2,2 Prozent
Kaokolander	7 000	0,8 Prozent
Tswana	5 000	0,6 Prozent
Andere	15 000	1,8 Prozent
	852 000	100,0 Prozent

Vorster will mit den Häuptlingen verhandeln

Genau in dem zuletzt angesprochenen Punkt, scheint Vorster seinen Verbündeten in Westeuropa und Nordamerika mit der von ihm im letzten Jahr ergriffenen Initiative zur „bundesstaatlichen" Lösung des Namibia-Problems zur Hilfe kommen zu wollen: Scheinbar ganz in Übereinstimmung mit den Forderungen der UNO stellte er seinen oben erläuterten verfassungsrechtlichen Vorstoß unter den Leitsatz, die Bevölkerung in Namibia soll selbst über ihre Zukunft entscheiden (SZ vom 14.5.) und zwar auf einer für September 75 einzuberufenden Verfassungskonferenz (SZ vom 26.7.75). Interessant sind auch hier wieder die von Vorster für eine solche Verfassungskonferenz ins Auge gefaßten Einzelheiten: Auf dieser Konferenz sollen nur die offiziellen Führer der verschiedenen Volksgruppen und Rassen miteinander verhandeln. Die Führer der in Namibia tätigen Parteien sollen hingegen ausgeschlossen bleiben. Zum Verständnis dieser von Vorster gewünschten Regelung ist anzumerken, daß es sich bei den Führern der 10 afrikanischen Volksgruppen in Namibia um Vertreter der alten Stammes-Aristokratien handelt, die in ihrer überwiegenden Zahl als verläßliche Parteigänger der südafrikanischen Regierung[7] gelten.

Der Ausschluß von Parteien von Verfassungsgesprächen nach den Vorstellungen der südafrikanischen Regierung soll sich vor allen Dingen gegen die SWAPO richten, der, so die NZZ vom 12./13.7., „einzigen wirklich organisierten politischen Kraft Namibias". Die SWAPO hat bereits hinlänglich deutlich gemacht, daß es für sie keine Verfassungsgespräche auf der Grundlage der Zielvorstellungen der südafrikanischen Regierung geben kann. Vorster entschied somit, die SWAPO als politische Kraft zu ignorieren und seinen „Bundesstaat" Namibia mit den von ihm selbst gekürten Stammeshäuptlingen „auszuhandeln".

Manipulierte Ovambo-Wahlen

Um den Ausschluß der SWAPO von etwaigen Verfassungsverhandlungen in Namibia gegenüber der Weltöffentlichkeit notdürftig zu rechtfertigen, versuchte Vorster der SWAPO im Januar dieses Jahres eine spektakuläre politische Niederlage beizubringen: Er löste den von Häuptling Filemon Elifas geführten Ovambo Legislative Council auf und ließ Neuwahlen ansetzen. Erwartungsgemäß rief die SWAPO wie bereits bei den ersten Wahlen für den Ovambo Legislative Council vor 2 Jahren zu einem Boykott der Wahlen auf. Während 1973 nun der Boykott-Aufruf der SWAPO von mehr als 97 % der wahlberechtigten Ovambo befolgt wurde, gaben bei den im Januar angesetzten „Wahlen" überraschender Weise rund 55 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab (vgl. Chronik der „blätter", Heft 43/44 / „Africa" von April 75). Die südafrikanische Regierung und ihre Vasallen in der Häuptlingschaft der Ovambo feierten den Wahlausgang als vernichtende Niederlage für die SWAPO. Chief Elifas kündigte zugleich an, daß er entsprechend den Plänen der südafrikanischen Regierung mit den angolanischen Befreiungsbewegungen Verhandlungen aufnehmen wolle, mit dem

---

teresse des namibischen Volkes (in Häfen, in denen Schiffe mit namibischen Gütern vor Anker gehen) beschlagnahmt werden können" („Star", Johannesburg vom 15.2.75). Von einer Beschlagnahmung von Waren aus Namibia ist bislang nichts bekannt geworden. Tatsächlich ist wohl auch kaum zu erwarten, daß, solange sich Südafrika noch hinter dem breiten Rücken der kapitalistischen Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat verbergen kann, irgendein Land zumindest in Westeuropa und Nordamerika, dem Namibia-Rat die dazu notwendige Rechtsbeihilfe leistet. Der Namibia-Rat benötige wahrscheinlich, so der höhnische Kommentar des Rio-Tinto-Konzernchefs Cuncan (siehe weiter unten),eine eigene Flotte, um dem genannten Dekret internationale Achtung zu verschaffen.

6) Die Herrschafts- und Ausbeutungsmethoden in Namibia unterscheiden sich nicht wesentlich von denen in Südafrika selbst. Ausführliches Material findet sich dazu u.a. in: „Namibia – Menschenrechte außer Kraft", Studienheft der Ökomenischen Projektgruppe „Namibia-Woche", Dingden 1975; Bestelladresse auf einer der letzten Seiten des vorliegenden Heftes.

7) Die Angehörigen der verschiedenen afrikanischen Volksgruppen in Namibia sind nach dem Vorbild Südafrikas real oder nur fiktiv (bezieht sich auf die in offiziellen „weißen" Siedlungsgebieten ansässigen afrikanischen Arbeitskräfte) in sog. homelands beheimatet (vgl. obenstehende Karte). Die südafrikanische Regierung bedient sich in der Verwaltung der „homelands" und in der Unterdrückung der dortigen Bevölkerung schwarzer Ausführungsorgane, die formell den Rang von staatlichen Institutionen innehaben. Die personelle Besetzung dieser Organe erfolgt entweder unmittelbar auf dem Ernennungswege oder indirekt über scheindemokratische Wahlen, bei denen die Kandidaten der Zustimmung seitens der südafrikanischen Regierung bedürfen. Die legitativen- und exekutiven Organe der homeland unterstehen der direkten Aufsicht der südafrikanischen Regierung. Gesetze und „Regierungs"-Entscheidungen können von dort jederzeit für nichtig erklärt werden und neue Gesetze (und regierungsamtliche Maßnahmen) auf Verkündungswege von südafrikanischer Seite verfügt werden. Die politischen „Führer" der „homelands" werden im übrigen auch direkt aus der südafrikanischen Staatskasse entlohnt (aus: „A Trust Betrayed ..." a.a.O., S. 24 f. / S. 32 ff.).

Ziel, die Ovambo in Namibia und Angola in einen von beiden Ländern unabhängigen Staat zusammenzuführen.

Wie kam es jedoch zu diesem unerwarteten Ausgang der Ovambo-Wahlen? Die südafrikanischen Behörden, unterstützt von weißen Unternehmern und Farmern sowie von Chief Elifas und seiner gefürchteten sog. tribal police (Stammes-Polizei),hatten alle Hebel ihrer Macht in Bewegung gesetzt, die Ovambo zur Wahlurne zu treiben. „Die Wahlen", so der mittlerweile aus Namibia ausgewiesene Bischof Wood[8], „waren wie ein militärisches Manöver organisiert". Empfänger von Altersrenten waren gewarnt worden, ihnen würde ihre Rente entzogen, wenn sie nicht zur Wahl gingen; Antragsteller für eine Arbeitserlaubnis in der Minen-Industrie oder der Farmwirtschaft waren mit der Ablehnung ihres Antrages bedroht worden, falls sie nicht wählen würden. Weiße „Arbeitgeber" drohten wahl-unwilligen Arbeitern mit der Enltassung usw. Und überall dort, wo die SWAPO, der es zuvor untersagt worden war, ihren Boykott-Aufruf in der Öffentlichkeit zu verbreiten, gegen die Wahl gerichtete Versammlungen abhielt, schritt mit schonungsloser Gewalt Elifas' bodyguard oder die südafrikanische Polizei ein („Africa" von April 75). Die nach den Wahlen insbesondere von kirchlicher Seite geforderten Wahlnachforschungen sind von südafrikanischer Seite bislang mit Erfolg hintertrieben worden (vgl. „Nachrichten und Kurzberichte" in den „blättern", Heft 45, S. 9). Immerhin tauchen mittlerweile auch in der internationalen Presse Zweifel an einem ordnungsgemäßen Ablauf der Ovambo-Wahlen auf (vgl. „Times" vom 15.4. oder die NZZ vom 12./13.7.).

Zu fragen ist allerdings auch, in wieweit das Ergebnis der Ovambo-Wahlen nicht zu einem Teil auch eine Schwächung der SWAPO widerspiegelt. Hervorgerufen durch die seit Anfang 1974 gegen sie spürbar forcierte Verfolgung. Zahlreiche Führungskader der SWAPO sind mittlerweile inhaftiert oder mußten ins Ausland nach Angola oder Sambia fliehen[9]. Für den Kampf an der militärischen Front scheint die Frage verneint werden zu müssen: Nach Berichten der SWAPO haben die bewaffneten Aktivitäten der PLAN, des militärischen Flügels der SWAPO, die südafrikanische Regierung mittlerweile gezwungen, drei der vier Nordprovinzen Namibias (Ovamboland Kavango und Eastern Caprivi unter totale militärische Aufsicht zu stellen. Seit April dieses Jahres soll es in diesen Gebieten eine Anzahl heftiger Kämpfe zwischen Einheiten der PLAN und den südafrikanischen Streitkräften gegeben haben. Dabei sei es der PLAN u.a. auch gelungen, ein Militärlager der Südafrikaner in Eastern Caprivi zu überrennen („Africa" von September 75). Mitte August meldet die „Financial Times", daß der Chief Minister von Ovamboland, Filemon Elifas einem Attentat zum Opfer gefallen ist (Fin. Times vom 19.8.). In einer öffentlichen Erklräung weist die SWAPO allerdings jede Verantwortung für den Anschlag zurück (SZ vom 21.8.75). Elifas galt unter den Häuptlingen Namibias als der zuverlässigste Parteigänger Südafrikas und hatte sich mit seiner Privat-Miliz (der sog. Stammes-Polizei von Ovamboland) unter den Ovambo einen gefürchteten Namen gemacht.

Vorster scheint derweil entschlossen, die Lage im Norden Namibias militärisch wieder unter Kontrolle zu bringen: Nach Angaben der SWAPO werden in diesem Gebiet von der südafrikanischen Armee ständig neue Militärstützpunkte eingerichtet (FR vom 2.6.). Im Genaueren berichtet die NZZ (vom 12./13.7.) von dem Bau großer militärischer Anlagen bei Grootfontein, einem Ort in dem bedeutenden Minen-Gebiet um Tsumeb. Die zusätzlich in Namibia eingesetzten Truppen sollen sich nach Angaben der SWAPO wesentlich aus den aus Rhodesien abgezogenen südafrikanischen Spezialeinheiten rekrutieren („Afcrica" von Sept. 75). Gleichzeitig wird berichtet, daß sich die in Namibia lebenden Weissen in wachsender Zahl zu bewaffneten Kommandos zusammenschließen. Aktivität entwickele hier insbesondere der rechts-radikale „Bund Nationaler Deutscher", der in den letzten Monaten vermehrten Zulauf aus den in Namibia lebenden 23.000 deutsch-stämmigen Weißen enthalte (KVZ vom 12.6.).

Namibia als Ausbeutungsobjekt internationaler Minen-Gesellschaften

Die Rückendeckung, die der südafrikanischen Regierung in ihren Verfassungsplänen für Namibia von seiten der Länder USA, Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat der UNO (und außerhalb des Sicherheitsrates auch von Ländern wie der BRD, dem Iran, Brasilien oder Argentinien) zuteil wird, erklärt sich ohne Frage aus den wirtschaftlichen Interessen dieser Länder an Südafrika im allgemeinen und neuerdings auch an Namibia im Speziellen (zu den Interessen der BRD in Südafrika vgl. nebenstehenden Kasten und in diesem Heft die „Nachrichten und Kurzberichte" zu Südafrika).

Namibia, das in den fünfziger Jahren als ein wirtschaftlich kaum erschlossenes Halbwüsten-Land allenfalls durch seine Karakul-Pelz-Produktion und den reichen Fischfanggründen vor seiner Küste auf den Weltmärkten von sich Reden gemacht hat, ist mittlerweile aufgrund umfangreicher Infrastruktur-Investitionen seitens der südafrikanischen Regierung („Blick durch die Wirtschaft" vom 2.5.75) zu einem attraktiven Spekulations- und Investitionsobjekt internationaler Minen-Gesellschaften geworden. Namibia ist reich an Boden-

8) Wood ist Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Ovambo-Kavanga-Kirche. Seine Ausweisung erfolgte Mitte Juni dieses Jahres in Zusammenhang mit einem afrikanischen Protestmarsch in Windhuk, zu dem auch Bischof Wood aufgerufen hatte. Wood bezeichnete bei der Gelegenheit die SWAPO als „wirksamste schwarze politische Organisation in Namibia". Im gleichen Zeitraum wurde auch ohne Angabe von Gründen der Direktor des Christlichen Zentrums von Namibia, Rolf Friede, und der ZDF-Korrespondent Günter Preus, Autor des kaum sehr kritisch zu nennenden Fernsehfilmes „Gebt mir sechs Monate Zeit" aus Namibia ausgewiesen (SZ vom 24.6./ „Guardian" vom 17.6./NZZ vom 23.6.75).

9) Zur Verhaftung ihrer politischen Gegner liefert der südafrikanischen Polizei das 1967 erlassene „Terrorismus-Gesetz" die gesetzliche Handhabe, das ihr erlaubt, politisch „verdächtige" Personen ohne reguläre Anklage und Rechtsbeistand auf unbestimmte Zeit „festzuhalten". Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1974 sind nach Angaben der UNO insgesamt über 350 SWAPO-Mitglieder und -Sympathisanten von der südafrikanischen Polizei verhaftet worden.
Die Zahl der seit 1974 ins Ausland geflohenen SWAPO-Mitglieder und -Sympathisanten ist kaum zuverlässig zu schätzen. Bis November 1974 sollen es nach Angaben der SWAPO 3.000 gewesen ein. Regierungsstellen in Südafrika sprechen von 2.000 (vgl. „Decolonization", Nr. 3, Dezember 1974, hrsg. vom UN Department of Political Affairs).

BRD-Kapital in Namibia

Metallgesellschaft AG

Tochtergesellschaft der Klöckner und Co. Gesellschaft (Duisburg, Mannheim). Sie besitzt die Helicon- und Rubicon-Minen bei Karibib. Ferner hat sie eine Aktienmehrheit bei der South West Africa Lithium Mines (Pty.) Ltd. und Kiln Products Ltd., die aus Zinkrückständen Zinkoxide produziert.

Ohlthaver Gruppe

Teilhaber an den Ohlthaver and List Finance and Trading Corp., die die Khan Mine (Pty.) Ltd. besitzt.

Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft

besitzt alle Aktienteile der Otavi Mining Co. (Pty.) Ltd. (Johannesburg), die eine kleinere Zahl von Aktien der South West Africa Co. Ltd. (SWACO) hält.

Urangesellschaft

gegründet als ein Konsortium von Rio Tinto Zinc, IDC und der General Mining and Finance Corp. Ltd., um die Rössing-Uranmine auszuschürfen (erwartete Jahresproduktion ab 1977: 1.000 t.)

Nach dem Rückzug der deutschen Bundesregierung von der Finanzierung 1972 ist die Stellung dieser Gesellschaft bei dem Projekt unklar. Die Kontrolle über die Urangesellschaft wird ausgeübt durch ein Syndikat, das die Metallgesellschaft AG (33 %), die Steinkohlen-Elektrizitätsgas AG (33 %) und die VEBA AG (33 %) umfaßt. Die Bundesregierung besitzt 40 % der Aktienteile an der VEBA.

Tiefbohr AG

wird finanziell von der Bundesregierung unterstützt. Ihre Tochtergesellschaft Tiefbohr (Pty.) Ltd. führt die Bohrarbeiten für die Etosha Petroleum (Pty.) Ltd. aus. Man begann 1969 mit Bohrungen in der Etosha-Pfanne. Die Konzessionen der Etosha Petroleum (Pty.) Ltd. bedecken eine Fläche von rd. 194.000 qkm.

Thürer und Hollander/Thürer Gruppe

ihre Tochtergesellschaft SWA Karakul Centrale (Pty.) Ltd. führt zwei Karakul-Farmen: Neue Haribes Co. (Pty.) Ltd. unternimmt die Weiterverarbeitung von Karakul.

Lurgi Gesellschaft AG,

ihre Tochtergesellschaft, Lurgi SA (Pty.) Ltd., ist an Elektroarbeiten in der Rössing-Mine und in anderen Bergwerken beteiligt.

Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank

die genannten Banken haben gemeinsam mit der Crédit Commercial de France, SA und der Crédit Lyonnais, SA, Darlehen für das Cunene-Projekt an ESCOM vergeben; sie finanzieren auch Industrie- und Bergbaugesellschaften.

(Übersetzung aus „Objective: Justice", United Nations Publication, Vol. 6, Nov. 2, June 74; entnommen aus: „Namibia – Menschenrechte außer Kraft", Studienheft der Projektgruppe „Namibia-Woche", Dingden 1975).

schätzen aller Art. Gefunden wird u.a. Diamanten, Kupfer, Zink, Uran Vanadium, Blei, Mangan Lithium, Graphit und Silber („Blick durch die Wirtschaft" vom 3.5.75). Vor der Küste Namibias werden Erdöl-Lagerstätten vermutet („Southern Africa" von April 75). Hauptfundorte der Bodenschätze im Landesinnern sind die Regionen um Windhuk, um Swakopmund (Walfischbai), um Tsumeb sowie Grootfontein im Norden des Landes und um Oranjemund an der äußersten Südküste (Diercke Weltatlas, 1974). Vom Produktionswert her rangiert derzeit die Diamanten-Produktion bei Oranjemund an vorderster Stelle (Produktionswert 1973: 588 Mill. DM). An zweiter und dritter Position steht die Kupfer- und Zinkproduktion.

Bei der Ausbeutung der namibischen Bodenschätze haben sich erwartungsgemäß in Südafrika „beheimatete" Konzerne den „Löwenanteil" gesichert. Die De-Beer-Gruppe hat das Monopol über die gesamte Diamantenproduktion inne. Daneben nennt eine vom „UN Department of Political Affairs" veröffentlichte Übersicht 26 weitere in Südafrika registrierte Gesellschaften, die derzeitig in mehr oder weniger großem Umfang an der Ausbeutung oder Prospektion geologischer Erkundung namibischer Bodenschätze beteiligt sind.[10] Dennoch sind darüber hinaus auch eine Vielzahl von westeuropäischen und nordamerikanischen Minenkonzernen (und Bankgruppen) in Namibia gut ins Geschäft gekommen (Blick durch die Wirtschaft vom 3.5.). In Erscheinung tritt hier insbesondere US-amerikanisches, britisches, französisches, kanadisches und westdeutsches Kapital (zum Engagement westdeutschen Kapitals in Namibia vgl. beistehenden Kasten).

Ein besonders dicker Brocken verspricht für das internationale Kapital die Ausbeutung der sog. Rössing-Uran-Mine, 50 km nordöstlich von Swakopmund (an der Walfischbai) zu werden. Die dortigen Uranvorräte gelten als einer der größten Uranlagerstätten der Welt („Blick durch die Wirtschaft", 3.5.75). Die Ausbeutung der Uranlager soll bei einem internationalen Firmenkonsortium unter Führung der in England registrierten „Rio Tinto Zinc Corporation" liegen. Beteiligt ist im einzelnen südafrikanisches, britisches, französisches und kanadisches Kapital. Westdeutsches Kapital war zumindest anfangs mit im Spiel: Die „Urangesellschaft" in Frankfurt, einem von der Klöckner A.G., der „Metallgesellschaft" in Essen, der VEBA (mehrheitlich im Bundesbesitz) und der STEAG (ein Minderheitsanteil wiederum bei VEBA) gebildetes Konsortium hatte sich mit

10) Anzumerken ist hier allerdings, daß sich hinter den infrage stehenden südafrikanischen Gesellschaften in vielen Fällen umfangreiches internationales Kapital verborgen hält. Die genannte, von der UNO veröffentlichte Übersicht, in der neben den südafrikanischen Minengesellschaften auch die der übrigen in Namibia aktiven Länder angegeben sind, findet sich in: „Decolonization", Heft Nr. 3, Dezember 1974, hrsg. vom „United Nation Department of Political Affairs".

10 Mill. DM an der Prospektierung der Uranlager beteiligt, wobei die Bundesregierung in Bonn aus ihrem Forschungsetat 75 % der genannten Summe dem Unternehmen zur Verfügung gestellt hatte. Aus ihrer Beteiligung an der Prospektierung sollte der Urangesellschaft dann ein Anrecht auf den Erwerb von 10 % der Besitzanteile an der Rössing-Mine erwachsen. Auf Druck der Bundesregierung soll sich dann aber 1972 die Urangesellschaft überraschender Weise aus dem Rössing-Projekt zurückgezogen haben (vgl. beistehenden Kasten zum wirtschaftlichen Engagement der BRD in Namibia). Über das Ausscheiden der Urangesellschaft aus dem Projekt scheint bislang allerdings noch keine endgültige Klarheit zu existieren.[11]

Die Einrichtung der Rössing-Mine steht mittlerweile kurz vor der Fertigstellung. Im Juli 1976 soll mit einer Tagesleistung von 60 000 t Uranerz die Produktion aufgenommen werden. Bis 1980 ist eine Verdoppelung der Tagesleistung vorgesehen. Als Abnehmer des Urans sind England, Frankreich und Japan unter Vertrag genommen. Nach Fertigstellung der Urananreicherungs-Anlage in Pelindaba (vgl. Chronik der „blätter", Heft 41/42, S. 11 und „Nachrichten und Kurzberichte" in Heft 45 und im vorliegenden Heft) dürfte als Abnehmer dann noch Südafrika hinzukommen und mittelbar möglicherweise auch die BRD, die als Hauptabnehmer des in Pelindaba angereicherten Urans im Gespräch ist.

Letzte Nachricht:

Wie bereits vor Monaten von der südafrikanischen Regierung angekündigt, sind Anfang September in Windhuk Gespräche zwischen den, wie es heißt, verschiedenen ethnischen Gruppen Südwestafrikas über die Ausarbeitung einer „neuen Verfassung" für Namibia aufgenommen worden. Auf afrikanischer Seite verhandeln die von der südafrikanischen Regierung eingesetzten und bezahlten „Führer" der schwarzen „homelands". Die politischen Parteien der Afrikaner, darunter auch die SWAPO sind von den Gesprächen ausgeschlossen bzw. nehmen aus Protest gegen Umstände und Ziele der Gespräche (vgl. voranstehenden Artikel) an ihnen nicht teil. Die Gespräche finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt (SZ vom 9.9. und FR vom 11.9.75).

siba

---

11) Vgl. dazu im Einzelnen: G. Stingel, „Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund", hrsg. von der Aktion Dritte Welt, April 1971 (vergriffen); „Namibia", Dritte Welt Materialien 3/74, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler, Hannover (Archivstr. 3); oder „Namibia – Menschenrechte außer Kraft", Studienheft der Ökomenischen Projektgruppe „Namibia-Woche" (Bestelladresse hinten im vorliegenden Heft.).

Namibia-Woche ist eine Ermutigung für das ganze namibische Volk

Interview mit dem SWAPO-Repräsentanten Ben Amathila

An einer der Arbeitstagungen der Projektgruppe ‚Namibia-Woche' nahm u. a. auch Mr. Ben Amathila teil. Amathila ist der Repräsentant der Namibischen Befreiungsbewegung SWAPO in der Bundesrepublik, Skandinavien und in Österreich und gleichzeitig verantwortlich für das Erziehungs- und Bildungswesen der SWAPO. Bei seinem Aufenthalt in Stuttgart führten die AEJ-Referenten Schmieder und Hermann folgendes Gespräch mit dem afrikanischen Gast:

Frage: Mr. Ben Amathila, Sie sind der offizielle Vertreter der SWAPO für Skandinavien, die Bundesrepublik und Österreich. Können Sie uns sagen, wozu die SWAPO Vertreter in Europa braucht?

Antwort: Es liegt an der Natur unserer Probleme und an den diversen Verbindungen, die in wirtschaftlicher und anderer Hinsicht mit Südafrika bestehen, daß der Kern vieler Probleme hier in Europa liegt, und daß deshalb auch eine Lösung dieser Probleme in Europa versucht werden muß. Das südafrikanische Regime verdankt einen großen Teil seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht seinen Verbindungen zu Europa. Südafrika möchte verhindern, daß sich die Welt mit seiner illegalen Besetzung von Namibia beschäftigt. Ich möchte darauf hinweisen, daß die SWAPO u. a. auch einen offiziell anerkannten Beobachter bei den Vereinten Nationen hat. Kurz: Die SWAPO hat alle diese Vertreter, um der Welt deutlich zu machen, daß die südafrikanische Regierung kein Recht hat, für Namibia zu sprechen.

Frage: Die SWAPO ist eine Befreiungsbewegung. Können Sie uns die Frage beantworten, ob es andere solcher Bewegungen gibt? Und wenn ja: welche Kontakte zu ihnen bestehen? Und können Sie uns etwas genauer über die konkreten Ziele der SWAPO informieren?

Antwort: Sicherlich gibt es eine ganze Reihe verschiedener Gruppen: Es gibt politische und kulturelle Gruppen und solche, die sich nach der Stammeszugehörigkeit unterscheiden. Und wenn sich die Situation für Namibia im positiven Sinne entwickelt, wird man sicher damit rechnen können, daß es auch weiterhin unterschiedliche politische Gruppen geben wird und daß neue politische Gruppen entstehen werden. Im Augenblick wird man allerdings sagen müssen, daß viele Gruppen tatsächlich Marionetten sind, die von der südafrikanischen Regierung aufgezogen wurden. Südafrika versucht damit vor allen Dingen das Bild einer totalen Uneinigkeit unter dem namibischen Volk zu vermitteln, um so seine Besetzung von Namibia zu rechtfertigen.

Ich kann nur sagen, daß die reine Existenz verschiedener Organisationen noch keinerlei Aufschluß gibt über ihre tatsächliche Stärke und ihren Rückhalt in der Bevölkerung. Es sagt auch noch nichts darüber aus, welchen Beitrag diese Gruppen zu dem Kampf des namibischen Volkes um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit leisten können. Es läßt sich beobachten, daß solche Gruppen immer dannn plötzlich gegründet werden, wenn die Vereinten Nationen eine Entscheidung gefällt haben, die einen neuen Hoffnungsschimmer für eine friedliche Lösung der Befreiung Namibias aufkommen lassen. Diese Gruppen vertrauen sehr stark darauf, daß die Vereinten Nationen in der Lage sein werden, eine friedliche Lösung durchzusetzen. Sie beschäftigen sich dann meistens nur noch mit der Frage, welche Rolle sie spielen könnten, wenn Namibia mit Hilfe der Vereinten Nationen unabhängig geworden wäre.

Die SWAPO ist dagegen der Meinung, daß der größte und schwierigste Teil bei der Lösung des Problems von dem namibischen Volk selbst übernommen werden muß. Die Vereinten Nationen können lediglich eine nützliche Hilfestellung dabei leisten und eine Plattform für das namibische Volk auf dem Weg zu seiner Befreiung und Selbstbestimmung sein. Das ist etwas anderes als das passive Vertrauen darauf, daß die Vereinten Nationen selbst eine solche Lösung schaffen könnten.

Die SWAPO ist eine Befreiungsbewegung, die nicht nur von der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), sondern seit 1973 auch von den Vereinten Nationen als authentischer Sprecher des namibischen Volkes offiziell anerkannt worden

ist. Das bedeutet, daß die SWAPO jetzt auch der Repräsentant des namibischen Volkes in verschiedenen Unterorganisationen ist; so etwa in der Weltgesundheitsorganisation, in der UNESCO oder im Wirtschaftsausschuß für Afrika. Es ist also anerkannt worden, daß die SWAPO legitim für das namibische Volk spricht und handelt.

Die SWAPO hat eine offizielle Botschaft bei den UN, entsprechend dem Status der Bundesrepublik vor ihrem formellen Beitritt in die UN. Diese Mission wird von den UN finanziert. Die SWAPO hat ihre Verantwortung anerkannt, für alle Bewohner Namibias zuständig zu sein, ungeachtet ihrer Hautfarbe, ihrer Religion und ihrer politischen und ideologischen Überzeugungen.

Das Ziel der SWAPO ist selbstverständlich die Unabhängigkeit Namibias. Als ein selbständiger Staat, in dem alle Bewohner Namibias die gleichen Rechte haben und die gleichen Sicherheiten genießen – welche Hautfarbe sie auch immer haben, an welche Religion sie glauben und welche politischen Ansichten oder Ideologien sie auch vertreten...

Die SWAPO hat 1960 begonnen als eine Befreiungsbewegung, die allein den gewaltlosen Mitteln vertraute. Wir haben versucht, die südafrikanische Regierung auf friedlichem Weg davon zu überzeugen, daß sie ihre illegale Besetzung und ihre Politik der Unterdrückung in Namibia beenden muß. Aber alle diese friedlichen Mittel, die wir angewandt haben, sind mit noch mehr Brutalität und Unterdrükkung beantwortet worden.

Als 1966 der Internationale Gerichtshof, in den wir einen guten Teil unserer Hoffnung gesetzt hatten, diese Erwartung enttäuschte, und als damit eigentlich den UN das Recht bestritten worden war, die Verantwortung für eine Lösung dieses Problems zu übernehmen, das auf internationaler Ebene in der Zeit der Kolonialisierung geschaffen worden war, als der Internationale Gerichtshof sich also weigerte, die illegale Besetzung von Namibia zu verurteilen und sich für nicht zuständig erklärte, – da hat die SWAPO erklärt, jetzt sei es tatsächlich die Aufgabe des namibischen Volkes, seine eigene Unabhängigkeit zu erkämpfen. Dies geschah erst, nachdem die Völkergemeinschaft durch diesen Spruch des Internationalen Gerichtshofes offensichtlich ihre Verantwortung für unser Problem nicht wahrgenommen hat.

Frage: In geschichtlicher Hinsicht hat die Bundesrepublik ja eine besondere Verantwortung für Namibia, das ja ehemals die Kolonie des Deutschen Reiches war, das sogenannte „Deutsch-Südwest". Glauben Sie, daß die Regierung der Bundesrepublik im Augenblick irgendwelche Chancen hat, die Situation in Namibia – wie überhaupt in Südafrika – zu beeinflussen?

Antwort: Ich bin der festen Überzeugung, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu den meisten anderen Staaten, die ich kenne, bei weitem die günstigste Ausgangsposition hat, um den Prozeß der Dekolonialisierung von Namibia im positiven Sinn zu beeinflussen und zu beschleunigen. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik könnten meiner Meinung nach sehr wohl dazu dienen, die Besorgnis über die Situation in Namibia zum Ausdruck zu bringen und den Druck der Besetzung von dem namibischen Volk zu nehmen.

Die Bundesrepublik hat sicherlich auch eine besondere moralische Verpflichtung im Hinblick darauf, daß ja, wie Sie erwähnt haben, Namibia zwischen 1884 und dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Kolonie des Deutschen Reiches war. Ich glaube, daß dies die Deutschen verpflichten müßte, sich um ein besseres Verständnis der Situation des namibischen Volkes zu bemühen, besser als es vielleicht in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Die Verantwortung gilt auch im Hinblick darauf, daß es in Namibia im Augenblick etwa 40 000 deutschsprechende Bewohner gibt. Wenn ein unabhängiges Namibia bestehen wird, und die SWAPO die Verantwortung übernimmt, werden wir dafür verantwortlich sein müssen, diese Leute zu schützen.

Die Bundesrepublik wird sich darum bemühen müssen, daß jetzt der Grundstein gelegt wird für ein gutes Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und einem unabhängigen Namibia. Im Augenblick allerdings besteht die Gefahr, daß die Politik der Bundesregierung Frustration und Verbitterung und vielleicht auch eine gewisse Feindseligkeit hervorruft, und es besteht die Gefahr, daß sich dies in der Zukunft sehr nachteilig auf unsere Beziehungen auswirken könnte.

Frage: Die protestantischen Kirchen in der Bundesrepublik haben bis heute sehr enge Beziehungen und Verbindungen zu den protestantischen Kirchen in Namibia, besonders auch zu der Deutschen Evangelischen Lutherischen Kirche in Namibia. Es ist Ihnen bekannt, daß die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend gemeinsam für den Herbst dieses Jahres eine bundesweite Aktion „Namibia-Woche" vorbereiten. Halten Sie dies für eine sinnvolle Aktion, die einen Einfluß auf eine positive Entwicklung für das namibische Volk haben könnte in dem Sinne, daß sie zu dem Versuch beiträgt, doch noch eine friedliche Lösung zu erreichen?

Antwort: Ich bin der festen Überzeugung, daß die Verbindungen, die zwischen den Kirchen in der Vergangenheit bestanden haben und auch noch heute bestehen, einen solchen Einfluß ausüben könnten. Was mich etwas frustriert – aber vielleicht liegt das daran, daß ich zuviel erwartet habe von den deutschen Kirchen – ich bin jedenfalls ziemlich enttäuscht darüber, daß weder der Staat noch die Kirchen bisher den Versuch gemacht haben, unsere Haltung wirklich zu verstehen. Zumindest erscheint mir dies so angesichts der Erfahrung von verschiedenen Pfarrern, die über die Vereinigte Evangelische Mission in Namibia gearbeitet haben und Brücken schlagen wollten zwischen den weißen und den schwarzen Bewohnern von Namibia, der Versuch, ein besseres gegenseitiges Verstehen zwischen den Rassen zu fördern – aber wie Sie ja wissen, sind diese Pfarrer aus Namibia hinausgeworfen worden.

Diese Reaktion der südafrikanischen Administration ist weder von dem Staat noch von der Kirche in der Bundesrepublik öffentlich angeprangert worden. Dies ist natürlich keine Ermutigung für Pfarrer, die eventuell bereit wären, nach Namibia zu kommen, um diesen Versuch des Brückenschlags fortzusetzen. Es scheint mir, daß die Kirchen in der Bundesrepublik unter einem gewissen Druck stehen, der verhindert, daß sie die Rolle spielen, die ihnen eigentlich in dieser Auseinandersetzung zukommt. Ich meine, die Rolle wäre eine moralische Führungsposition bei der Anklage von menschlicher Unterdrückung, menschlichem Leiden und illegaler Besetzung.

Für mich ist es eine wirklich sehr große Ermutigung und es gibt mir einige Hoffnung, daß die evangelische und katholische Jugend in der Bundesrepublik bereit sind, diese besondere Verantwortung aufzugreifen. So verstehe ich die vorbereitete „Namibia-Woche". Ich glaube, daß dies ein ganz wichtiges Zeichen und eine ganz wichtige Ermutigung für das ganze namibische Volk ist, wenn unsere Probleme und die damit zusammenhängende Verantwortung auf diese Weise in der Bundesrepublik aufgegriffen werden. Ich glaube, daß dies auch dazu beitragen kann, Brücken zwischen dem namibischen Volk zu schlagen.

Wir sind außerordentlich dankbar für alle diese Bemühungen, die bisher in die Vorbereitung dieser Aktion investiert worden sind. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese verschiedenen Versuche – und ganz besonders meine ich diese detailliert vorbereitete Namibia-Woche – einen wichtigen Beitrag darstellen, um die Entwicklung in Namibia zu beschleunigen. Dies bedeutet, daß dadurch auch ganz sicher das Leiden des namibischen Volkes verkürzt werden kann. Es ist ein Beitrag dazu, unnötige Menschenopfer, unnötiges Leiden, unnötigen Hunger, unnötige menschliche Unterdrückung für das namibische Volk abzukürzen.

Wir sind daran interessiert, den Prozeß der Dekolonialisierung Namibias und der Entwicklung zu einem freien und unabhängigen Staat so schnell wie irgend möglich hinter uns zu bringen, um diese unnötigen Leiden, von denen ich gesprochen habe, abzukürzen. Ein freies und unabhängiges Namibia wird die Sicherheit und das Leben aller Bewohner Namibias garantieren – völlig unabhängig von ihrer Hautfarbe und ihren religiösen oder politischen Überzeugungen. – eji –

entnommen aus: Informationsdienst, BDKJ, Nr.17 1975

KOREA

Droht ein neuer Konflikt in Korea?

– Zur aktuellen Lage und zum historischen Hintergrund der Teilung in Korea –

Ende April dieses Jahres, als die Brückenkopf-Regime dei US-Macht in Indochina zusammenbrachen und ein jahrzehntelanges Ringen mit dem Sieg der Völker Kambodschas, Vietnams und Laos endete, da geisterten wilde Spekulationen durch die verunsicherte bürgerliche Presse: dorht als nächstes ein neuer kriegerischer Konflikt in Korea? Seit Jahren hatten selbst liberale Zeitungen bei uns die ständig wiederholten Meldungen des südkoreanischen Regimes von einer angeblich hoch aktuellen Bedrohung aus dem Norden kritiklos nachgedruckt, obwohl sie wissen müßten, daß diese Nachrichten ebenso verläßlich sind, wie es einst die Verlautbarungen der NS-Propaganda waren. Nun gab es wieder Alarm-Meldungen aus Süd-Korea und einen zusätzlichen Anlaß zum Unken: Präsident Kim Il-Sung und eine große Delegation aus Nord-Korea machten Besuch in China. Kim Il-Sung habe kriegerische Reden in Peking gehalten, hieß es. Holten sich die Nordkoreaner den „Segen" der Chinesen zu einem neuen Krieg, weil sie die Gunst der Situation in Indochina nützen wollten? Man ‚übersah', daß es sich weder um einen Blitz- noch um einen Geheimbesuch, vielmehr um einen mehrtägigen, großangelegten Staatsbesuch handelte. In den folgenden Wochen absolvierten Präsident Kim Il-Sung und die gesamte Führungsspitze der Volksdemokratischen Republik Korea eine Reihe weiterer Staatsbesuche in Rumänien, Bulgarien, Algerien, Mauretanien und Jugoslawien. Dies war nach jahrelanger Enthaltsamkeit eine zwar ungewöhnliche, aber natürlich langfristig vorbereitete außenpolitische Aktivität und auf jeden Fall nicht die übliche Beschäftigung von Leuten, die einen Krieg vorbereiten. Dennoch nahm US-Präsident Ford bei einer Pressekonferenz am 25. Juni, dem 25. Jahrestag des Ausbruchs des Korea-Krieges, die angeblich immer noch aktuelle nordkoreanische Bedrohung zum Vorwand, um den möglichen Einsatz atomarer Waffen in Korea zu erwägen.

Da immer wieder mit solchem Krisengerede um das geteilte Land Korea gerechnet werden muß, erscheint es notwendig, den dortigen Konflikt näher zu analysieren. Dazu ist es unerläßlich, den historischen Hintergrund der Teilung, des Krieges und der späteren Entwicklung zu skizzieren. Denn nur so kann man die heutige und zukünftige Situation richtig einschätzen.

Die Teilung des Landes

Am 15. August 1945 wurde Korea von 40-jähriger japanischer Kolonialherrschaft befreit – und gleichzeitig geteilt. Die Sowjetunion und die USA hatten noch während des II. Weltkrieges verabredet, die japanische Armee in Korea gemeinsam zu entwaffnen: und zwar die Sowjets nördlich des 38. Breitengrades, einer willkürlichen, imaginären Linie etwa in der Mitte der koreanischen Halbinsel, und die Amerikaner südlich davon. Außerdem hatte man sich ohne Anhören der Koreaner darauf geeinigt, daß dieses Land, das eine über tausendjährige Geschichte als einheitliche selbständige Nation hatte, zur Unabhängigkeit noch nicht reif sei und für einige Jahre noch treuhänderisch verwaltet werden müßte. So entstanden in den beiden neu geschaffenen Landesteilen zwei Militärregierungen, deren geplante Zusammenarbeit schnell zerbrach. Für die koreanischen Patrioten, die im Exil, im Untergrund und im bewaffneten Partisanenkampf in der Mandschurei gegen die japanischen Kolonialherren und für die Unabhängigkeit ihres Landes gekämpft hatten, war dieser Zustand unfaßlich und absurd.

Die Amerikaner, die erst Wochen nach der japanischen Kapitulation ins südliche Korea kamen, verboten sofort alle politischen Organisationen, die sie für „links" hielten, sowie die bereits arbeitende provisorische Regierung der Koreaner. Stattdessen holten sie Syngman Rhee, einen reaktionären Exilpolitiker, aus den USA und setzten ihn als ihren Sachverwalter ein. Nicht einmal bei den konservativen Koreanern hatte dieser damals Unterstützung. Allerdings war er als militanter Anti-Kommunist „qualifiziert". Und genau diese Rolle spielte er konsequent von Anfang bis zu seinem Sturz im Jahre 1960.

Gleichzeitig unterstützten die Sowjets die Bildung einer sozialistisch-kommunistisch orientierten Regierung im Norden des Landes, wobei der erst dreiunddreißigjährige Partisanenführer Kim Il-Sung bald schon die dominierende Führungsrolle in Regierung und Partei übernahm. Bereits 1948 zogen die Sowjets ihre Truppen aus Korea zurück und ließen die koreanischen Genossen eine selbständige, freilich als provisorisch gedachte Regierung ausrufen. Dise führte sofort eine Landreform sowie andere soziale Reformen durch. Die durch diese Politik entmachtete ländliche und städtische Oberschicht sowie viele Christen, die durch amerikanische Missionare auf Kollision mit den Kommunisten gesteuert wurden, setzten sich nach dem Süden ab. Umgekehrt flohen viele Sozialisten und Kommunisten nach dem Norden, zumal Syngman Rhees Söldner, von den Amerikanern ausgebildet und bewaffnet, eine Reihe von Bauernaufständen und sozialen Bewegungen in Südkorea brutal unterdrückten. So wurde die geographische Teilung zur sozialen und politischen. Keine der beiden provisorischen Regierungen anerkannte diese Teilung oder war bereit, sie hinzunehmen. Und beide sprachen von einer baldigen Befreiung des anderen Landesteiles.

Der Korea-Krieg

So bedurfte es nur eines Funkens, um den koreanischen Bürgerkrieg auszulösen. Eine Reihe schwerer Zwischenfälle hatte es an der Demarkationslinie bereits gegeben. Welche Seite dann am *25. Juni 1950* einen massiven Angriff star-

tete, läßt sich historisch eindeutig nicht mehr feststellen. Diese Frage ist auch ziemlich unwichtig, da es sich so oder so nicht um den Angriff auf ein fremdes Territorium handelte, sondern um den Ausbruch eines bereits schwelenden Bürgerkrieges. Es gibt eine Reihe von Hinweisen, daß beide Seiten samt ihren Verbündeten sich zwar generell auf einen Krieg als etwas Unvermeidliches oder gar etwas Erstrebenswertes vorbereiteten, daß aber alle Beteiligten von dem plötzlichen Ausbruch überrascht wurden.
Die Tatsache, daß die nordkoreanischen Truppen binnen drei Tagen Seoul und in wenigen Wochen ganz Süd-Korea überrannt hatten, wird von der südkoreanischen Propaganda als Beweis der Aggression aus dem Norden dargestellt. Sie ist aber auch ganz einfach damit zu erklären, daß die nordkoreanischen Truppen die entstandene Situation schneller und besser nutzten, daß sie die bessere Ausbildung und Kampfmoral hatten und die einmal ins „Rutschen" geratenen südkoreanischen Truppen nur noch auf der Flucht zu verfolgen brauchten, übrigens unterstützt von einem Teil der südkoreanischen Bevölkerung.

Schon in den ersten Wochen waren die Amerikaner mit ihren in Korea stationierten Truppen und vor allem mit ihrer Luftwaffe an den Kriegshandlungen beteiligt. Die Behauptung, daß die US-Imperialisten selbst den Krieg begonnen hätten, ist jedoch nicht haltbar. Zu einem massiven Eingreifen der US-Truppen kam es erst am 15. September, zu einem Zeitpunkt, als für die Nordkoreaner der Sieg im „Vaterland-Befreiungskrieg" schon zum Greifen nahe war. Der US-Imperialismus wurde zur direkt kriegsführenden Partei, der fast schon beendete Bürgerkrieg zum drei Jahre hingezogenen höchst zerstörerischen internationalen Krieg.

Durch eine Landung der US-Truppen in der Mitte der Halbinsel wurden die nordkoreanischen Truppen zum überstürzten Rückzug gezwungen. Südkoreaner und Amerikaner überschritten den 38. Breitengrad und verfolgten die Nordkoreaner bis an die nördliche Grenze zu China. Da der amerikanische Oberkommandierende, General McArthur, mehrfach öffentlich mit einem Angriff auf China gedroht hatte, sahen sich die Chinesen nun, Ende Oktober 1950, zum Eingreifen gezwungen. Mit Hilfe großer chinesischer Freiwilligenheere wurden die Amerikaner und Südkoreaner bis über den 38. Breitengrad zurückgetrieben. Dann rannte sich der Krieg an dieser mittleren Front fest, wo er noch zweieinhalb Jahre, auch während der von Juli 1951 bis Juli 1953 sich hinziehenden Waffenstillstandsverhandlungen, in schweren Kämpfen hin- und herwogte.
Im Waffenstillstandsabkommen, das die südkoreanische Regierung zu sabotieren versuchte und nicht unterzeichnete, wurde die damalige Front, die etwa am 38. Breitengrad verlief, zur neuen Demarkationslinie und zur entmilitarisierten Zone.

Der Konflikt seit 1953

Damit war die einstmals theoretische Teilung des Landes zur absoluten Trennung der Nation in zwei verfeindete Teilstaaten geworden. Es gab von nun an keinerlei Verbindung mehr, keine Post, keine Besuche, keine Verhandlungen.
Der Konflikt setzte sich als erbitterter kalter Krieg und in gelegentlichen militärischen Zwischenfällen fort. Nach einer Zuspietzung der Situation 1968/69 begann 1972 überraschend eine von beiden Seiten getragene Dialogpolitik. Sie scheiterte jedoch an der mangelnden Verhandlungsbereitschaft des Südens, dessen Regierung die Fortführung des Konfliktes zu ihrer innenpolitischen Stabilisierung braucht. Für die Regierung der VDR Korea dagegen spielt das Ziel der Wiedervereinigung der Nation eine derart zentrale Rolle, daß ihre jahrelangen, zahlreichen Vorschläge und Angebote für eine Wiedervereinigungspolitik durchaus glaubhaft sind.

1958 hatten die chinesischen Truppen Nordkorea verlassen; die Amerikaner jedoch blieben mit drei, heute noch zwei Divisionen, mit Luftwaffen- und Raketeneinheiten in Süd-Korea und lagerten dort sogar Atomwaffen. Deshalb richtet sich seit vielen Jahren die Hauptforderung der Nordkoreaner auf den Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea. In deren Gegenwart sehen sie das entscheidende, wenn nicht einzige Hindernis für eine Wiedervereinigung. Diese Einschätzung verkennt jedoch die tiefgreifenden Auswirkungen der völlig entgegengesetzten Entwicklung der beiden Länderteile seit 1953 und den Grad der vor allem ökonomischen Verflechtung Südkoreas mit den USA und Japan.



Die beiden Gesellschaften heute

Der Norden der koreanischen Halbinsel, die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR), wurde unter der Führung der kommunistischen Partei der Arbeit zu einer konsequent sozialistischen Gesellschaft. Der Aufbau einer vielseitigen, leistungsfähigen Industrie einschließlich einer imponierenden Maschinenbauindustrie und die fast gleichzeitige umfassende Modernisierung der Landwirtschaft haben der gesamten Bevölkerung die Befriedigung aller Grundbedürfnisse gesichert und dem Land das zweithöchste Wirtschaftsniveau in Asien gebracht. Eine betont koreanische Form des Marxismus-Leninismus hat alle Bereiche der Ge-

sellschaft durchdrungen, wobei eine stark formalisierte Verehrung des Partei- und Staatsführers Kim Il-Sung eine zentrale Rolle spielt. Selbst Überläufer berichten von einer geschlossenen Loyalität der Bevölkerung zu Partei und Staat. Der Wunsch nach Wiedervereinigung mit dem Süden ist leidenschaftlich und allgegenwärtig. Gemäß dem Prinzip der Selbständigkeit, das im Mittelpunkt von Ideologie und Politik steht, sind die Beziehungen sowohl zur Sowjetunion wie zur Volksrepublik China freundschaftlich aber keineswegs abhängig. Die KVDR sieht sich ausdrücklich als militanten Teil der weltweiten Front gegen den (US-)Imperialismus.

Dagegen wurde die Republik Korea im Süden ein fest integrierter Bestandteil des amerikanischen Weltsystems. Zwar hat Japan die USA hinsichtlich des wirtschaftlichen Engagements in Südkorea in den letzten Jahren überflügelt. Aber das bindet die südkoreanische Wirtschaft nur umso stärker an internationale Kapitalinteressen. Diese suchen in Süd-Korea äußerst billige, jedoch hochqualifizierte und polizeistaatliche disziplinierte Arbeitskräfte sowie Absatzmärkte für Konsumgüter. Wichtige Bodenschätze gibt es in Süd-Korea nicht. Die Entwicklung der Wirtschaft ist von einem relativ hohen Wachstum des Bruttosozialproduktes seit 1965 bei extrem ungleicher Verteilung des Volkseinkommens gekennzeichnet. Während eine dünne Oberschicht von Unternehmern und hohen Beamten ein Luxusleben führt und eine städtische Mittelschicht einen ständig inflationsbedrohten Konsum betreibt, lebt die Masse der städtischen und ländlichen Bevölkerung in existenzbedrohender Armut. Die latenten sozialen Spannungen haben das seit langem autoritäre Regime Park Chung Hies in den letzten Jahren zu offen faschistischen Herrschaftsmethoden greifen lassen. Da das Volk vom „Wirtschaftswunder" nichts mehr spürt und Studenten, Journalisten und selbst Kirchenführer sich immer wieder gegen die korrupte Diktatur Parks auflehnen, bleibt der Regierung nur die immer wieder erneute Beschwörung einer „Bedrohung aus dem Norden", um einen Massenprotest und damit ihren Sturz zu verhindern. Für sie ist der Konflikt mit dem Norden lebensnotwendig. Wir kommen damit zur Ausgangsfrage zurück:

Ist ein neuer Krieg möglich?

Abgesehen von einer ungewollten militärischen Konfrontation, die heutzutage relativ leicht durch Eskalation aus einem begrenzten Zwischenfall entstehen kann und deshalb nicht auszuschließen ist, wäre ein erneuter Korea-Krieg nur denkbar, wenn zumindest eine der am Konflikt beteiligten Parteien von einem solchen Krieg entscheidende Vorteile erhoffen kann. Deshalb müssen die möglichen Interessen analysiert werden.

Die VDR Korea hat ein ökonomisches Interesse an einer Wiedervereinigung mit dem Süden des Landes, dessen Wirtschaftspotential das nördliche ergänzen und vor allem zu größerer Selbständigkeit gegenüber den Großmächten führen würde. Darüber hinaus besteht ein lebhaftes ideologisches Interesse, da die herrschende Ideologie ein starkes nationales Element sowie ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein enthält. Die richtige Analyse, daß das Volk in Süd-Korea von einem faschistischen Regime unterdrückt und von in- und ausländischem Kapital ausgebeutet wird, könnte zu einem Befreiungskrieg motivieren. Aber die nordkoreanischen Führungskräfte haben eine Lektion aus dem Koreakrieg wohl gelernt. Damals hatten die nach dem Norden geflohenen südkoreanischen Kommunisten behauptet, bei einer Invasion in den Süden würde die Bevölkerung sich spontan gegen das Rhee-Regime erheben und die Nordkoreaner als Befreier begrüßen. Dies geschah nicht im erhofften Ausmaß. Und wenn Kim Il-Sung der realitätsnahe Politiker ist, als der er sich bisher erwies, dann muß er wissen, daß *nach* dem schrecklichen Bürgerkrieg und der folgenden jahrzehntelangen anti-kommunistische Indoktrination heute noch weniger als damals eine prokommunistische Stimmung im Süden erwartet werden kann. Als konsequenter Marxist-Leninist betont Kim in vielen Äußerungen, daß der Süden nur durch eine Revolution zum Sozialismus kommen kann und daß eine solche Revolution nicht exportiert, nicht vom Norden für den Süden gemacht werden kann. Sie müßte von der südkoreanischen Bevölkerung getragen werden. Um dazu die Voraussetzungen schaffen zu können, müßten der Sturz der Park-Diktatur und eine demokratische Revolution vorausgehen. Daß die Nordkoreaner eine solche Entwicklung nicht nur unbeteiligt beobachten würden, geht aus folgendem Satz Kim Il-Sungs in seiner Ansprache beim Festbanquett in Peking hervor: „Bricht in Süd-Korea die Revolution aus, werden wir als Angehörige derselben Nation nicht mit verschränkten Armen zusehen, sondern die südkoreanische Bevölkerung tatkräftig unterstützen." Das erinnert an die Rolle Nordvietnams im Vietnamkrieg. Aber die koreanische Situation ist anders. Die beiden Teile der Bevölkerung kämpften in einem unvergessenen Bürgerkrieg gegeneinander, und in Südkorea gibt es weder relevante Ansätze zu sozialistischen Widerstandsorganisationen noch die äußeren Voraussetzungen zum Guerillakampf.
Viel wahrscheinlicher ist eine Entwicklung, die in einer anderen Passage derselben Rede angedeutet wird: „Wenn die US-Truppen aus Südkorea abziehen und eine demokratische Person mit nationalem Bewußtsein dort die Macht ausübt, so wie es die südkoreanische Bevölkerung wünscht, werden wir einen dauerhaften Frieden in Korea fest garantieren und die Frage der Wiedervereinigung Koreas auf friedlichem Wege und unter uns Koreanern erfolgreich regeln." Eine solche Lösung entspräche viel eher der gewandelten Situation. Während 1950 durch einen Krieg nicht viel zu verlieren war, stünden für die VDR Korea heute die mühsam errungenen, bedeutsamen Erfolge des sozialistischen Aufbaus „auf dem Spiel", d.h. sie würden mit Sicherheit zerstört, und das Volk müßte noch einmal bei Null beginnen. Der Stolz auf das Erreichte führt jedoch nicht zur Wohlstandsträgheit. Die Bevölkerung wird immer wieder auch auf eine dritte Möglichkeit vorbereitet: „Wenn der Feind rücksichtslos einen Krieg entfesselt, werden wir entschieden mit Krieg antworten und die Aggressoren restlos vernichten. In diesem Krieg werden wir lediglich die militärische Demarkationslinie verlieren, aber die Wiedervereinigung des Vaterlandes erringen".
„Frieden oder Krieg im heutigen Korea hängen letzten Endes von der Haltung der Vereinigten Staaten ab, denn sie sind es, die die Macht in Süd-Korea in der Hand haben ..." (Alle Zitate aus Kim Il-Sungs Rede am 18.4.75 in Peking, laut Peking Rundschau Nr. 17/1975, S. 17).

Ein offener Angriff Nordkoreas auf den Süden ist nicht nur nach diesen Worten, sondern vor allem nach der Interessen-

lage der VDRK nicht zu erwarten. Könnte aber ein militärischer Konflikt vom Süden ausgehen?
Solange das faschistische Regime Park Chung Hies im Süden an der Macht ist, wird es immer wieder den Konflikt schüren und militärische Zwischenfälle konstruieren oder provozieren, um von den eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Insbesondere zur Unterdrückung von Massenprotesten der Bevölkerung, die bisher allerdings fast nur von Studenten und Intellektuellen ausgingen, wird das Regime immer wieder „Agentenringe", die „drohende Kriegsgefahr", den Alarmzustand brauchen. Gegen die Ausführung direkter Angriffspläne gegen den Norden spricht die Vermutung, daß das in- und ausländische Kapital in Süd-Korea kein Interesse an der sicheren Zerstörung von Produktionsanlagen und Konsummärkten haben kann. Man braucht die Krise und die ständige Hochrüstung, nicht den Krieg. (Dabei ist freilich nicht auszuschließen, daß das „Spiel" überreizt wird.)
Ferner wissen Park Geheimdienste wie auch die Amerikaner, daß Nord-Koreas Verteidigunsfähigkeit seit Ende der 60er Jahre außerordentlich hoch und von anderer Mächte Unterstützung unabhängig ist. Schließlich haben die Amerikaner gegen ein eigenmächtiges Losschlagen der südkoreanischen Militärs offenbar Vorsorge getroffen: sie haben das Oberkommando auch über die südkoreanischen Truppen und kontrollieren vor allem deren Nachschub, der vom Treibstoff bis zu Munition und Waffen total von amerikanischen Lieferungen abhängt.



Besuch Fords in Seoul

Was aber sind die vermutlichen Ziele der US-Regierung selbst in Korea? Süd-Korea ist für die USA ein wichtiger Militärstützpunkt, das Regime dort ein ökonomisch und militärisch wichtiger Verbündeter. Deshalb wird jede US-Regierung ein großes Interesse an der Erhaltung des Status quo in Korea haben. Es ist allerdings kein Interesse erkennbar an einer verlustreichen Eroberung Nord-Koreas. Belegt nicht auch bisherige Erfahrung, daß der US-Imperialismus nicht von sich aus militärisch-aggressiv in neues Territorium vorstößt, sondern „nur" dort – allerdings skrupellos und in jeder militärischen Form – aktiv wird, wo durch politische Veränderungen, insbesondere Volksbewegungen, Teile seines Imperiums verloren gehen könnten (Korea 1950, Indochina) oder gerade abgefallen sind (Kuba, Dominikanische Republik, Chile)?
Auch scheint der US-Imperialismus so sehr mit der bloßen Erhaltung seines Weltreiches beschäftigt, daß an eine Ausweitung gar nicht zu denken ist. Wie sehr der US-Imperialismus „an der Wand steht", zeigt sich m.E. auch in der neuen (?) Strategie, derzufolge die USA Atomwaffen als erste einzusetzen bereit sind. In Indochina wie auch in Afrika mußten die Imperialisten lernen, daß Volksbefreiungskriege auch mit modernsten „konventionellen" Kriegspotential nicht zu unterdrücken sind. Nach den für sie demütigenden, für andere freilich ermutigenden Niederlagen in Indochina bleibt den US-Imperialisten nur die Drohung mit der Atomwaffe. Für deren Anwendung allerdings brauchte es eine massive „Legitimation", – solange die USA noch nicht selbst offen faschistisch geworden sind.

Bleibt noch die Frage nach der Rolle des japanischen Imperialismus im Korea-Konflikt. Nach meiner Einschätzung ist auch der japanische Imperialismus seit dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie ein ökonomischer Imperialismus. Zwar ist der Wideraufbau des japanischen Militärs unübersehbar. Aber es hat – gemessen an den sehr erfolgreichen ökonomischen Aggressionsmethoden Japans – z.Zt. nur Hintergrundfunktion. Der Handel mit dem weitgehend industrialisierten Nordkorea ist für das gegenwärtige Japan interessanter (u.a. hinsichtlich Rohstoffe) als ein Krieg mit ihm. Auch Südkorea ist als Markt für billige Arbeitskräfte, als monopolitischer Absatzmarkt und als Investitionsgelände ohne Umweltschutz-Auflagen lohnender denn als Kriegsschauplatz. Als ökonomische Kolonie ist Südkorea für Japan allerdings so wichtig, daß die japanische Regierung wiederholt den Status quo in Korea als entscheidend für seine „nationale Sicherheit" bezeichnet hat. Für den Fall einer sozialistischen Revolution in Südkorea müßte demnach mit einem militärischen Eingreifen Japans und der USA gerechnet werden.

Aber eine anti-kapitalistische und damit anti-imperialistische Revolution ist in Südkorea in absehbarer Zeit sehr unwahrscheinlich. Eine zunächst zu erwartende Auflehnung der Bevölkerung gegen das jetzige faschistische Regime Parks und eine nachfolgende evtl. liberal-bürgerliche Regierung könnten zwar ein Wiederaufleben der starken anti-japanischen Gefühle bringen, jedoch kaum eine Loslösung von den Bindungen an die USA. Erst ein längerfristiger Dialog-Prozeß mit dem Norden könnte in Südkorea innen- wie außenpolitisch größere Veränderungen bewirken.

Gerhard Breidenstein

Nachbemerkungen der Redaktion:
Umfassendes Material zum Korea-Krieg findet sich in der Zeitschrift „Vereinte Nationen", Heft 2/1972. Hier wird anhand ausschließlich westlicher Quellen belegt, daß die USA durch einen Angriff auf Nordkorea den Krieg ausgelöst haben.
Zu Nordkorea vergl. ebenso: „Blätter des iz3w", Nr. 25, Juni 1973.

Chile-Solidaritätsplakat
Beschreibung des Plakats:

– Allende-Zitat: „Sie haben die Gewalt. Sie können uns unterjochen. Aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten: Die Geschichte ist unser, sie wird von den Völkern gemacht." S. Allende, 11.9.1973
– Pinochet-Foto reißt in der Mitte auseinander
– chilenische Volksmenge drängt nach vorne
– auf der Ordensspange von Pinochet die ca. 50 in Chile interessierten Banken und Großkonzerne.

Chile-Initiative, G. Heil/ R.-M. Lüdtke, 35 Kassel, Humboldtstr. 21, zugunsten der Chilenischen Zentralgewerkschaft CUT/org. exterior über Chile-Solidaritätskonto der DGB-Jugend; Chile-Plakat DIN A 1 (Fotomontage: K.F. Günther), Offset, schwarz-weiß, Preis DM 5,–; Mindestabnahme 5 Exemplare per Nachnahme und Versandkosten, zu bestellen bei o.g. Adresse.

Das Chile-Komitee Freiburg hat eine ausführliche Dokumentation über die „Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen BRD – Chile seit dem Putsch" erstellt. Eine beschränkte Anzahl hiervon kann an die Komitees und interessierte Personen abgegeben werden. Preis: etwa 4,– DM.
Das Komitee hat weiterhin die „Dokumente Nr. 2 der Koordination der Regionalkomitees der Sozialistischen Partei" übersetzt. In diesen Dokumenten werden die Erfahrungen der Unidad Popular und Strategie und Taktik des Widerstands abgehandelt.
Preis: etwa 2,– DM

Chile-Solidarität

ZEITUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DES CHILENISCHEN WIDERSTANDS

NR. 3
SEPTEMBER 1975

–,50 DM

Bestellungen an:

Koordination der Chile-Komitees
c/o R. Schlegel
D-78 Freiburg
Lehener Str. 99 b

Oft genug ist in linken Zeitungen von der Herrschaft des Imperialismus, den faschistischen Machthabern, der Reaktion etc. die Rede. Was sich aber genau dahinter verbirgt, welche Organisationsformen diese Kräfte entwickelt haben, um sich der Volksbewegung während der Regierung Allende zu erwehren, was sie dabei empfunden haben, welchen Einschätzungen sie gefolgt sind, bleibt in den Diskussionen meistens unbeachtet.
In einem in diesen Tagen erscheinenden Buch von Wolfgang Meyer-Franck sind Erfahrungen und Diskussionsprotokolle verarbeitet, die einen ausgezeichneten Eindruck vom Denken und Handeln der rechten Sektoren in Chile vermitteln. Sie machen deren Interessen in der konkreten geschichtlichen Situation deutlich und zeigen, mit welchen Mitteln die Rechten gegen die Volksbewegung auf die Barrikaden gingen.

»Die Gorillas werden nicht ruhig in ihren Betten sterben«

Reportagen aus Chile von Wolfgang Meyer-Franck



MAPU: Venceremos

Die Zeitung „Venceremos" ist das Zentralorgan der MAPU und wird in Chile in der Illegalität verteilt. Sie legt die Auffassungen des MAPU dar und gibt ein Bild von seiner Arbeit. In dem Buch sind die Ausgaben von Oktober 1974 bis Januar 1975 enthalten. Außerdem sind einige wichtige Dokumente und Artikel des MAPU, der das Buch übersetzt hat und herausgibt, enthalten.
Preis: 6,50 DM
136 Seiten, davon 10 Seiten Bilder.

Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH
6800 Mannheim
Sandhofer Str. 29

Unterrichtseinheit Chile

Beim Pressedienst Demokratische Initiative (PDI) erscheint im Oktober als PID-Extra Nr. 2 eine Unterrichtseinheit über Chile. Diese ist sprachlich und didaktisch auf die Verwendung im Bereich Hauptschule/Gesamtschule und im Bereich der außerschulischen Jugendbildung zugeschnitten.
Umfang: ca. 80 Seiten Preis: 4,50

Bezugsquelle: PDI-NRW-Büro, 46 Dortmund 12, Postfach 1201 43, Telefon: (0231) 25 73 59

Rotbücher

Rotbuch 135:
Steve Weissman (Hg.)
Das Trojanische Pferd

Die »Auslandshilfe« der USA. Die vorliegende Studie ist eine wichtige und lehrreiche Lektüre für alle, die wissen wollen, wie der US-Imperialismus konkret funktioniert. Sie enthält u. a. Aufsätze über die Weltbank, den Internationalen Währungsfond, die Militärhilfe der USA, den CIA.
192 Seiten. DM 9.– (Abonnement: 8.–)



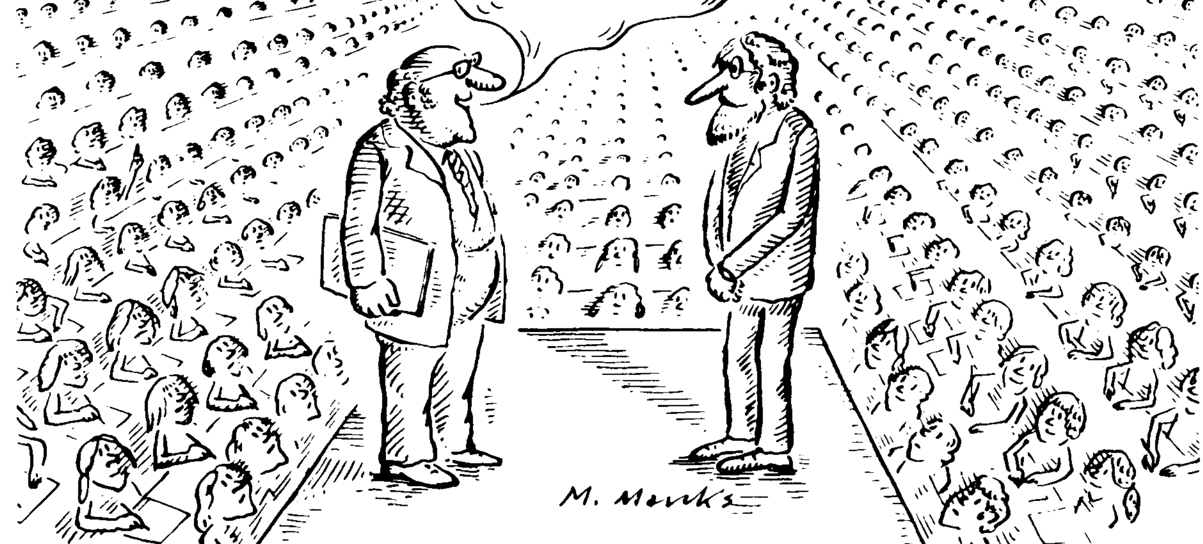
Rotbuch 137:
Ulf Wolter
Grundlagen des Stalinismus

Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie. Auf welcher sozialen Grundlage konnte der Stalinismus entstehen? Warum enthält er Elemente der Sozialdemokratie und beruft sich gleichzeitig auf Lenin? Wolter erklärt, welche materiellen Ursachen die Verflachung des Marxismus hatte, welche soziale Funktion Ideologien erfüllen und warum Elitetheorien in der revolutionären Bewegung ihren Platz finden können.
144 Seiten. DM 8.– (Abonnement: 7.–)

Rotbuch 139:
Arno Münster
Portugal

Jahr 1 der Revolution. Eine analytische Reportage. Münster versucht einen umfassenden Überblick zu geben. Er beschreibt die Etappen des portugiesischen Emanzipationsprozesses und gibt Antwort auf unsere Fragen: Wer ist der Motor der wachsenden Mobilisierung des Volkes? Ist die Armee der Garant der Revolution? Wie sind die Kommunisten und Sozialisten einzuschätzen, wie die Rolle der Radikalen Linken. Mit Interviews und Dokumenten.
144 Seiten. DM 8.– (Abonnement: 7.–)

Umdenken



Die Studentenbewegung ist tot, der Bildungsboom längst passé. Aber Erziehung und Bildung sind dadurch nicht weniger wichtig geworden. Lehrer, Schüler und Eltern wissen das. Es ist noch viel zu tun, bis Lernen einmal weniger ‚Gewalt', sondern eher ‚Vergnügen' bedeutet. Deshalb wird jeden Monat das aktuelle pädagogische Magazin b:e gemacht. b:e bringt Themen aus Schule, Hochschule, Kindergarten, aus Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft: Interviews, Kommentare, Reportagen, Dokumentationen, Glossen, Meldungen, Rezensionen...



Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:
Beltz Verlag, 694 Weinheim, Postfach 1120

Rotbuch 136: Sergio Stuparich
Wer uns nicht kennt, kennt Chile nicht

Ein Roman in Verhören

Aus dem Chilenischen von Rainer Enrique Hamel. Dieser Roman, geschrieben während des siebenmonatigen Asyls des Autors in einer Botschaft in Santiago, befreit uns von den Klischeevorstellungen über Chile. Er macht anschaulich, was die zahlreichen analytischen oder dokumentarischen Texte über Chile bisher nicht zeigten: die subjektive Entwicklung und Politisierung von drei Chilenen – einem Arbeiter, einer jungen großbürgerlichen Frau, einem Intellektuellen – von den 60er Jahren bis nach dem Putsch.
144 Seiten. DM 10.–
ISBN 3-88022-136-7





Dokumente des MIR
Widerstand in Chile

Zur Strategie der Revolutionären Linken in Chile und Lateinamerika
(Materialien, Interviews, Protokolle)
Politik 54. 96 Seiten. DM 5,50 (Abo: DM 4,50)
Die einzige Gruppe, die der Putsch in ihrer Struktur nicht treffen konnte, legt ihre Einschätzung der jetzigen Situation vor: die bisherigen Fehler der Linken und was daraus zu lernen sei.

Politik



Arno Münster
Chile – friedlicher Weg?

Historische Bedingungen, „Revolution in der Legalität", Niederlage
Politik 44. 224 Seiten. DM 7,50 (6,50)

Jedes Buch ist im Abonnement 1 Mark billiger. Wenden Sie sich bitte an Ihren Buchhändler oder an den Verlag: **1 Berlin 31, Jenaer Str.6**

Verlag Klaus Wagenbach

Länderkunde: INDONESIEN

Die Menschen, das Land, die Kultur und was die holländischen Räuber daraus gemacht haben. Von Einar Schlereth
WaT 4. 128 Seiten. DM 5,50

WAGENBACHS TASCHENBÜCHEREI



Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt und Köln

Politische Ökonomie Geschichte und Kritik

Handbuch 2
Unterentwicklung
Originalbeiträge von A. Buro, A. G. Frank, G. Junne, C. Leggewie, O. Poppinga, W. Schoeller, E. Senghaas, D. Senghaas, R. Tetzlaff, K. Wohlmuth u. a.
Herausgegeben von Bassam Tibi und Volkhard Brandes.
Mit einem Poster „Daten zur Unterentwicklung".
1975 · 392 Seiten · Kart. 29,– DM · Leinen 39,– DM
Welche Folgen haben die gegenwärtigen Krisentendenzen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems für die „Dritte Welt"? Wird sich die Lage der unterentwickelten Länder weiter verschlechtern oder bieten sich neue Emanzipationsmöglichkeiten, die auch auf die Entwicklung in den Industriemetropolen zurückwirken?

Ernest Feder
Agrarstruktur und Unterentwicklung in Lateinamerika
Aus dem Amerikanischen von Ulrich Stiehler
1973 · 308 Seiten · Kart. 28,– DM · Leinen 40,– DM
Ernest Feder dringt in diesem Buch zu den Wurzeln der Unterentwicklung Südamerikas vor. Für die Beschreibung der materiellen Lage von 86 Millionen Bauern zieht er die neuesten Statistiken und Untersuchungen heran, deckt aber gleichzeitig auch die massiven Interessen auf, die die Elite der Grundherren an der sozialen und ökonomischen Stagnation der Landwirtschaft, an der veralteten Technologie und an dem ständigen Überangebot an Arbeitskräften hat.

Gianni Sofri
Über asiatische Produktionsweise
Zur Geschichte einer strittigen Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie
Aus dem Italienischen von Aldo Loiero und Bruno Schoch
1972 · 188 Seiten · Kart. 20,– DM · Leinen 30,– DM
Die Untersuchung von Gianni Sofri gilt einem Thema, von dem Roger Garaudy 1969 meinte, damit stehe die „Bedeutung des Marxismus selbst in Frage": der asiatischen Produktionsweise. Sofris Arbeit führt in Diskussionen ein, die in der BRD bisher kaum bekannt sind.

Allgemeines Buchprogramm

Hans-Hermann Höhmann, Jiři Kosta, Jan Meyer
China '74
Reiseprotokolle zu Wirtschaft und Gesellschaft der Volksrepublik
1974 · 180 Seiten · Kart. 15,– DM
Dem großen Interesse an der Volksrepublik China, verstärkt durch die „Große Proletarische Kulturrevolution" der späten sechziger Jahre und die im Westen neubelebte Diskussion um die alternativen Modelle sozialistischer Gesellschaftsordnungen, stehen nicht immer die zur Beurteilung des chinesischen Kommunismus erforderlichen Informationen gegenüber. Besonders lückenhaft ist die Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei der EVA · 5000 Köln 21 · Postfach 210 140

Bestellschein

Genaue Anschrift

Name — Beruf

Ort — Straße

Datum — Unterschrift

CHILE Lieder aus dem Widerstand

LIEDER AUS DEM CHILENISCHEN WIDERSTAND

Von der Gruppe Karaxu werden Texte des MIR gesungen. Die Platte ist in Frankreich bereits erschienen und wird von der Chile-Dokumentation für Deutschland neu herausgebracht.
Mit Textheft. Einige der Texte hat Wolf Biermann übersetzt, die anderen sind von ihm durchgesehen.
Best. Nr. L 43 LP 33/30 Stereo DM 18.00

CANCION PROTESTA

Protestlieder aus Lateinamerika: Argentinien, Chile, Kuba, Peru, Uruguay. Unter anderem auch von dem bekannten Sänger der kubanischen Revolution, Carlos Puebla.
LP 33/30
Best. Nr. L 61 DM 22,00

Hannes Eich:
UNTERSTÜTZT DAS VOLK VON CHILE

Lied über Chile; am Ende heißt es:
Sozialismus durch das Volk nur, bleibt die einzige Möglichkeit. Unterstützt das Volk von Chile, macht es für den Kampf bereit. Mit Guitarre und Congabegleitung. Rückseite: ein chilenisches Volkslied: Single 45/17
Best. Nr. S 78 DM 5,00

TRIKONT

8 MÜNCHEN 80 JOSEPHSBURGSTRASSE 16

REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, Heft 8

Jürgen Eckl
KLASSENKÄMPFE IN CHILE



"WIR MÜSSEN VORWÄRTS MARSCHIEREN, CHILE BLEIBT NICHT SO, DAS IST NICHT VON DAUER. WIR SIND RUHIG, TOTAL RUHIG, OBWOHL UNSERE SÖHNE, UNSERE BRÜDER GEFALLEN SIND. DAS VOLK LÄSST SICH NICHT VON DEN FASCHISTEN BETRÜGEN. WIR WERDEN ÜBER DIESE GORILLAS, DIESE KANAILLEN, DIESE REICHEN SCHURKEN SIEGEN, DIE GEKOMMEN SIND, UNS ZU UNTERBRECHEN."
EINE ARBEITERIN IN SANTIAGO

PREIS: 10 MARK 200 SEITEN

Zu beziehen in den linken Buchläden oder direkt über Sozialistisches Büro / Verlag 2000, 605 Offenbach-4, Postfach 591 (gegen Vorauszahlung in bar oder Scheck)

CHILE-NACHRICHTEN

bringen monatlich:
- Informationen
- Dokumente
- Analysen

Im Jahr 1975 gelten neue Bezugsbedingungen für die CHILE-NACHRICHTEN. Sie sind ab jetzt nur noch im Jahresabonnement gegen Vorauszahlung zu beziehen.

Bei Zusendung innerhalb der BRD und europäisches Ausland:

ab Januar	DM 30,–/2fach DM 50,–
ab April	DM 22,50
ab Juli	DM 15,–
ab Oktober	DM 7,50

Bei Zusendung innerhalb Berlin (West)

ab Januar	DM 25,–/2fach DM 40,–
ab April	DM 18,75
ab Juli	DM 12,50
ab Oktober	DM 6,25

Bitte überweise den betreffenden ABO-Betrag auf unser Konto Spendenkonto des „Komitee Solidarität mit Chile" Berlin-West,
Kto. Nr. 38 00 87 - 108. PschA Berlin-West, Sonderkonto Elfriede Kohut, Kennwort: Chile-Nachrichten, Neu-Abo 75.

c/o FDCL , 1 BERLIN 12, SAVIGNYPLATZ 5

THING

ZEITSCHRIFT ZUR PRAXIS + THEORIE FORTSCHRITTLICHER JUGENDARBEIT – die auf Eure Mitarbeit angewiesen ist!

üb. THING-BUCHLADEN 21 Hbg. 90, Neue Str. 56
Tel. 040/7 65 42 52

Aus den neuesten Ausgaben:
Nr. 6: Berichte zu ANTIMILITARISMUS/JUGENDARBEITSLOSIGKEIT § 218 Besprechungen von Schulungsbroschüren Jugendmagazin ‚KEULE' stellt sich vor LJGD

Nr. 7: jetzt erschienen: Schwerpunkt – JUGENDARBEITSLOSIGKEIT –
Repression geg. Jugendzentren in W.-Berlin, Wertheim u. Osnabrück (JZ IV.) PORTUGAL: Brief d. Republika-Arbeiter Infos und Adressen zur antimil. Arbeit, Betriebs- u. Gewerkschaftsarbeit u.a. Jugendverbänden
außerdem: INHALTSVEREZEICHNIS aller bisher erschienenen THING-Artikel!

THING-Abonnement Solidaritätsabonnement

Probeexemplare gegen 2,– DM in Briefmarken, Schülerabos 7,50 für 4 Ausgaben (sonst ab 10,– DM) gegen Vorausüberweisung auf das Postscheckkonto E. Parnitzke Bln West Nr. 392030-108. Postkarte genügt!